

Erscheint täglich außer Montags, Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntags-Nummern mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Einget. in der Post-Verordng. -Verzeichnis für 1895 unter Nr. 7128.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Bericht- und Berathungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Lehrer: Ant 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2.

Sonnabend, den 14. September 1895.

Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

Parteigenossen!

Laut Beschluß des vorjährigen Parteitags findet der diesjährige in Breslau statt.

Auf Grund der Bestimmungen der §§ 7, 8 und 9 der Parteiorganisation beruft die Parteileitung hiermit den diesjährigen Parteitag auf

Sonntag, den 6. Oktober, nach Breslau in das Lokal zum

„**Deutschen Kronprinzen**“, Kurze Gasse 50/52, ein.

Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt:

Sonntag, den 6. Oktober, abends 7 Uhr, Vorversammlung. Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung. Wahl einer Kommission zur Prüfung der Mandate.

Montag, den 7. Oktober, und die folgenden Tage:

1. Geschäftsbericht des Parteivorstandes. Berichterstatter: W. Pfaunkuch.
2. Bericht der Kontrolleure. Berichterstatter: H. Meißter.
3. Berichterstattung über die parlamentarische Thätigkeit. Berichterstatter: E. Wurm.
4. Die Waiseier 1896. Berichterstatter: A. Bebel.
5. Der internationale Arbeiter- und Gewerkschaftskongress in London 1896. Berichterstatter: A. Bebel.
6. Die Vorschläge der Agrarkommission zu dem Parteiprogramm. Berichterstatter: Dr. M. Quard.
7. Schwitzsystem, Hausindustrie und Arbeiterschutz. Berichterstatter: J. Timm.
8. Anträge zum Parteiprogramm und Organisation.
9. Sonstige Anträge.
10. Wahl der Parteileitung.

Parteigenossen! Wir fordern Euch nun auf, die erforderlichen Vorbereitungen zu treffen, insbesondere die Wahl der Delegierten und Einreichung der Anträge rechtzeitig zu bewirken.

Die Anträge müssen bis spätestens den 20. September in Händen des Parteivorstandes

Berlin SW., Rahbachstraße 9, I

sein, wenn sie entsprechend den Bestimmungen des § 8 Abs. 2 der Parteiorganisation im „Vorwärts“ veröffentlicht werden und in die gedruckte Vorlage für den Parteitag Aufnahme finden sollen.

Anträge von einzelnen Parteigenossen bedürfen der Gegenzeichnung des Vertrauensmannes, sollen sie zur Veröffentlichung und Berathung gelangen.

Die Adresse des Lokalkomitees ist:

Julius Brühns, Breslau, Gabiistr. 86, I.

Die Parteigenossen, die zu dem Parteitag kommen, werden ersucht, von ihrer Delegation dem Parteivorstand in Berlin und dem Lokalkomitee in Breslau rechtzeitig Mitteilung zu machen, damit dieses in bezug auf Quartier etc. die nothwendigen Vorbereitungen treffen kann.

Mandatsformulare, mit deren Versendung Mitte September begonnen wird, sind durch das Parteibureau, Berlin S.W., Rahbachstr. 9, I, zu beziehen.

Die Genossen, welche Anträge einreichen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß etwaige, den Anträgen beigegebene Motive weder im „Vorwärts“ noch in der dem Parteitag vorzuliegenden gedruckten Vorlage Aufnahme finden können. Die Genossen haben das Recht, ihre Anträge auf dem Parteitag entweder persönlich zu vertreten, oder durch befreundete Genossen vertreten zu lassen; außerdem aber empfiehlt es sich, wichtige Anträge vor dem Zusammentritt des Parteitages in der Parteipresse zu erörtern. Die Motive aber in die Parteitagsvorlage aufzunehmen, verbietet sich aus räumlichen Rücksichten und um der damit verknüpften unvermeidlichen Wiederholungen willen.

Berlin, den 22. August 1895.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Der Parteivorstand.

Wie es unter dem Belagerungszustand aussieht,

erörtert die nationalliberale „Börse-Zeitung“ in einem Artikel, der augenscheinlich von der Vorkausfegung ausgeht, daß so etwas in den Bereich der Möglichkeit kommen könne. Unter der Ueberschrift „Die öffentliche Sicherheit“ schreibt nun das genannte Blatt:

Die Haltung der sozialdemokratischen Vorführer, welche zu der Aenderung des Kaisers am Sedantage geführt hat, kann eine baldige Vorlage im Geiste des ehemaligen Sozialistengesetzes veranlassen, doch ist dies noch zweifelhaft, und wenn es geschähe, so würde im günstigsten Falle das Zustandekommen eines neuen Gesetzes erst nach Monaten zu erwarten sein. Ist das Bedürfnis dazu vorhanden, so kann eine öffentliche Gefahr dieser Gesehbung weit voraneilen. In diesem Falle wäre die Verhängung des Belagerungszustandes zu erwarten, wie die Regierung, als die Aufhebung des Sozialistengesetzes zur Entscheidung stand, angekündigt hat. Diese Maßregel giebt zwar gute Gewähr gegen offenen Aufruhr, aber geringe gegen heimliche Verbrechen, wie Dynamitattentate, Brandstiftungen und dergleichen. Und sie bedroht nur zu sehr den ruhigen, harmlosen Bürger. Das summarische Verfahren bringt denjenigen in die höchste Gefahr, gegen welchen durch eine unglückliche Verletzung von Umständen, wie sie nicht bloß in Romanen vorkommt, der Schein spricht. Alles, was seit Jahren gegen den Militär-Strafprozeß in der Öffentlichkeit angeführt worden, ist in verstärktem Maße zutreffend unter dem Belagerungszustande, und hier sind mit den Militärpersonen auch die Zivilisten in Gefahr, unschuldig schweres Leid zu erfahren.

Wie über eine Reihe anderer Materien, so ist über den Belagerungszustand seit Jahrzehnten ein Reichsgesetz vorbehalten, aber es wird weiter und weiter hinausgeschoben, obwohl das bestehende Gesetz zu den schwersten Bedenken Anlaß giebt. Der Artikel 68 der Reichsverfassung bestimmt: Der Kaiser kann, wenn die öffentliche Sicherheit im Bundesgebiet bedroht ist, jeden Theil desselben in Kriegszustand erklären, bis zum Erlaß eines die Voraussetzungen, die Form der Verkündung und die Wirkungen einer solchen Erklärung regelnden Reichsgesetzes gelten dafür die Vorschriften des preussischen Gesetzes vom 4. Juni 1851. Als dieses Gesetz zu Stande kam, war die anarchische Spezialität noch nicht etabliert, dagegen regte sich eine wüthende Reaction gegen die liberalen Schöpfungen der Gesehbung von 1848/49. Die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes sind, daß mit der Erklärung des Belagerungszustandes die vollziehende Gewalt auf die Militärbehörden übergeht deren Aufträgen und Anordnungen Zivil-

Skizzen

[Nachdruck verboten.]

aus dem südamerikanischen Hinterlande.

39

Man nannte diese eigenthümliche Sache Kurs und erzählte sich, daß Gold und Silber etwas theurer geworden wären, als Billets. Ganz besonders das Gold. Das that am Ende aber gar nichts. Brot und Fleisch ändern ihre Preise ja auch; und weiß der Himmel, jeder Mensch will leben, auch die Bank. Und der Gaucho ist immer ein herzenguter Kerl, der lebt und andere Leute auch leben läßt. So lange er für seine Fettel noch ein Pferd bekam und Tabak und Wein und Sporen und ein langes Messer und ein junges Mädchen, kümmernte er sich wenig um den Kurs.

Die Blüthe dieses papiernen Geldes war aber jetzt unstreitig das Papiergeld der „Paraguayisch-Argentinischen Fettel, Hypotheken- und Diskonto-Bank“ des Herrn German Winterfeld. So elegante Fettel hatte man noch nie gesehen. Sie waren dünn und weich wie Seide und in der Mitte trugen sie alle das wohlgetroffene Bild des Gründers der Bank mit seinen lähnen schönen Hagen, denen man es ansehen konnte, daß ihr Besitzer der Schutzgeist von Paraguay war. Hier stand auch wieder, daß die Paraguayisch-Argentinische Bank bezahlt und dabei ein Gesetz vom allerneuesten Datum. Noch galten die Fettel allerdings nichts, die Herr Winterfeld Augenblicklich seinen Gästen vorzeigte. Sie trugen noch keine Unterschrift von Direktor, Geranten und Inspektor der Bank; aber von morgen ab werden diese drei Herren in schwerer Arbeit den ganzen Tag über sitzen bis in die späte Nacht hinein und in zierlichen Schnörkeln ihre Namen darunter setzen. Dann gelten sie. Sie werden vielleicht ganze Nächte dazu arbeiten müssen, diese armen Herren; denn die Nachfrage nach den neuen Billeten ist groß. Von dem Präsidenten der Republik an, der seinen Namen auf einem Stück gestempelten Papiers verpfländet, bis zum kleinsten Jobber, dessen Wechsel auf der Rückseite durch ein Duzend Garantiefirmen geführt und marktfähig gemacht wird, und bis auf die alten armen Weiber, deren ganzer Reichtum ein kleiner Felsen sumpfigen Ramps oder einige Cuadras Ur-

wald in den Theewäldern an der abgelegensten Ecke des Landes ist, warten auf die Eröffnung der Bank. Ja diese Weiber sind schon hergekommen auf tagereisenlangem Wege und belagern schon heute die Treppenstufen des Bankgebäudes, um die ersten zu sein, wenn morgen der papierne Segen vertheilt werden wird. Sie haben ihre Besitztitel bei sich, alte und neue schmutzige Schriftstücke, die bezeugen, daß die Inhaber wirklich und in der That die Eigentümer des darin erwähnten Stückchens Erde sind. Sie haben diese kostbaren Titel ein Duzend Mal eingeknüpft in Tücher und bewahren sie auf dem Leibe auf. Sie wollen diese werthvollen Papiere hierlassen in der neuen Bank, um dafür die noch werthvolleren Billets des Herrn German Winterfeld fortzutragen.

Herr German Winterfeld hat sich eben mit seinen Gästen erhoben von dem heiteren Frühstück in dem großen eisernen Schrank und zeigt jetzt der Gesellschaft die ganze Einrichtung des Hauses. Man muß durch den Treppenhall deswegen gehen und man stößt dabei auf die alten Weiber mit ihren Besitztiteln. Er lächelt und sie glauben, daß jetzt schon das Geschäft beginnen und man ihnen ein Paal Billets geben werde, jeder unter ihnen. Drum erheben sie sich, fassen nach ihren Papieren und beginnen einen Heidenlärm zu machen, indem sie durcheinander schreien. Der Thürsteher will sie entfernen. Doch der große Mann winkt mit der Hand und sagt nur: „Morgen, morgen, Senoras... morgen wird die Bank geöffnet.“ Seine Gäste lachen dazu aus Leibeskräften und folgen ihrem Führer, der ihnen voranschreitet. Wie schön alles eingerichtet ist. Das lange Sitzungszimmer mit seinen bequemen Sesseln und Schreibpulten. Eine Menge elektrischer Glocken hier für den Portier, dort für den Kassirer, da für die verschiedenen Buchhalter. Eine Anzahl Telephone, Pressen; seine Teppiche auf dem Boden, elegante Gemälde an den Wänden. Kurz, die Erfüllung alles dessen, was nur ein Paraguayer hoffen kann. Ja, Paraguay schreitet vorwärts; das sieht man. Wer von diesen braunen Herren, die noch vor wenig Jahren in ihren Wäldern Jagen und Tabak hackten und preßten, barfuß und schweigend, oder auf dem Rump die Ochsen lasteten und nachts unter freiem Himmel schliefen, ihr ganzes Mobiliar, bestehend in einem alten Sattel unter ihrem Kopfe, hätte geglaubt, daß auch für sie eine neue

Kera hereinbrechen würde mit all' der Pracht von Champagner und Brüsseler Teppichen, wie sie selbst Lopez nicht gehabt hatte, und wie sie am Ende nur in Paris ähnlich sein konnte. Welch' großer Mann dieser German Winterfeld, der an all diesen Verlichkeiten so vorbei geht, als wenn sie für ihn gar nichts bedeuteten. Staunen und Staunen über alle Mahen!

Als man wieder herunterkommt und auf dem Treppenhall steht, halten draußen vor dem Gebäude eine Reihe von Karreten mit schwer leuchtenden Mantlhieren und erhitzen Karrettenführern. Voller Risten sind alle geladen. Und um die Ecke biegen eben noch neun Karreten mit derselben Ladung. Die Portiers heißen die alten Weiber mit ihren Titeln das Feld räumen; draußen sammelt sich eine große Menschenmenge an, die gesikulirt, erzählt, schwätzt, schreit und am Ende in laute Wivats ausbricht. Was giebt's! Der Dampfer ist angekommen, der die Risten mit den paraguayischen Silberpesos gebracht hat, für die neue Bank. Man kommt mit dem Geld, um es hier jetzt abzuladen. Was für Risten! Wie schwer sie sind, und wie die Arbeiter ächzen müssen und leuchten! Und bei all dem bleibt Herr Winterfeld immer ganz ruhig. Ein anderer würde singen und tanzen und springen, wenn ihm ein paar der Risten gehören würden. Und ihm gehört all diese silberne Ladung und er scheint gar nicht aufgeregt darüber zu sein. Er erzählt ohne jede Erregung seinen Gästen, wie schwer eine jede Riste sei, wie viel Geld sie enthalte, kurz alles, was sie wissen wollten. Die erste Sendung betrage gerade 600 000 Pesos genau. In den nächsten Tagen würde eine andere kommen. Er bleibt auch ganz ruhig, als einige der ungeschickten Träger eine Riste fallen lassen, daß sie auf dem Fußboden zerpringt, und sich ihr silberner Inhalt klirrend und rollend nach allen Ecken ergießt. Die Träger sind erschrocken und entschuldigen sich, wie die Riste so schwer gewesen sei; aber es macht nichts, der kleine Zwischenfall. Herr Winterfeld schaut nicht einmal hin, als man die einzelnen Stücke zusammenlehrt.

Witten hinein in die Aufregung und Bewunderung kommt seine Braut, Fräulein Juana Ramirez mit ihrem Herrn Vater zu Pferde. Sie hat sich nach ihrem Bräutigam geseht, den sie den ganzen Tag heute nicht zu Gesicht be-

Verwaltungs- und Gemeinde-Behörden gehorchen müssen. Die Militär-Behörden sind nur ihren Vorgesetzten verantwortlich. Das ist ein großer Uebelstand; für Anordnungen nicht militärischer Natur, durch welche Bürger an ihrer Person oder ihrem Eigentum verletzt worden sind, müßte den Anordnenden volle Verantwortlichkeit vor den ordentlichen Gerichten auferlegt werden.

Das Kriegsgesetz ist zuständig für jede Uebertretung eines militärischen Befehls oder Verbots. Jede Uebertretung wird binnen 24 Stunden vollstreckt. Jede Uebertretung militärischer Anordnungen kann mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft werden. Wer sich der Brutalität eines Soldaten erwehrt, kann, wenn bei ihm eine Waffe oder ein gefährliches Werkzeug gefunden wird, zum Tode verurteilt werden. Sind mildernde Umstände vorhanden, so ist die niedrigste Strafe zehn Jahre Zuchthaus (bis zu zwanzig Jahren). Diese wird also plangreifen, wenn jemand seiner aus Irrthum verfügten Verhaftung sich widersetzt. Die Todesstrafe muß vom kommandirenden General bestätigt werden, gegen andere Strafen giebt es kein Rechtsmittel.

Das Kriegsgesetz besteht aus fünf Mitgliedern, von welchen nur zwei Richter, drei Offiziere sind; diese haben also immer die Entscheidung in der Hand. Sind nicht gerade Hauptleute zur Stelle, so können die jüngsten Sekondeleuten ansetzten. Sind richterliche Personen nicht zur Stelle, so können statt ihrer der Auditeur (der Ankläger) und ein Mitglied der Gemeindevertretung im Kriegsgesetz sitzen. Öffentlich und mündlich ist das Verfahren — wenn das Kriegsgesetz nicht ein anderes beschließt.

Das ist eine Einrichtung, die für das Lager eines Zilly oder Wallenstein paßt, aber nicht für heutige Verhältnisse zulässig ist; ein Apparat, welcher dem Zufalle, der Unersahrenheit und Uebereilung die schärfsten Basen verleiht. Das im Artikel 68 der Reichsverfassung vorgesehene Gesetz thut uns dringend noth.

In den vorstehenden Aeußerungen ist vor allem bemerkenswerth, daß das nationalliberale Börsenblatt zwar Einwendungen gegen die Gestaltung des Belagerungszustandes nach dem gegenwärtigen Rechte erhebt, es aber als das natürlichste Ding von der Welt betrachtet, daß ein Belagerungszustand, so wie er nun einmal beschaffen ist, jetzt verhängt werden würde. Es macht nicht den geringsten Versuch, auch nur zu untersuchen, ob denn überhaupt Anzeichen dafür vorhanden sind, daß ein solches Bedürfnis eintreten könnte, sondern redet so, als ob die „Haltung der sozialdemokratischen Wortführer“ ein solches Bedürfnis herbeigeführt habe. Ob nun noch außerhalb der Redaktionsräume der „Börsen-Zeitung“ es Leute giebt, die den Glauben an ein solches Bedürfnis hervorrufen möchten, wissen wir nicht. Jedenfalls unterstellt das Blatt denjenigen, denen es die Initiative zu einer solchen Maßregel beimißt, ein allem bestehenden Recht hohnsprechendes Untersagen. Wer die „Haltung der Wortführer der Sozialdemokratie“, um bei der Ausdrucksweise des Börsenblattes zu bleiben, mit dem Bedürfnis nach dem Belagerungszustand in Verbindung bringt, müßte doch wenigstens die Spur eines Beweises dafür erbringen können, daß die Voraussetzungen, die zur Einführung des Belagerungszustandes selbst nach unserem heute bestehenden Recht gefordert werden, in jener Haltung gegeben sind.

Zur Verhängung des Belagerungszustandes ist ein Krieg mit einer auswärtigen Macht oder Aufruhr im Inlande erforderlich. Die „Haltung“, von der das Börsenblatt bei seinen Erörterungen ausgeht, beschränkte sich nun auf eine abfällige Kritik von allerhand Festlichkeiten, vielleicht auch auf allerhand Enthüllungen, die letzter Zeit in der sozialdemokratischen Presse zu finden waren.

Wir haben in unserem gestrigen Beitarikel bereits nachdrücklich betont, daß diese Erörterungen, selbst wenn sie den herrschenden Klassen noch so un bequem sind, wie und nimmer auch nur mit einem Schatten von Recht für die von der reaktionären Presse empfohlenen Gewaltmaßregeln den Vorwand abgeben könnten, wie viel weniger zu der jetzt als etwas ganz Natürliches von der „Börsenzeitung“ ventilirten Verhängung des Belagerungszustandes. Die „Volkszeitung“ meint mit Recht, die Art und Weise, wie das Börsenblatt diese Frage erörtert, erwecke den Verdacht, daß es dem Blatt gar nicht so sehr um die Aenderung der gegenwärtig rechtsgiltigen Form des Belagerungszustandes zu thun sei, als darum, daß deutsche Publikum beizeiten durch Er-

kommen hat. Sie sieht allerliebste aus in ihrer neuesten Reitrobe und lächelt ihm von draußen zu mit ihrem aller süßesten Lächeln und nimmt dann gnädig die huldigenden Komplimente in Empfang, die ihr die Kavaliere aus der Gesellschaft Winterfeld's spenden. Sie kommt, um ihren Bräutigam zu einem Spazierritt zu entführen. Und jeder findet das höchst natürlich. Eine junge Braut sehnt sich immer nach ihrem Bräutigam und will immer mit ihm zusammen ausreiten, wenn er ein so reicher und vornehmer Mann ist. Man verabschiedet sich unter einer Menge von Händedrücken, Verbeugungen und Gutswünschen und mit einer Anzahl von Worten, die nichts bedeuten. Herr Winterfeld läßt seinen Knappen bringen, ein sehr schönes Thier, der jedes Rennen gewinnen kann, wenn es will und reitet auf ihm davon. Einem Beamten der Bank hat er die Aussicht über das Abladen des Silbergeldes überlassen. Sie reiten langsam die Calle Palmas hinaus, begrüßt von allen Seiten, und Fräulein Juanita's Pferd tänzelt ebenso leicht auf dem Pflaster, wie ihrer Herrin Blide köhlet hin und herstiegen von ihrem Bräutigam zu den Vorübergehenden auf der Straße. Man ist ein kurzes Ende geritten, als man dem ehrenwerthen Advokaten Herrn Doktor Francisco Fernandez begegnet, der ebenfalls seinen Nachmittagsspazierritt macht. Er zieht schon von weitem seinen Panamahut und hält dann vor ihnen:

„Sehr entzückt, mein Fräulein... unendlich reizend wie immer... mein werther Gönner, Don German... Don Juan... zu Ihrer Disposition...“

Er hat auch schon gehört, daß das Silber angekommen ist, und daß morgen die Bank eröffnet werde, um ihre Operationen zu beginnen. Er gratulirt nicht Herrn Winterfeld, sondern dem Laube Paraguan, das einen solchen generösen Beschützer gefunden habe... Schon auf die bloße Nachricht, daß das Silber wirklich im Hafen liege, sei das Goldagio um zwei Punkte gewichen, und Guros auf Buenos Aires um 5, auf Europa um 3. Mittendrin fragte er, ob Herr Winterfeld schon auf der Estancia Cerro Desgracias gewesen sei.

Der hatte noch keine Zeit gefunden, es sei in den letzten Tagen so viel mit der Einrichtung der neuen Bank zu thun gewesen.

(Fortsetzung folgt.)

örterung des Belagerungszustandes an den Gedanken von dessen Verhängung zu gewöhnen. Das Blatt sagt:

„Warum plötzlich die Entdeckung der Lücke in der Gesetzgebung, von der bisher niemand geredet hat, weil die Möglichkeit einer Anwendung der Belagerungszustand Bestimmungen für jedermann als absolut ausgeschlossen galt. Wir haben Grund, gegen die Ausbringung der Belagerungszustandfrage auf das politische Tapet von nationalliberaler, für Gewaltmaßregeln gegen die Sozialdemokratie schwärmender Seite äußerst mißtrauisch zu sein. Man weiß, wie Artikel dieser Art unter Umständen wirken. Ein nationalliberales Blatt bringt die Frage, wenn auch in abwehrender Haltung, in Fluß. Ein anderes reaktionäres Blatt nimmt die Sache schon weniger abwehrend auf. Andere Organe folgen halb und halb zustimmend. Denn die „öffentliche Gefahr“ sei ja da — nichts leichter, als diese Behauptung immer wieder in die Welt zu setzen. Schließlich findet sich dann ein Chorus von Blättern zusammen, die einmüthig in die Welt hineinschreien: die Gefahr sei so groß, so drohend, daß nur noch der Belagerungszustand und die Militärdiktatur uns retten können. Und wenn solchergestalt die öffentliche Meinung „bearbeitet“ worden ist, so wird es alsbald heißen: alle „Outgesintten“ verlangen „stürmisch“ die Militärdiktatur! Wer noch nicht vergessen hat, wie das Gesetz nach der Umsturzvorlage erst in einem nationalliberalen Blatte ausgegangen worden ist, wie dann allmählig der Chorus größer und lauter wurde, bis sich die Regierung in die Anti-Umsturz-Bewegung hineinzuziehen ließ, der wird gleich uns das Bedürfnis haben, der weiteren Entwicklung der Belagerungszustand-Frage in der mittelparteilichen, d. h. reaktionären Presse, die heute unvermittelt angechnitten wird, seine volle Aufmerksamkeit zu widmen.“

Für uns ist die ganze Sache besonders deshalb interessant, weil sie zeigt, wie den Vertretern des deutschen Bürgerthums, die in der nationalliberalen Presse zu Wort kommen, alles Gefühl dafür verloren gegangen ist, welcher schamlose Akt rohester Willkür die Verhängung des Belagerungszustandes aus einem so wichtigen Vorwande sein würde.

Politische Ueberflucht.

Berlin, 13. September.

Die internationale Solidarität des Proletariats offenbart sich glänzend in der neuen Hatz, welche die Reaktion gegen uns organisiert hat — oder zu organisiren versucht. Denn der Versuch wird nicht gelingen. Unsere Genossen im Ausland nehmen den lebhaftesten Antheil an dem Kampf, den wir für die gemeinsame Sache führen. Die Erklärungen des englischen Gewerkschafts- und des französischen Arbeiterkongresses sind nicht vereinigt geblieben. Von allen Seiten erhalten wir Zustimmung und Sympathie-Adressen. So theilt uns der Sekretär der englischen Social democratic Federation, Genosse Lee, nachstehenden Beschluß des Ausschusses jener Organisation mit:

„Der Ausschuss der sozialdemokratischen Föderation wünscht den deutschen Kameraden Glück zu der tapferen Haltung, die sie im Interesse der internationalen Solidarität, gegenüber dem Militarismus beobachten, und er brüdt ihnen seine Sympathie aus bezüglich der Verfolgungen, denen ihre Redakteure unterworfen worden sind.“

Audere Kundgebungen haben einen ähnlichen Inhalt. Und namentlich sind es die Verhaftungen der sozialdemokratischen Redakteure, welche im Ausland gerechtes Erstaunen hervorgerufen haben. Solche Maßregelungen der Presse sind außer in Rußland und in Crispiland auch nur noch in Deutschland möglich.

Fürwahr, besser als durch diese Maßregelungen hätten unsere Feinde den tatsächlichen Beweis nicht erbringen können, daß wir Sozialdemokraten den Geist des Heiligen Sedan richtig erfaßt haben.

Pindler II. schreibt:

Herr Liebknecht hat, der „Kölnischen Zeitung“ zufolge, eine Rede in Braunshweig mit der Bemerkung geschlossen, der „Sedanrummel“ und die Hufe zum Kampf gegen die Sozialdemokratie hätten nur den Zweck, eine Bewegung zur Aenderung des Wahlrechts und zur Beschränkung der politischen Freiheit einzuleiten. Diese dreiste Verdrehung des Sachverhalts ist ein taktischer Kunstgriff der Sozialdemokratie und ihrer Freunde. Die neuerdings sich erhebenden Rufe zum Kampf gegen die Sozialdemokratie haben ihren Grund in empörenden Ausschreitungen der sozialdemokratischen Presse, deren Einzelheiten jedermann bekannt sind. Die Kampfrufe haben nicht eine bloß fiktive, künstlich hergestellte Unterlage; sie sind durch Thaten der Sozialdemokratie veranlaßt und verfolgen kein anderes Ziel, als das, der Wiederholung solcher Thaten der Verwähnung und Vergiftung des deutschen Volksgeistes vorzubeugen. So stehen auch alle Vorschläge, die zur Erreichung dieses Zieles gemacht worden, auf dem Konto der sozialdemokratischen Presse als eine Folgewirkung ihrer Haltung, ohne die keine Veranlassung zu Erörterungen und Anregungen dieser Art vorläge. Wünschen die Sozialdemokraten nichts von Erwägungen, ob nicht eine Aenderung des Wahlrechts geboten erscheinen müsse, zu hören, so brauchen sie nur mit ihrem Mißbrauch dieses Wahlrechts behufs Unterwählung des deutschen Reiches und seiner Verfassung, in deren Dienst das Wahlrecht funktionieren soll, Schritt zu machen und sich in ihrem ganzen Verhalten auf den von den Urhebern der Reichsverfassung und des allgemeinen Wahlrechts in Deutschland vorausgesetzten reichstreuen und patriotischen Standpunkt zu stellen.

„O häßst Du geschwiegen still!“ Die „Thaten“ der Sozialdemokratie sind, gleich ihren „Gedanken“ heute dieselben, wie allezeit, seit es eine Sozialdemokratie giebt. Die Stellung der Sozialdemokratie zum „Sedanrummel“ ist heute nur kein Haar breit anders als sie seit dem Beginn des Sedanrummels gewesen ist.

Weshalb also jetzt noch einmal das wüste Demunziationsgeschrei, wenn nicht besondere Zwecke dabei verfolgt werden?

Vor einem Jahr war es genau ebenso — nur daß damals an die Philisterangst vor dem anarchistischen Bauwau statt an den Morbs- und Prozentpatriotismus appellirt wurde.

Im übrigen danken wir Herrn Pindler II. für die naive Offenheit, mit der er das Attentat auf das allgemeine Stimmrecht wenigstens bedingungsweise eingesteht.

Also wenn die Sozialdemokraten sich „gut verhalten“ — im Sinne des Pindler II. —, so wird keine „Aenderung“ des Wahlrechts „in Erwägung“ genommen.

Wenn sie's aber nicht thun — und sie werden es sicher nicht thun — dann, Herr Pindler II.? Nun, dann? Genug, wir hatten recht.

Die Freundin der Geseßlichkeit, die „National-Zeitung“, hat kein Wort der Mißbilligung gefunden, als vor wenigen Tagen ihre Bestimmungswortende, die konservative „Schlesische Zeitung“ die Polizei aufforderte, unter Mißbrauch der Amts-

gewalt die Sozialdemokraten zu drangsaliren, wenn auch ihre Verfügungen später als rechtsgiltig aufgehoben würden. Das wundert uns keineswegs. Ungeheßliches Verhalten — und gegen über wird die Freundin der Geseßlichkeit so bald nicht aufregen. Es ist ja eine berechnete Eigenthümlichkeit der Kampferin für Ordnung und Sitze, sich über die Anwendung von Gewalt ihren Gegnern gegenüber zu freuen. Zeitgemäß ist es vielleicht, sich an ihr Verhalten vor sechs Jahren im Falle Gessen zu erinnern. Gessen hatte den Joren des damals noch allmächtigen Kanzlers Bismarck und natürlich auch der allzeit Bismarck getreuen „National-Zeitung“ auf sich heraufbeschworen, weil durch die von ihm bewirkte Veröffentlichung des Tagebuches Kaisers Friedrich die Bismarcklegende betrefß der Reichsgründung zerstört wurde. Eine Strafe, und natürlich eine entehrende, womöglich Zuchthaus, müßte ihn dafür treffen. Und so bedauerte denn der große Staatsmann, in den süddeutschen Staaten könnten durch die Veröffentlichung Zweifel an der preussischen Vertragstreue entstehen, und deswegen sei sie landesverrätherisch. Nebenbei bemerkt hatte derselbe Mann nicht lange vorher öffentlich im Reichstage gelegentlich der Bekanntgabe unseres Bündnisses mit Oesterreich ausgeführt, daß ein Vertrag zwischen Nationen seine Festigkeit nicht durch die Bundesstreue der Kontrahenten erhalte, speziell der in Rede stehende Vertrag nicht durch die Unterchriften der Kaiser Wilhelm und Franz Joseph, sondern lediglich durch die Interessengemeinschaft der Vertragsstaaten; gehe diese in die Brüche, so könne es sogar Pflicht der Staatslenker werden, den Vertrag zu brechen. Aber was that das? Damals pökte es Bismarck eben, die Wahrheit zu sagen, und ein halbes Jahr später, um Gessen ins Zuchthaus zu bringen, war es angebracht, anders zu sprechen. — Nun, der Plan gelang nicht; das Reichsgericht ließ sich garrncht in eine Verhandlung ein, sondern setzte G. außer Verfolgung, weil, wie es ausführte, selbst wenn Gefährdung des Reiches vorliegen sollte, G. doch sicher das Bewußtsein der Strafbarkeit gefeßt habe.

Die Geseßesfreundin sagte damals in ihrer Besprechung dieses Falles in ihrer Nummer vom 9. Januar 1889, es liege ja allerdings kein Landesverrath vor; man könnte Herrn G. vielleicht noch wegen Verletzung des literarischen Eigenthumsrechtes belangen. Aber wenn man das auch nicht that und Herrn G. nunmehr unbehelligt lasse, so sei das weiter kein Unglück. Es gäbe ja noch andere Strafen, als die des Kriminalrichters; so könne Herr G. sich die drei Monate Untersuchungshaft als Strafe anrechnen; eine weitere siege in der Verachtung aller anständigen Leute vom Schlage der „National-Zeitung“. — Das letztere, das wird die „National-Zeitung“ wohl zugeben, ist für uns Sozialdemokraten keine Strafe; wir haben nur nach der Achtung oder Mißachtung seitens unserer eigenen Genossen und der wirklich anständigen Gegner zu fragen, und können die „ordentlichen und anständigen“ Leute vom Schlage der von der „National-Zeitung“ vertretenen Leute entbehren, ohne ein unbehagliches Gefühl zu haben. So bleibt denn für uns nur die andere Strafe: Zu unrecht erlittene Untersuchungshaft und sonstige polizeiliche und staatsanwaltliche Drangsalirungen. Wir dürfen uns nicht wundern, wenn die Ordnungspolizisten denselben freudig zustimmen und ihrer Freude auch lauten Ausdruck geben; ist ja der Verlust des Gefühls für Gerechtigkeit immer eines der deutlichsten Zeichen des Niederganges einer herrschenden Klasse gewesen, welche in Verleumdung der Macht der Ideen sich mit dem Polizeinappel zu behaupten sucht.

Befehlagnahme und Verhaftungen.

Die Nr. 37 der in Halberstadt erscheinenden „Sonntags-Zeitung“ wurde auf Antrag des Staatsanwalts und Verfügung des Amtsgerichts beschlagnahmt, weil sie in einer Noth mittheilte, daß das „Berliner Tageblatt“ den Bauath Schwichten als Urheber der Rameel-Noth nennt. Es wurden sogar einseitig bedruckte Exemplare, welche die inkriminirte Nachricht gar nicht enthielten, trotz Protest mit beschlagnahmt. — Beschwerde ist eingelegt.

Die am 11. d. M. ausgegebene Nr. 210 der in Erfurt erscheinenden „Thüringer Tribüne“ wurde angeblich wegen Majestätsbeleidigung in der Expedition und in den Wirthschaften mit Beschlagnahme belegt. Der Staatsanwalt beantragte die Verhaftung des Redakteurs, Genossen Gildenberg, wegen Flichtverdachts. Das Landgericht lehnte diesen Antrag ab, da er durch die Höhe der zu gewärtigenden Strafe sich nicht rechtfertige.

Zur Konfiskation ihrer Nummer vom 11. September schreibt die Breslauer „Volksmacht“:

Beschlagnahme wegen angeblicher Majestätsbeleidigung, begangen im Beitarikel, ist auf Anordnung des hiesigen königlichen Polizeipräsidiums die gestrige Nummer unseres Blattes. Die Leser unseres Blattes, die dasselbe noch vor der Konfiskation erhielten, werden sich erstaunt fragen, wo denn in jenem Artikel die Majestätsbeleidigung stehe! Es ist selbstverständlich keine Majestätsbeleidigung darin, der Kaiser ist weder direkt noch auch nur indirekt genannt oder gar irgend wie kritisiert, es handelt sich in dem ganzen Artikel um gar nichts anderes, als um die Konstatirung einer historischen, das Hohenzollernhaus betreffenden Thatsache, die fast vierhundert Jahre hinter uns liegt — und das involvirt eine Majestätsbeleidigung, allerdings nur nach Ansicht unserer belannlich sehr eifrigen Polizeibehörde. Unzweifelhaft wird jene Beschlagnahme vom Gericht wieder aufgehoben, vorläufig aber haben wir den Schaden! Wem fällt da nicht der Artikel der „Schles. Ztg.“ ein, den wir in Nr. 212 d. Bl. behandelten und in welchem es als falsch bezeichnet wird, wenn die ausführenden Organe der Staatsgewalt sich durch die Besorgnis vor einer späteren, etwa durch richterliche Instanzen erfolgenden Aufhebung ihrer Verfügungen in dem unablässigen Kampfe gegen die sozialdemokratische Gefahr irre machen lassen würden?

Auf die Beschwerde des Verlegers des hannöverschen „Volkswille“, des Genossen Meister, an das Amtsgericht, die Aufhebung der von der Staatsanwaltschaft verfügten Verhaftung des Redakteurs Rauch betreffend, ist von Seiten des Amtsgerichts immer noch keine Antwort erfolgt, obwohl die Beschwerde bereits am Sonnabend abgehandelt worden ist und das Gesetz doch besagt, daß entweder eine Bestätigung der Handlung des Staatsanwalts oder eine Aufhebung der Haftverfügung innerhalb 8 Tagen zu erfolgen hat.

Unser maderer Genosse Illge wird, wie wir gestern bereits berichten konnten, gegen 10000 M. Kaution auf freien Fuß gestellt werden. Da die Summe selbstverständlich sofort geschafft wird, war die Freude des nationalliberalen Pressgefindels etwas verfrüht. Zur Charakteristik dieser Herren von Bildung und Verstand wollen wir eine Auslassung des Leipziger Korrespondenten des „Chemnitzer Tageblattes“ festnageln, die die Meldung von Illge's Verhaftung also glossirt: „Die Maßnahme wird in weiten Kreisen mit Freuden begrüßt.“ Pfu!

Freigelassen ohne Kautionsstellung ist unser Genosse Ströbel in Kiel, nachdem man ihn 24 Stunden in Haft behalten hatte. Die Inhaftnahme Ströbel's und die Konfiskation der „Volks-Ztg.“ war wegen des gleichen Artikels erfolgt, dem auch unser Breslauer Partei-Organ, die „Volksmacht“, zum Opfer gefallen ist. Ob in Kiel die Beschlagnahme aufgehoben ist, wissen wir zur Zeit noch nicht. Der konfiszirte Artikel beschäftigte sich mit der deutsch-nationalen Bestimmung einiger Hohenzollern im 15.

und 16. Jahrhundert ohne jede Beziehung auf neuzeitliche Vorgänge, daß trotzdem eine Konfession erfolgte, könnte wundernehmen, wenn — ja wenn wir nicht 1895 schrieben und das 25jährige Jubiläum der Gründung des Deutschen Reiches feierten.

Die Nr. 5 des „Sozialist“ verfiel auch der Konfession. Es wurde nur eine geringe Anzahl von Exemplaren vorgefunden. Gegenstand der Verurteilung ist eine kurze Notiz, das Wort „Konfession“ in Labian bei Tilsit anlässlich der Feier des Gedenktages von Mars la Tour betreffend. Acht Leute der politischen Abteilung haussuchten in Druckerei- und Expeditionsräumen, ohne daß das Manuskript gefunden wurde. Vier Leute behausuchten den Redakteur in der Wohnung, zwei im Geschäftslokal. Die Notiz mußte abgelegt werden.

Neuzeit vom „groben Unfug“. Der Redakteur unseres Stettiner Bruderorgans, des „Volkshorn“, Genosse Dhl, soll dadurch groben Unfug verübt haben, daß er in der Nummer vom 10. August 1895 die im Monat Juli erfolgten Verurteilungen von Parteigenossen, die bekanntlich seit Jahren unbeanstandet veröffentlicht werden, zur Kenntnis seiner Leser zu bringen sich erlaubt hat. Armes juristisches Aschenbrödel, armer grober Unfugparagraf, zu welchem Diensten wirst Du herangezogen! Wer durch die Veröffentlichung beunruhigt sein soll, ob die Verurtheilten, ob noch nicht verurtheilte Schuldlose, oder ob die, die späterhin vielleicht einmal jemand verurtheilen könnten, wird der Verhandlungstermin, der auf den 26. September 1895 anberaumt ist, dem Richteramt vorzulegen. Vielleicht verfährt dann die Behörde auch, ob Publikationen von Verurteilungen, die auf Grund gerichtlicher Urtheile nach dem Gesetz erfolgen müssen — „grober Unfug“ sind. Doch lebe die Pressefreiheit und die hochwohlthätige Justizgewaltigkeit!

Telegrammzensur. Dem „Hamb. Echo“ wird aus Lägerdorf geschrieben:

Post-Stephan im Kampf gegen die Rote! Um den Parteitag in Elmshorn zu begrüßen, hatten die Lägerdorfer Genossen folgendes Telegramm aufgegeben: „Zu den Verhandlungen und Beschlüssen des Parteitages den Vertretern des Proletariats die herzlichsten Glückwünsche. Ein Hoch der internationalen, völkervereinenden Sozialdemokratie als Protest gegen die mordpatriotische Sedanfeier und den kulturfeindlichen Militarismus. Die Lägerdorfer Genossen.“ Dieses Telegramm wurde seitens der Post abgewiesen und dem Absender die Gebühren wieder zugestellt. Interessant ist nun die Begründung: „Das Telegramm wird auf Grund des § 1 der Telegraphenordnung vom 15. Juni 1891 zurückgewiesen, da der Inhalt sich (!) gegen die Gesetze verstößt.“ Lägerdorf, 2. Sept. 1895. Kaiserliches Postamt. Jams.“ Schade, daß der „gelehrte“ Herr Jams nicht angibt, gegen welche Gesetze „sich“ der Inhalt verstößt.

Die Währung in der konservativen Partei, die durch den Fall Hammerstein und das Nachplumpfen Stöcker's herangezogen wurde, brodelte immer heftiger empor. Nachdem nicht nur die „Konservative Korrespondenz“, sondern auch der „Reichsbote“ versucht haben, den blamirten Hofprediger a. D. abzuschütteln, gewinnt es allerdings den Anschein, als ob in der konservativen Partei leitende Kräfte bemüht sind, sie zu einer Häutung zu bringen, die sich eines neuen Kartellbündnisses würdig machen würde.

Dagegen erhebt sich aber das „Volk“ zu energischer Opposition; indem es betont, daß Herr Stöcker als Mitglied des Parteivorstandes genötigt sei, eine Klärung herbeizuführen, beruft es sich für seine Stöckertreue auf zwei gleichgesinnte süddeutsche konservative Blätter, die „Süddeutsche Reichspost“ in Württemberg und das Organ der bayerischen Konservativen, die „Süddeutsche Landpost“. Aus letzterem Blatt wird angeführt:

Es ist an der Zeit, daß wir in aller Kürze erklären: 1. Wir wollen kein Zusammengehen mit einem Reichnam, dem Nationalliberalismus. 2. Wir halten fest an dem bravsten und mutigsten Mann in Deutschland, an Adolf Stöcker. 3. Wir sind bereit, jedem ohne Unterschied der Partei die Hand zu reichen, der mit bauen will an der Erhaltung des Bauernstandes und des gewerblichen Mittelstandes, den Trägern aller politischen und bürgerlichen Freiheit in deutschem Vaterland.

Die jetzt in den konservativen Blättern umgehende Verleugnung der Herrn v. Hammerstein und Stöcker wird allgemein mit Lächeln aufgenommen. Sie gilt mehr als ein Symptom dessen, was die Herren jetzt gerne glauben machen möchten, als was den tatsächlichen Verhältnissen entspricht. So sucht die „Nordd. Allg.“ die Thatsache, daß Herr v. Hammerstein so lange der eigentliche Führer der konservativen Partei sein konnte, mit folgenden Ausführungen zu entschuldigen:

Es ist leider unbestreitbar, daß der früheren Leitung der „Kreuz-Zeitung“ jedes Mittel zur Erreichung ihrer Ziele recht war. Dieser Proxi hätte nicht selten, sicherlich mit drastischem Erfolge, in gleicher Münze gedient werden können; aber die konservativen, von der „Kreuz-Zeitung“ befehdelten Männer waren der Ansicht, daß es keine Lage gebe, die den Gebrauch „unangenehmer“, d. h. nicht ganz lokaler und ganz reinlicher Mittel rechtfertige. Ein solches Verhalten mag „unpraktisch“ gewesen sein, jedenfalls erschien es auch der Leitung der „Kreuz-Zeitung“ lächerlich; aber für die Politiker, von denen wir sprechen, handelte es sich um Grundanschauungen, ohne die sie für unseren Staat und unser Volk nicht das wären, was sie sind.

Auf diese Tugendlehre der konservativen Partei erwidert die „Frankfurter Zeitung“, die sich mit den Vorgängen um Hammerstein sehr vertraut gezeigt hat:

„Sehr schön gesagt, aber es stimmt nicht. Nicht das übertriebene Reinkleidungsgefühl, das sich Scheit, Reich anzugreifen, hat die Konservativen verhindert, schmählischen Vorgängen und unwürdigen Personen ein Ende zu machen, sondern die Furcht vor dem Wespennest. Furcht vor der Diskreditierung der Partei und höchstpersönliche Furcht vor dem Lächerlichen Nowdy, der ein anerkannter Pistolenschläger war, hat sehr ehrenwerthe konservative Politiker die Büchse ins Korn werfen lassen. Nur dadurch war es möglich, daß Zustände und Vergehungen, die vor den Strafrichter gehören, so lange vertuscht werden konnten, und daß von einer großen Anzahl persönlich ehrenwerther konservativer Männer schließlich nur ganz wenige sich fanden, die auf die Befreiung Hammersteins drangen und zunächst ein weiteres Zusammenwirken mit ihm ablehnten. Ohne Hilfe von außen würden auch diese wieder unterlegen sein.“

Was sie auch thun mögen, die Herren werden die Festsache, die die abgeschüttelten Hammerstein und Stöcker in der konservativen Partei zurückgelassen haben, so bald nicht fortbringen.

Herr von Hammerstein ist über Bord, und „wenn der Mantel fällt, so folgt der Herzog nach“, Stöcker, der Gottesstreiter und zweite Luther ist, wie unsere Leser an anderer Stelle lesen können, seinem Freunde gefolgt. Die konservative Parteileitung verleugnet jetzt die beiden einst hoch gefeierten Führer. Die „tapferen Junker“, die Söhne und Enkel der „Helden von Jena und Auerstedt“, kneifen und verrathen ihre Führer, nachdem diese in dem Kampfe um Junkerinteressen und Junkerprivilegien Unglück gehabt und ihre Intriguen

aufgedeckt worden sind. Dieser feige Verrath der eigenen Sippe mag die Stöcker und Hammerstein umso mehr schmerzen, als diese nach und nach in ein Nachbewußtsein sich hinein gelebt hatten, für das es kein Hindernis mehr zu geben schien. Die Herren zündeten nicht nur Scheiterhaufen an, um nach oben die Dinge in der von ihnen gewünschten Beleuchtung erscheinen zu lassen, sie gingen weiter und maßten sich an, die Befestigung der Beamtenstellen nach ihren Wünschen und Bedürfnissen zu erzwingen. Hier ein kleines Beispiel für unsere Behauptung:

Berlin, 18. 6. 90.

Werther Herr. . . .!

Ihre freundlichen Zeilen erhielt ich heute. Nachdem die „Kölnener Zeitung“ von der Erklärung des Herrn N. und Gen. Notiz genommen — konnte ich nicht länger schweigen. Sie finden in Nr. 276 zweite Seite den betreffenden Angriff gegen Ditsurth. Der Mann muß aus Diefelfeld fort, sonst wird keine Ruhe. Ich hoffe es auch zu erreichen.

An die „Neue Gütersloher Zeitung“, welche meine Rede einfach gefächelt hat, sandte ich eine Berichtigung.

Gottbesohlen

Ihr

v. Hammerstein.

Zur richtigen Würdigung dieses Briefes muß man sich erinnern, wie die Konservativen jedesmal wahre Krampfanfälle bekommen, wenn auch nur der Gedanke aufsteigt, das Recht der Krone, Beamte anzustellen oder zu entlassen, könnte eine Einschränkung erfahren. — Man stößt eben überall auf Heuchelei, Verlogenheit und Freigebigkeit, wo immer man bei dieser Sippschaft hinter die Kulissen sieht.

Der Stöcker-Brief giebt den Zeitungen der verschiedensten Richtungen noch immer Anlaß zu allerlei Erörterungen. Am meisten giebt er nationalliberalen und konservativen Parteien zu Besprechungen darüber die Unterlage, welcher von beiden Parteien am meisten zuzutrauen sei, daß sie bei einem „Zusammenschluß aller ordnungsfreundlichen Elemente“ von der anderen über's Ohr gehauen werden würde. Die scheinbare Zwietschheit der feindlichen Kartellbrüder sucht die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ durch spaltenlange Artikel zu überbrücken. Mit frommer Biederamannsinn bedauert sie, daß es leider unbestreitbar sei, daß der früheren Leitung der „Kreuz-Zeitung“ jedes Mittel zur Erreichung ihrer Ziele recht war, und versucht die verschiedenen konservativen Strömungen, die sich nationalliberal nennende Organe und auch die Ultramontanen unter eine Kappe zu bringen. Wir würden diese Artikel bei der absoluten politischen Bedeutungslosigkeit des freiwillig-gouvernementalen Blattes und ihres Chefredakteurs, Dr. Griesemann, unerwähnt gelassen haben, wenn nicht einige von der bekannten nationalliberalen Verleumdungskorrespondenz bedienten Blätter diesen Artikeln jetzt dadurch Werth einzuhängen versuchten, daß sie behaupten, die Artikel seien „von oben inspirirt“. Diese Behauptung jener Korrespondenz ist erfunden und scheint darauf zu beruhen, daß die Korrespondenz von der Ansicht ausging, Dr. Griesemann könne als früherer Mitarbeiter der „Konservativen Parteikorrespondenz“ unmöglich gegen seinen früheren Quasi-Chef jetzt so offen schreiben. Solche Annahme ist irrig. Allerdings hat Dr. Griesemann vor Jahren ausdrücklich, wie wir verratzen können, brieflich sich Herrn von Hammerstein gegenüber bereit erklärt, „alles Innenpolitische oder Aggressive gegen irgend einen Bestandtheil der konservativen Partei und ihrer Presse vor seiner Lancirung in die Korrespondenz erst der Begutachtung des Herrn von Hammerstein zu unterbreiten“ und als Recht des Herrn von Hammerstein anerkannt, „weiter von seinem Recht, Themat“ (für Herrn Dr. Griesemann und die „Kons. Korr.“) zu bestimmen, nach beiden Seiten den ausgedehntesten Gebrauch zu machen.“ Diese Thatsache hindert aber nicht, daß der jetzt von der „Nordd. Allg. Zeitung“ so lebhaft beiführende utopische Vorschlag, einander zu trauen und sich zu nähern, durchaus eigenes Produkt des Herrn Dr. Griesemann ist. Dr. Griesemann vertrat seit etwa 1886 unter den sich bald konservativ, bald frei-konservativ, bald nationalliberal nennenden Elementen den Standpunkt einer strammen Kartellpolitik. Als auf einen seiner dahin gehenden Artikel der „Reichsbote“ gegen die Zumuthung des Aufsperrns seiner Ueberzeugung sich scharf wendete, beklagte er sich in einem Brief an einen ihm sehr nahe stehenden Politiker mit folgenden Worten: „Zu meinem Bedauern hat der „Reichsbote“ wieder die gewöhnlichsten Faselereien wilder Männer zusammengefunden, welche auf die übliche Ueberlegenheit und — nicht zu vergessen — hier und da mit den üblichen persönlichen Ausfällen und ähnlichen Dingen die Ungereimtheit meines Artikels „zur Konsolidirung unseres Parteiwesens“ geißelt. . . . Der in Rede stehende Aktionsplan ist ein durchaus wohlüberdachter und unter allen Umständen für die Konservativen vorteilhafter. (Im Original sind diese Worte durchstrichen.) Ich bin dem auch fest überzeugt, daß Sie seine Punkte, auf die ich ja eben nicht sofort ganz deutlich hinweisen kann, vollkommen würdigen werden, und bedauern um so mehr, daß auch die „Kreuz-Zeitung“ den Nationalliberalen die Ablehnung des Vorschlages so leicht gemacht hat.“ Die damaligen Identitäten des Dr. Griesemann hatten den von ihm gewünschten Erfolg nicht. Er selbst quittirt einmal über sein Fiasko mit folgenden Worten: „Ich sehe, daß meine Psychologie für diesen Fall nicht ausreicht.“ Wenn die Verbreitung der unwahren Nachricht, der Griesemann'sche jetzt wieder aufgenommene Plan sei von „oben inspirirt“, ihm jetzt zum Leben verhelfen würde, so würde das ein nicht uninteressanter Beitrag zur Parteipsychologie sein.

Im Dunkel gelassen. In den Presseorganen, deren Parteibestrebungen durch die Veröffentlichung der Hammerstein-Briefe am empfindlichsten getroffen werden, wird große Entrüstung zur Schau getragen, weil wir solche für unsere politische Entwicklung wichtigen Enthüllungen, deren Ursprung im Dunkel verbleibt, überhaupt nicht erlauben. Dieser schöne Schein der Entrüstung auf der Wange unserer Gegner veranlaßt uns wieder einmal, in unsere Hammerstein-Mappe zu greifen. Es findet sich da aus der Feder eines hervorragenden Kirchenlichtes im Rheinland ein Dokument, aus dem hervorgeht, wie er selbst und ein ganzer Cötus seiner frommen Anhängen über indiskrete

Veröffentlichungen denken, sobald sie ihnen näher. Am 13. Juli 1886 schrieb der besagte Geistliche:

Hochgeehrter Herr Herr!

Hierdurch beehre ich mich, Ihnen namens einer vertraulichen Versammlung von leitenden Persönlichkeiten der beiden Gruppen: der positiven Union und der Konfessionellen in Rheinland und Westfalen vertraulich mitzutheilen, daß wir auf allen Kreissynoden, die noch nicht gehalten sind, einen gleichlautenden allgemeinen Antrag auf größere Freiheit und reichlichere Dotation der evangelischen Landeskirche im Sinne Ihres Antrages und zur Unterstützung desselben bei der demnächstigen Kommerverhandlung durchzubringen versuchen werden, und sind die Herren (Die als Superintendenten sämtliche Kreis-Synodal-Protokolle bekommen) beauftragt worden, Ihnen, wo derartige Anträge durchgegangen sind, sofort das Protokoll zu senden. Sie können dann sowohl in der „Kreuz-Zeitung“ wie in der Kammerverhandlung Gebrauch davon machen, müssen nur nicht auf die als Manuskript gedruckten Protokolle ausdrücklich Bezug nehmen, sondern die Quelle Ihrer Mittheilung im Dunkel lassen. . . .

Natürlich haben die geistlichen Herren für diese „In-diskretion“ die Entschuldigung, daß es galt, der evangelischen Kirche höhere Einnahmen zu verschaffen. Und da heiligt natürlich der Zweck das Mittel.

Fromme Wünsche. In der ausländischen Presse finden wir folgende Notiz:

„Die der Berliner „Börsen-Zeitung“ von vertrauenswerther Seite mitgetheilt wird, sind Schritte eingeleitet worden, um die Fortsetzung der Publikationen zu verhindern, resp. fernere Zusendungen von Briefen kompromittirenden Inhalts an den „Vorwärts“ hintanzuhalten. Es sei das allerdings eine kostspielige Sache.“

Das ist einfach Humbug. Die Veröffentlichungen werden sorgfältig, so lange sie uns angeht, erscheinen, und der uns zu diesem Zwecke zur Verfügung stehende Vorrath von Originalbriefen reicht noch auf lange und birgt noch manch' Interessantes.

Deutsches Reich.

— Graf Waldersee, der noch immer als der kommende Reichskanzler gilt und in den letzten Tagen als Schiedsrichter bei den Kaisermandatren fungirt hat, wurde zum General-Oberst mit dem Range eines Feldmarschalls ernannt.

— Reden ist Silber, Schweigen ist Gold denkt jetzt auch der redseligste aller Silberbolde, der Herr v. Kardorff. Er, der selbst bei den allerunpassendsten Gelegenheiten im Reichstage seine binetallische Rede losläßt, weigert sich jetzt, seinen Wählern über das, was das Um und Auf seiner Politik ist, Rechenschaft abzulegen. Er schreibt nämlich in einem Flugblatte:

„Unzweifelhaft gehört die Währungsfrage zu den schwierigsten Punkten der Volkswirtschaft. In allen Ländern sind Staatsmänner und Gelehrte darüber uneinig. Aber eben deswegen eignet sie sich nicht zu einer Behandlung in wenigen Zeilen. Sie kann nur durch die gründlichste Erörterung gewiegter Fachmänner geklärt werden, und wenn der Deutschfreisinn sie zur Agitation benutzt, so zeigt er nur, daß es ihm weniger um die richtige Lösung dieser Frage als um Beförderung der Wähler kommt.“

Daß Herr v. Kardorff nicht über die Silberwährung reden will, ist bisher noch nicht dagewesen.

— **Behördliche Protokolle über Sozialdemokratische Parteitage.** Ein glänziger Zufall gestattete uns, so schreibt die „Frankfurter Volksstimme“, auf einen Augenblick einen Einblick in das von der Behörde herausgegebene Protokoll über den Frankfurter Parteitag. Dasselbe ist ein stattlicher Folioband von 131 Seiten. Das Papier ist das feinste Alpenpapier und der Druck in Bogis-Druck auf das sauberste ausgeführt. Das Protokoll des Parteivorstandes macht neben dem eleganten behördlichen Protokoll etwa einen Eindruck, wie ein Proletarietkind neben einem „vornehmen“. Die gesammelten Verhandlungen sind in dem behördlichen Protokolle viel ausführlicher wiedergegeben, als in dem des Parteivorstandes. Das Protokoll ist, wie wir mittheilen können, nach den stenographischen Aufzeichnungen des Stenographen Dr. Gantner zu Frankfurt verfaßt. Da im ganzen 150 Exemplare davon gedruckt sind, dürfte es sehr häufig in der Hand der Regierungen- und Oberpräsidenten und Minister gefunden werden und ist ein wohl auf Jahrhunderte berechnetes, unvergängliches Prachtstück amtlicher Bibliotheken. Zu bedauern ist, daß das werthvolle Werk nicht im Buchhandel erschienen ist. Der Inhalt des interessanten Werkes zerfällt in folgende Theile: A) Teilnehmer-Liste, welche 5 Hefen einnimmt; B) Anträge, welche 14 Seiten beanspruchen; C) Die Verhandlungen, welche auf 111 Seiten Platz gefunden haben. Das Titelblatt des schönen Werkes lautet: „Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 21.—27. Oktober 1894 zu Frankfurt am Main. Nach stenographischen Aufzeichnungen. Druckerei Gottlieb u. Müller, Frankfurt am Main.“ Es enthält keinerlei Andeutung darüber, von wem und in wessen Auftrag das Protokoll herausgegeben ist, was jedoch unsere Mittheilung, daß dasselbe von der Behörde herausgegeben ist, nicht hinfällig macht.

— **Die individuelle Freiheit beim Militär** findet einen Lobredner im „Berliner Tageblatt“. Wo hat das freisinnige Organ aber diese individuelle Freiheit entdeckt? In dem von uns gestern veröffentlichten Erlasse des Kriegsministers. Das würdige Blatt schreibt:

„So viel individuelle Freiheit wird man den Soldaten vom Feldwebel abwärts schon zugestehen können, daß sie selbst darüber befinden, ob sie eine ihnen zugesagte Mißhandlung ruhig einstecken oder im Beschwerdewege verfolgen wollen.“

Wir wären dafür, daß der Zwang für die Beschwerdeführung bei Soldatenmißhandlungen eingeführt werde. Es gäbe sonst noch Gelegenheiten genug, die individuelle Freiheit der Soldaten auszudehnen.

— **Zum Fall Westendary** wir aus Dissen geschrieben: Jetzt endlich hat unser bisheriges Ortsoberhaupt, der Herr Westendary, seinen Posten als Gemeindevorsteher niedergelegt; aber man denke ja nicht etwa, freiwillig. Das „Düsseldorfer Tageblatt“ brachte nämlich vorgestern folgende „Belanntmachung“: „Zur Kenntnisknahme. Der Herr Regierungsrath Dr. Westendary hat auf Grund meiner am 29. v. M. erfolgten Verurtheilung wegen Freiheitsberaubung die Suspension von meinem Amte als Gemeindevorsteher verfügt, die Dienstführung ist bis auf weiteres dem zeitigen Beigeordneten Herrn Kaufmann Fr. Hampe hieselbst übertragen. Westendary.“

— **Eine Anzahl Veteranen**, die in Elberfeld am Sedantage die städtische Ehrengabe von 50 Mark erhalten haben, übergaben dem Betrag dem Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei Elberfelds. Das gleiche geschah in Düsseldorf.

— **Einen Schnorrbrief** zu Gunsten der „Deutschen Tageszeitung“ erläßt Herr Dr. H. Suchland, Direktor des Bundes der Landwirthe. Darin wird die Hoffnung ausgesprochen,

„daß in absehbarer Zeit mit Gottes Hilfe dem frisch aufgenommenen Kampfe für unsere gerechte Sache der Sieg folgen wird, gilt es doch einen Kampf für unsere heiligsten Güter, für

*) Ditsurth war der Herrn von Hammerstein unbenqueme Landrath.

Thron und Altar, für Haus und Herd, für wirtschaftliche und politische Selbstständigkeit.
Diese hehre Aufgabe soll nun dadurch erreicht werden, daß wir die „Deutsche Tageszeitung“ durch Ueberweisung unserer Anzeigen unterstützen. Ja, wir müssen noch weiter gehen, wir müssen unsere Lieferanten, die sonst anderweitig inserieren, fortgesetzt darauf aufmerksam machen, daß wir nur von solchen Firmen kaufen, die auch in der „Deutschen Tageszeitung“, in den für unsere Interessen eintretenden Fachblättern, wie der „Illustrirten landwirtschaftlichen Zeitung“ u. a. inserieren.“
Und das alles „mit Gottes Hilfe!“

Oesterreich.

— Galizische Paschawirtschaft. Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ läßt sich telegraphiren, daß der Bezirkskommissar Dobrowolski in Choleryen sechs Bauern und den gewählten Wahlmann Lipary in Ketten legen und einsperren ließ, weil der Bezirkskommissar mit dem Wahlergebnisse unzufrieden gewesen sei. —

Belgien.

— Die Bischöfe für die Sozialdemokratie. Die gesammte christlich-sozialistische Partei ist wie aufs Haupt geschlagen durch das Kollektiv-Virtensreiben des belgischen Episkopats, das den Sozialismus als eine Brut des Satans darstellt, die Geistlichen und die Gläubigen ermahnt, einig gegen den Feind der Kirche, des Königthums und des Staates vorzugehen und sogar behauptet, daß, sofern Leo XIII. in seiner Encyclica Rerum novarum das unverdienteliche Elend der Arbeiter bedauert und deren schamlose Ausbeutung geißelt, der Heilige Vater dabei kaum Belgien im Auge haben konnte, wo eine weise Regierung gerade betreffs der Arbeitergesetzgebung ein allseitig, auch im Auslande anerkanntes Beispiel gegeben habe. So spielt sich zuletzt das Virtensreiben der Bischöfe als ein Schlag gegen die christlichen Sozialisten und hauptsächlich, wie die „Independance Belge“ bemerkt, als Wahlkreislame heraus. Nur so weiter, ehrwürdige Eminenzen und Kapitalsdiener! Bald werdet ihr alle belgischen Arbeiter ins sozialistische Lager verschickt haben. —

England.

— Gladstone über die Währungsfrage. In der Antwort auf einen ihm von dem Sekretär der Vereinigung zum Schutze der Goldwährung zugegangenen Brief sagt Gladstone, daß er seine vor zwei und einem halben Jahre über den Bimetallismus ausgesprochene Ansicht keineswegs geändert habe; er mißbilligt die jetzigen Versuche, die Währung zu ändern, hält dieselben jedoch nur für vorübergehende Grillen. —

Hawaii.

— Amnestie. Einer Meldung aus Honolulu zufolge ist die wegen Beteiligung an Royalitätenaufränden zu 5-jähriger Gefängnisstrafe verurtheilte frühere Königin Kiliuolalani begnadigt und sämtlichen aus diesem Anlaß Verbannten mit Ausnahme der Brüder Ashford die Rückkehr gestattet worden. —

Partei-Nachrichten.

Die Agrarkommission wird die Programm-Entwürfe der drei Unterabtheilungen in den nächsten Tagen veröffentlicht. Uebrigens versteht es sich, wie wir heute erfahren, von selbst, daß auch ohne eine solche Veröffentlichung der Referent sowohl als der Korreferent das Recht gehabt hätten, von diesen drei Entwürfen freien Gebrauch zu machen.

Agrarprogramm. Die Delegirten des 12. hannoverschen Wahlkreises Göttingen-Münden saßen auf ihrer Parteikonferenz in Göttingen nach dem Vortrag Thielhorn's aus Hannover mit allen gegen 1 Stimme folgenden Beschluß: „Die Parteikonferenz ist der Ansicht, daß der Agrarprogramm-Entwurf sowohl in seinen Grundgedanken wie auch in seinen Konsequenzen dem sozialrevolutionären Charakter der Partei widerspricht. Die Durchföhrung des Entwurfes würde dem beabsichtigten Zweck, die Bauernschaft für uns zu gewinnen, nicht entsprechen, vielmehr geeignet sein, die heutige Gesellschaftsordnung durch künstliche Konfervierung des Bauernstandes noch eine Zeit lang aufrecht zu erhalten und damit den ökonomischen und politischen Entwicklungsprozeß hemmen. Die Parteikonferenz hält die in unserem Parteiprogramm aufgestellten Forderungen für völlig ausreichend, um die Ideen der Sozialdemokratie auch auf das platte Land zu tragen.“

Die gestern auszugweise mitgetheilte, in Scheuditz gefaßte Resolution des Merseburg-Querfurter Kreis-tages lautet wörtlich: „Der am 8. September in Scheuditz tagende Kreisstag der sozialdemokratischen Partei des Wahlkreises Merseburg-Querfurt sieht in dem vorliegenden Agrarprogramm-Entwurf kein Mittel, um die Ideen des Sozialismus unter der Landbevölkerung zu verbreiten. Der Kreisstag erblickt vielmehr in einzelnen Punkten des Entwurfes eine Stärkung des Klassenstaates, sowie in anderen Punkten eine Verhinderung des notwendigen Akkumulationsprozesses des Grundbesitzes. Aus diesen Gründen spricht der Kreisstag seine Ueberzeugung dahin aus, daß der Entwurf in seiner jetzigen Fassung als nicht annehmbar zu bezeichnen ist und daß zur Ausbreitung unserer Grund-sätze auf dem Lande unser gegenwärtiges Programm vollständig ausreicht.“

Auf dem in Sandersleben abgehaltenen Kreisstage für den zweiten anhaltischen Wahlkreis schlug der Referent Krüger aus Halle eine Resolution vor, wonach der Breslauer Parteitag das Agrarprogramm nach entsprechender Generaldebatte zur gründlichen Nachprüfung an die event. durch Sachkenner verstärkte Agrarkommission zurückverweisen soll. Diese Resolution wurde mit einem Amendement des Genossen Greiner-Ashfordleben: die Reichstagsfraktion zu beauftragen, im Reichstage für die Befestigung der Bestände-Ordnungen durch Reichsgesetz einzutreten, einstimmig angenommen.

Der Arbeiterverein in Cosselbach bei Dresden saßte in einer Versammlung zu Wohlitz nach dem Referat des der Agrarkommission angehörenden Landtags-Abgeordneten Schulze einstimmig folgende Resolution: „Die Versammlung erkennt die Wichtigkeit der Agrarfrage für unsere Partei an; sie hält es aber im gegenwärtigen Stadium der Diskussion für verfrüht, ein endgiltiges Urtheil abzugeben. Sie erwartet, daß die Vorschläge der Agrarkommission auf dem Parteitage zu Breslau einer eingehenden Diskussion unterzogen werden und dadurch größere Klarheit geschaffen wird.“

In Chemnitz beschloß eine zahlreich besuchte Parteiversammlung einstimmig: „Die Versammlung lehnt den Agrarprogramm-Entwurf ab; sie wünscht aber, die Agrarkommission möge fortbestehen bleiben zum Zwecke der Untersuchung der landwirtschaftlichen Verhältnisse, auf Grund deren Ergebnisse neue Programm-sätze auszuarbeiten wären.“

In Froburg saßte eine Versammlung der Sozialdemokratie des 14. sächsischen Wahlkreises Borna-Pegau mit allen gegen 4 Stimmen eine Resolution gegen das Agrarprogramm. Starke aus Wechselburg hatte es als unannehmbar bezeichnet. Als der verkehrteste Vorschlag schien ihm die Verstaatlichung der Hypotheken. An dem Agrarprogramm seien aber nicht etwa die Kommissionsmitglieder schuld, sondern diejenigen Genossen, die fortwährend gedrängt hätten, etwas für den Bauer zu thun. Das Ersterer Programm erachtete er als vollständig ausreichend.

In Ludwigshafen wurde in der zweiten Berathung über die Vorschläge folgende Resolution fast einstimmig an-

genommen: „Die Versammlung hält den Entwurf für unannehmbar, weil er den Stempel der Eile und Flüchtigkeit an sich trägt, beantragt aber, die Agrarkommission nicht aufzulösen, sondern ihre Zeit bis zum nächsten Parteitage 1896 zu geben, dem sie einen neuen Entwurf vorzulegen hat; derselbe soll indes nicht mechanisch in das allgemeine Programm hineingefügt sein, sondern weil er eine besondere Klasse der Gesellschaft betrifft, einen Abschnitt des Programms bilden.“

Delegirte zum Breslauer Parteitag. Flensburg: Holzhäuer. — Wahlkreis Speier-Ludwigshafen: Stubenreich. — Chemnitz: Enders und Haubold.

In Brandenburg hat Genosse Ferdinand Gwald der Miteigentümer des Verlags und der Druckerei der „Brandenburger Zeitung“, seinen Gesellschaftsvertrag gelündigt. Er tritt am 1. Januar aus dem Geschäft aus.

Sächsische Landtagswahlen. Für den 5. städtischen Kreis (Altenberg, Bärenstein etc.) ist an Stelle des Genossen Eger, der Umstände halber leider nicht kandidiren kann, vom Zentral-Agitationskomitee der Genosse Paul Dreyer in Löbtau als Kandidat aufgestellt worden.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Redakteur Gewehr von der Elberfelder „Freien Presse“ hat die wegen „groben Unfugs“ über ihn verhängte 14-tägige Haftstrafe angetreten.

— Gegen die Niederrheinische Volks-Tribüne in Düsseldorf ist auf Antrag des Kriegsministers wegen angeblicher Beleidigung des gesammten Offiziers- und Unteroffizierskorps des deutschen Heeres ein Verfahren eingeleitet.

— Beim Begräbnis des Parteigenossen Ernst Albert in Düsseldorf ist eine große Schaar Parteigenossen von der Schwarz'schen Restauration aus gemeinschaftlich nach dem Friedhofe gegangen. Daraus ist hat das Schöffengericht den Verleger der Elberfelder „Freien Presse“, Genossen Grimpe, zu 15 M. Geldstrafe verurtheilt, weil er einen ohne polizeiliche Genehmigung veranstalteten Zug geleitet habe.

Soziale Uebersicht.

Der Verein deutscher Revisionsingenieure, d. h. der Ingenieure, die von den Genossenschaften angestellt sind, hielt in Eisenach eine Versammlung ab, auf der gefaßt wurde, der Wirkungsbereich der staatlichen Fabrikinspektoren sei besonders in Gegenden von verschiedenartiger industrieller Beschäftigung ein so umfangreicher, schwieriger und zeitraubender, daß sie unmöglich den Schutzvorrichtungen zur Unfallverhütung die erforderliche Beachtung schenken könnten; man möge deshalb die staatlichen Aufsichtsbeamten dahin entlasten, daß mit der Ueberwachung der Arbeiterschutz-Vorrichtungen und der Bestimmungen über Unfallverhütung die Beauftragten der Berufs-genossenschaften betraut werden. Diese Einrichtung gebe die Gewähr, daß die Fabrikinspektoren sich ihrer sonst wichtigen und vielfältigen Aufgaben ganz widmen können, aber auch die Möglichkeit, daß sich für Beurtheilung von Schutzvorrichtungen besondere Fachmänner herausbilden.

Für diese Forderung könnte man sich allenfalls erklären, wenn an der Verwaltung der Berufs-genossenschaften die Arbeiter mit demselben Rechte wie die Unternehmer theilnahmen. Da jedoch der Arbeiter in den Berufs-genossenschaften so gut wie gar nichts zu sagen hat, ist der Fabrikinspektor als Aufsichtsperson den Beauftragten der Berufs-genossenschaften entschieden vorzuziehen, denn er kann den Unternehmern viel erfolgreicher entgegen-treten als die von diesen angestellten Beauftragten der Berufs-genossenschaften. Wir werden in unserer Ansicht durch die Thatsache bekräftigt, daß sich, wie das Berliner Tageblatt mittheilt, unter den mehr als zweihundert berufs-genossenschaftlichen Beauftragten ein erheblicher Prozentsatz von Beuten befindet, die technisch nicht vorgebildet sind und für die Beurtheilung von Schutzvorrichtungen das nöthige Verständniß gar nicht haben können. Es sind dies Geschäftsführer von Berufs-genossenschaften, also Bureaubeamte, die nebenbei den „Beauftragten“ spielen und durch diese Thätigkeit ihrem Haupt-amte, das bei der gegenwärtigen Lage der Unfallversicherungs-Gesetzgebung mehr denn je eine volle Arbeitskraft erfordert, wesentlich entzogen werden.

Der Verband deutscher Gewerbevereine hält vom 22. bis 24. September in Kassel seine vierte ordentliche Haupt-versammlung ab. Auf der Tagesordnung stehen u. a. folgende Punkte: 1. Sonderberichte über die Erledigung bezw. weitere Behandlung der auf der letzten Hauptversammlung in Karlsruhe erörterten Fragen: a) Ausdehnung der Unfallversicherung auf das Handwerk und Kleingewerbe; b) der unlautere Wettbewerb in Handel und Gewerbe; c) Förderung des gewerblichen Unterrichts und Anstellung von Erhebungen über dessen Lage; d) Sicherung der Fort-bildungen der Bauhandwerker und Lieferanten. 2. Die Ver-sicherung der Arbeitslosen; Vortrag von Dr. Hampe-Kassel. 3. Die preussische Zentral-Genossenschaftskasse; Vortrag des Handelskammer-Syndikus Dr. Nohr-Kassel. 4. Vorschläge zur Regelung des Submissionswesens; Berichterstatter Vorsteher des Gewerbevereins Schreinermeister Ruch-Kassel. 5. Die Vereinfachung und der weitere Ausbau unserer sozialpolitischen Versicherungs-Gesetzgebung; Berichterstatter Bürgermeister Dr. Weis-Eberbach.

In Nürnberg tagt der siebente Verbandstag deutscher Lohnfuhr-Unternehmer. Die Verhandlungen haben zum großen Theil lediglich ein sachliches Interesse. Man erklärt jedoch auch, daß die Mehrzahl der Fuhrunternehmer keineswegs auf Rosen gebettet ist, sondern einen harten Kampf ums Dasein, namentlich in der Konkurrenz gegen die vielen technischen Neuerungen auf dem Gebiete des Verkehrs-wesens zu führen hat. Die meisten Klagen wurden bei Erörterung des Themas „das Drohkloßwesen und die Aufsichtsbehörden“ erhoben. Die Polizeistrafen gegen Fuhrwerklenker seien von einer im Publikum wenig gekannten Rigorosität.

Gewerkschaftliches.

Sämmtliche Mittheilungen von Organisationen, vor allem solche über Ausstände oder Ausperrungen, müssen stets den Stempel der betreffenden Organisation tragen.

Aus Strauberg wird und telegraphirt, daß Jozug von Zwiedern nach der Firma Mauff fernzuhalten sei.

Die Holzbildhauer Eberfelds haben in sämtlichen Möbelfabriken, bis bisher noch zehnständige Arbeitszeit bestand, den Reinstundentag errungen. — In Warmen dauert der Aus-stand fort.

In Helmstedt in Braunschweig sollen aus den Thonwerken die Steinmehlen in Differenzen geraten sein, weshalb Jozug fernzuhalten wäre. So wird uns von dort auf einer Postkarte gemeldet, die leider nicht den Stempel der Organisation trägt, so daß wir für die Richtigkeit der Meldung keine Gewähr übernehmen können.

Der Streik der Fischer in der Photographenapparat-Fabrik von Paul Förster (Fab. G. Bünsche) in Dresden ist durch gegenseitiges Uebereinkommen beendet.

Die Dresdner Steinbildhauer beschloßen Fortsetzung des Streiks, da die Unternehmer in einem Schreiben erklärt haben, auf die Forderung, daß Schärfen und den Transport der Werkzeuge auf ihre Kosten besorgen zu lassen, niemals einzu-gehen.

Die Brauer in Karlsruhe haben in einer Versammlung einstimmig beschlossen, vom Streik und vom Bierboikott abzusehen und sich mit dem Angebot der Brauereien zu begnügen, das in folgendem besteht: 10 1/2-stündige Arbeitszeit mit 6 Uhr-Schluß im Winter, Abschaffung der Rüche, Zahlung der nothwendigen Ueberstunden mit 40 Pfennig pro Stunde, Zahlung der Sonntagsjour mit 2 Mark, Gewährung vollständiger Vereins-freiheit.

Die Drechsler Nürnbergs ersuchen um Vermeidung des Jozugs, da sie mit den Unternehmern in Differenzen stehen. Der Vorstand des Verbandes deutscher Berg- und Hüttenarbeiter schlägt in der letzten Nummer des Verbands-organs vor, den Namen der Organisation, den Thatsachen entsprechend, in „Verband deutscher Bergarbeiter“ umzuändern. Von den Hüttenarbeitern haben sich nur sehr wenige dem Verband angeschlossen. Der Vorstand ist der Meinung, daß es zunächst seine Aufgabe sei, die Bergarbeiter zum Anschluß an den Verband zu veranlassen, eine Aufgabe, die alle Kräfte in Anspruch nehmen werde. Den Hüttenarbeitern, deren es eine stattliche Anzahl in Deutschland giebt, müsse es überlassen bleiben, sich selbst zu organisiren. Wenn bis zur nächsten Vorstandssitzung kein Widerspruch aus dem Kreise der Kameraden, namentlich von den Vertrauensmännern, als dem berufenen Vertretern der Mitglieder, an den Zentralvorstand eingelaufen sei, so werde der Vorstand über die entsprechende Gestaltung des Namens der Organisation beschließen.

Die Verwendung des sächsischen Vereinsgesetzes ist um eine neue Nuance bereichert: In einer Steinseher-Versammlung in Leipzig nahm der Vorsitzende in der Dis-kussion das Wort. Nach kurzer Zeit wurde es ihm vom über-wachenden Beamten mit der Begründung entzogen, daß Leiter der Versammlung dürfe er nicht gleichzeitig über „diese Dinge“ sprechen. Der Redner erwiderte hierauf, daß er den Vorsitz ja an den zweiten Vorstehenden abgetreten habe. Darauf erhob sich der überwachende Beamte und löste die Versammlung auf. Auch „von Rechtswegen“, wird man ja hören, wenn die Antwort auf die Beschwerde eingetroffen ist, die gegen das Ver-fahren des Beamten erhoben wird.

Der Münchener Bau-Senat hat der Firma Holzmann u. Co., die zum Bau des Reichshauses auf dem östlichen Fried-hofe Säulen aus Kelheimer Kalkstein zu liefern hatte, den Ver-ferungstermin mit der Begründung verlängert: „Es sei an-zuerkennen, daß der „Arbeitsgeber“ Holzmann u. Co. sich in einem Lohnkampfe befindet, welcher nach der vorliegenden Mittheilung des 1. Bezirksamts Kelheim von seiner Seite als „nicht völlig unberechtigt“ erachtet werden könne.“ Das Kelheimer Bezirksamt hatte nämlich in einem Schreiben unter anderem gesagt, die Steinmehlen von G. A. Lang in Kelheim, der die Säulen an Holzmann u. Co. liefert, hätten die Arbeit „zweifellos auf Anreizung auswärtiger, sozialistischer Agitatoren“ eingestellt, der Streik „wäre von allen Seiten als ein durchaus frivoler anerkannt“ und sei „augenscheinlich lediglich eine Kraft-probe der sozialdemokratischen Steinmehl-Organisation gegenüber den Arbeitgebern, gepaart mit dem Versuche, die zahlreichen lang-jährigen Steinbrucharbeiter bei dieser Gelegenheit in die Organisation einzubeziehen.“

Das genügt dem Bau-Senat der guten Stadt München, um, ohne einen einzigen Arbeiter gehört zu haben, zu gunsten der Firma Holzmann u. Co. zu entscheiden.

Aus Kopenhagen berichtet die „Kölnische Zeitung“, daß 130 Arbeiter der dortigen Eisengießereien und Maschinen-fabriken die Arbeit eingestellt hätten, weil der Fabrikanten-verein sich weigerte, einen Mindest-Stundenlohn von 30 Dore (98 Pf.) zu gewährleisten. Der Ausstand dürfte allmählich auch in anderen Zweigen eine Einstellung der Fabrikthätigkeit herbei-führen.

Jozug von Metallarbeitern ist deshalb aufs strengste fern-zuhalten.

In Treccate bei Novare in Italien haben die Ar-beiterinnen der mechanischen Weberei von Vanzu u. Co. die Arbeit eingestellt. Sie fordern: reines Trinkwasser, halb-stündige Mittagspause, Ansammlung der Strafgeelder zu einem Unfallversicherungsfonds, während sie bisher den Unternehmern in die Tasche floßen. Die drei Forderungen charakterisiren die Menschenfreundlichkeit der Firma Venzu u. Co. hinreichend.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Triest, 13. September. (B. H.) Die österreichische Re-gierung soll ein Verbot erlassen haben, wonach am 20. September nach Italien keine Vergnügungs-Extrazüge abgefahren werden dürfen.

Budapest, 13. September. (B. L. W.) Von unterrichteter Seite wird mitgetheilt, daß die Begnadigung der im Memorandum-prozeß verurtheilten rumänischen Agitatoren sich auf sämtliche Securtheiten erstrecken wird. Dieser Gnadenakt soll die Auf-lassung zur Geltung bringen, daß die Regierung hinsichtlich der nationalen Agitationen heute die Lage als beträchtlich verändert und gebessert ansieht.

Sofia, 13. September. (B. H.) Das Organ Radoslavow's „Narodni Prava“ ist in Kullagezustand versetzt worden und zwar wegen Beleidigung des Fürsten Ferdinand. Das Vergehen wurde in einem Artikel gefunden, in welchem dem Fürsten der Raib ertheilt wurde, Ungarnien zu verlassen, wenn er nicht ebenso wie Stambulow getödtet werden wolle.

Belgrad, 13. September. (B. H.) Unweit Czagal fand ein blutiger Zusammenstoß zwischen Hajduken und Gendarmen statt, wobei ein Hajduk getödtet wurde. Zwei ehemalige rabidale Vorsteher der Dorfgemeinde, welche an der Seite der Hajduken kämpften, sind zu Gefangenen gemacht worden.

Belgrad, 13. September. (B. H.) Der russische Staats-rath Wjatschlewsky befindet sich gegenwärtig auf einer Reise durch Macedonien, und zwar, um daselbst zu agitiren. In Salonichi und Athos sollen Agenturen errichtet werden, welche ihre Be-richte dem Hauptkomitee in Odessa einzusenden haben.

Palermo, 13. September. (B. L. W.) Der Präsident der Kommission zur Anweisung von Zwangswohnstätten erließ in An-wendung des Gesetzes vom Juli 1894 einen Verhaftsbefehl, infolge-dessen 12 Führer der revolutionären sozialistischen Partei zur Haft gebracht wurden. Unter denselben befinden sich mehrere in hervor-tretenden Stellungen, so der Fürst Cuto, sowie der Herausgeber und die Redakteure des Blattes „Risossa“, welches zu erscheinen auf-gehört hat. Drei Personen, gegen welche Haftbefehle erlassen wurden, waren nicht aufzufinden.

Nagier, 13. September. (B. H.) Gestern Abend ist der Dampfer „Shannock“ aus Majunga mit 48 in der Gefensung befindlichen Offizieren, 533 Soldaten und 63 Kranken in den heissen Hafen eingelaufen. Auf der Fahrt hierher sind 19 Sol-daten gestorben.

New-York, 13. September. (B. L. W.) Nach einer Meldung des „New-York Herald“ aus Tegucigalpa (Honduras) ist dort am 11. d. M. ein Kurier aus Yecapan eingetroffen, der von einem schrecklichen Erdbeben in jener Gegend berichtet, dem über 800 Menschen zum Opfer fielen. Die Erdstöße be-gannen am 8. September und richteten vielen Schaden an. Am 10. d. M. hörten dieselben auf, wiederholten sich jedoch in der Nacht danach mit großem, einer schweren Kanonade gleichendem Getöse, das über eine Stunde andauerte. Die Bewohner liefen von Schrecken ergriffen durch die Stadt. Es verlautet, daß in Yecapan 71 Häuser zerstört und bisher 188 Leben aufgefunden wurden, während noch viele Personen vermisst werden. In Corajunca sollen 87 Häuser zerstört und 95 Menschen getödtet, in Cayuca 111 Leichen aufgefunden worden sein.

Savanna, 13. Sept. (B. L. W.) Die Insurgenten sprengten das Fort Managnita mittels Dynamit in die Luft und griffen das Dorf Kassel an, welches von der spanischen Besatzung heldenmüthig vertheidigt wurde.

Lokales.

Achtung, vierter Wahlkreis! Morgen, Sonntag gelangt ein Flugblatt zur Verteilung. Es ist Pflicht der Parteigenossen, sich zahlreich an der Verbreitung zu beteiligen. Die Vertrauenspersonen.

Der Kampf gegen den „Umsturz“ wird von den bürgerlichen Blättern mit einer zum Teil geradezu ungläublichen Gedanklosigkeit geführt. Reporter vom Schlage des gezähmten Anarchisten spart keinen Stein übrig, den Redakteuren der staatsbehaltenden Presse „Stoff“ zur Vervollständigung ihrer Ignoranz zu liefern. Es sind erst wenige Tage her, daß man sich in einer ganzen Reihe bürgerlicher Blätter über die hohe Summe der Parteibeiträge „enttäuschte“, welche im Monat August eingegangen waren. In klammernden Worten gedachte man der „Schmach“, daß die armen Arbeiter soviel Geld zusammenbringen, um den „Herren Führern“ — in Bldhense z. B. — ein freudevolles Dasein zu ermöglichen. Doch die Szenerie wechelt. Ein paar Tage später, und denselben Berichterstatter grüßt der grauenhafte Dalles in der sozialdemokratischen Finanzwirtschaft entgegen. Man operiere mit mit Besitzt. In dem einen Falle, beim Feste der Arbeiter-Bildungsschule, sind es mehrere hundert, und bei der Laffestfeier im dritten Wahlkreise hübsch abgerundet, gegen tausend Mark. Zur Kennzeichnung des Schwindels sei angeführt, daß die Unkosten des Festes im dritten Wahlkreise nur 460 Mark betragen haben und daß der Besuch doppelt so stark war, wie in bürgerlichen Blättern berichtet wird. Ähnlich verhält es sich mit dem Feste der Arbeiter-Bildungsschule. Macht aber alles nichts; seien die Lügen, die der staatsbehaltenden Presse zugetragen werden, noch so dümm, sie werden in absoluter Ermangelung brauchbaren Materials mit Behagen abgedruckt. Ein solches Spiel nennt man dann Kampf für Ordnung, Religion und Sitte.

Der Muth der freisinnigen Stadtväter. Die „Volks-Zeitung“ schreibt:

In betref der Kameel-Inskript in der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche ist von sozialdemokratischer Seite daran gewendet worden, daß man in der Stadtverordneten-Sitzung bereits unterrichtet war von der Vereitelung der Inskript. Thatsächlich hatte, wie die „Freisinnige Zeitung“ mittheilt, die größere Fraktion der Stadtverordneten-Versammlung beschlossen, am vorigen Donnerstag die Angelegenheit zur Sprache zu bringen, vorher aber sich durch Entsendung von zwei Mitgliedern von dem Thatbestand an Ort und Stelle zu überzeugen. Die betreffenden fanden alsdann in der Kirche die Inskript verhängt, und es wurde ihnen bemerkt gemacht, daß man bereits die Arbeit begonnen habe zur Vereitelung der Inskript. Diesen Bericht war ein Stadtverordneter der rechten Seite in der Lage, am Donnerstag vor Beginn der Sitzung zu bestätigen. Infolge dessen wurde von der Erörterung der Angelegenheit in der Stadtverordneten-Versammlung Abstand genommen. Wie wir hierüber denken, haben wir dieser Tage unverbunden aneinandergelegt. Wir hoffen, daß, wenn es die „größeren“ Fraktionen der Stadtverordneten-Versammlung in unbegreiflicher Weise vermahnen sollten, die Person des Urhebers der Inskript zur wohlverdienten öffentlichen Brandmarkung zu bringen, die sozialdemokratische Fraktion die Mittel dieser überlangewendeten Großmuth-Lattik zerbrechen werde, indem sie ihrerseits die Angelegenheit in geeigneter Weise zur Sprache bringt. Traurig genug, wenn in dieser Angelegenheit der Liberalismus im Nothen Hause den Sozialdemokraten den Vortritt überläßt!

Warum gerade unsere Vertreter sich besonders erheben sollen, wenn die Freisinnigen als Kameele bezeichnet werden, sehen wir vorläufig noch nicht ein.

Die Kirche bildet in Berlin zwar keine Macht — es läßt sich sogar, soweit der Einfluß auf die arbeitende Bevölkerung in betracht kommt, kaum etwas Ohnmächtigeres denken! — aber es steht ihr für ihren Kampf für Religion, Sitte und Ordnung wenigstens ein Apparat zur Verfügung, der einer kriegerischen Großmacht würdig wäre. In Berlin und den direkt angrenzenden Vorortgemeinden bestehen zur Zeit 71 evangelische Kirchen; außerdem 22 von selbständigen Geistlichen verordnete evangelische „Anstaltskirchen“ (in Krankenhäusern, Siechenhäusern, Gefängnissen u. s. w.); ferner 9 sonstige evangelische Predigtstätten (z. B. Ringelballe's eigene Kapelle u. s. w.); weiter 9 Kirchen und Predigtställe von evangelischen Gemeinden, die von der Landeskirche unabhängig sind (evangelische-lutherische Gemeinde, böhmisch-lutherische Gemeinde &c.). Die römisch-katholischen haben in Berlin und den angrenzenden Vorortgemeinden 17, die griechisch-katholischen 2 Kirchen und Kapellen. Die bischöfliche Methodistenkirche hat 4, die apostolische Gemeinde 5, die Baptisten-Gemeinde 2, die Menmoniten-Gemeinde 1 Predigtstätten. Man darf also sagen, daß jeden Sonntag in Berlin und Umgebung an rund 150 Stätten gegen den Unglauben gepredigt wird, ungerechnet die zahlreichen Anstalten, Herbergen, Jünglings- und Jungfrauen-Vereine, in denen sogenannte Hausväter, Inspektoren, Missionare u. s. w. die Rolle des Geistlichen übernehmen und sogenannte Andachten abhalten. Geistliche zählt der neueste Jahrgang des „Führers durch das kirchliche Berlin“ 860 auf. Die Thätigkeit dieses ansehnlichen Heeres von Gottesknechten wird unterstützt durch die sogenannten Missionsarbeit. Die äußere Mission hat in Berlin 14, die innere Mission 11 Vereine und Anstalten. Unter denen der inneren Mission sind die bekanntesten die „Berliner Arbeiterkolonie“, der Verein „Dienst an Arbeitslosen“, der „Christliche Verein junger Männer“. Eine besondere Stellung nimmt die Berliner Stadtmision ein, deren Organisation sich über alle Theile der Stadt erstreckt. Dem Kampfe für Religion, Sitte und Ordnung dienen weiter zahlreiche Vereine und Anstalten, die ihren kirchlichen Charakter nicht immer aus der Firma erkennen lassen. Die Interessen der evangelischen Kirche fördern etwa zwanzig Anstalten für Waisenfürsorge, Erziehung verwahrloster Kinder u. s. w., über ein halbes Duzend konfessioneller Krankenhäuser, etwa 1 Duzend christliche Krankenpflegevereine, ebenso viele Krankenpflege-Stationen des evangelisch-kirchlichen Hilfsvereins, 2 Duzend Jünglingsvereine, über 3 Duzend Jungfrauenvereine, 8 Anstalten für „sittlich gefährdete und gefallene Mädchen“, 3 Mägdeherbergen, 4 Vereine zur Bekämpfung des „kirchlichen Nothstandes“ (Kirchenbauerei!), mehrere Vereine zur Verbreitung von Bibeln, Traktäthen u. s. w., einige fromme Mäßigkeitsvereine u. s. w. u. s. w., 8 Hospize für Bettelnde, 6 „Heimaths“-Herbergen für Unbemittelte (also doch noch Zahlungsfähige), in denen man die christliche Liebe mit recht hübschen Preisen für Logis und Kost zu vereinen weiß, bilden den würdigen Abschluß der langen Liste. Ein Apparat, wie gesagt, der einem imponieren könnte, wenn nicht die gängliche Wirkungslosigkeit all dieser Mittel und Mittelchen bei dem Vortrater eine ganz andere Empfindung hervorriefe.

Ueber einen kuriosen Zwischenfall bei der Einweihung der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche erzählt der Berliner Korrespondent der „Hamburger Nachrichten“ folgendes: „Ein Freund hatte mir einen Balkonplatz am Kurfürsten Damm angeboten, von dem aus ich die Ansahrt der höchsten Herrschaften

bequem übersehen konnte. Gerade gegenüber, auf der anderen Seite des Kurfürsten Damms zieht sich die Mauer des Zoologischen Gartens entlang. Als nun die Glocken zu läuten begannen und der kaiserliche Herr jeden Augenblick erwartet werden konnte, scholl plötzlich in die rhythmischen Schwingungen des klingenden Metalls und in die ersten jernen Hoch- und Hurraufe des Volkes ein befremdliches Geräusch hinein. Die Raubthiere, vor allem die Wölfe des Zoologischen Gartens begannen unruhig zu werden; auch in den Hundezwingern regte es sich. Lang haltendes Geheul, das Klaffen der Rüter und das heisere Wollen der Wölfe mischte sich in den Friedensgruß der Glocken und akkompagnirte den Jubel des Publikums. Das aber stand nicht auf dem Programm. Ein Polizeioffizier zu Pferde jagte wie rasend nach dem Zoologischen Garten; ein paar Wachtmeister stürmten hinein, um den heulenden Bestien kraft ihres Amtes und ihrer Autorität das Schreien zu verbieten — aber die rebellischen Thiere hatten wenig Respekt vor den blauen Uniformen: sie heulten, klafften und bellten unentwegt weiter. Endlich wurde ein Wärter aufgeschickt. Wie er die Wölfe zur Ruhe bekommen hat, weiß ich nicht; vielleicht hat er ihnen ihr Morgenfrühstück ein Ständchen früher gereicht als sonst. Jedenfalls schwiegen sie — aber sie hatten eine heitere Episode in das ernste Fest gebracht.“

Nachträgliches vom Sedanfeste. Um der Sedanfeier einen höheren Glanz zu verleihen, sind bekanntlich auch die Berliner Schulen zur Mitwirkung entboten worden. Seitens der Berliner Stadtverwaltung sind sogar 6000 M. aus dem Steuerfiskus ausgenommen worden zur Ausschmückung der Schulgebäude und sonstigen festlichen Veranstaltungen. Offenbar hat diese Summe nicht ausgereicht, denn wie wir von unterrichteter Seite erfahren, haben in der 176. Gemeindegemeinschaft, Gräffstr. 88-88, welche dem Rektor Falz untersteht, Offensammlungen — natur freiwillige — stattgefunden, an denen sich auch das Lehrpersonal beteiligte. Wie wir hören, sollen einzelne Kinder Beiträge bis zu 3 M. geleistet haben, wodurch der Anfall wieder weit gemacht wurde, welcher durch die Nichtbeteiligung von Kindern an den Sammlungen für patriotische Zwecke verhanden ist. Den uns gemachten Mittheilungen zufolge sind im ganzen 165 M. aufgebracht, d. h. gesammelt worden. Von dieser Summe wurde in erster Linie eine Schulfahne gekauft, welche 150 M. kostete, für den Rest wurden 100 Meter Gurtland beschafft zur Ausschmückung der Turnhalle der Schule, in welcher eine Sedanfeier veranstaltet wurde. —

Herr Bierck wird nun auch vor Gericht kommen. Die Direktion der Ausstellung für Sport, Spiel und Turnen erucht uns, den Wortlaut der Resolution mitzuthellen, welche in der Generalversammlung am 7. September angenommen worden ist. Sie lautet: „Die heute versammelten Aussteller und Komiteemitglieder der Allgemeinen Ausstellung für Sport, Spiel und Turnen erklären, nachdem sie das Verhalten des Herrn L. Bierck gegenüber vorgenannter Ausstellung kennen gelernt und allemäßig über das Verhältnis der Allgemeinen Ausstellung für Sport, Spiel und Turnen zu dem Nationalverein zur Hebung der Volksgesundheit, bezw. dem Generalsekretär L. Bierck informiert worden sind, das Vorgehen des p. Bierck als ein überaus standaltes, eine niedrige Gefinnung verrathendes, den Intentionen der königlichen Staatsregierung gewiß nicht entsprechendes und beauftragten Herrn Dr. Gebhardt unter dem Ausdruck vollsten Vertrauens und warmsten Dankes für seine aufopfernde Thätigkeit, den vorerwähnten Bericht an die königliche Staatsregierung abzugeben und dieselbe namens der Unterzeichneten zu bitten, der wirbellosten Verwendung des alten Reichstagsgebäudes durch Schließung des Hauses ein schleuniges Ende zu machen.“ — Gleichzeitig ist Herr Bierck wegen Beleidigung des Dr. Gebhardt gerichtlich belangt worden.

Bei dieser Gelegenheit sei denn doch einmal folgende Frage gestellt: Wie kommt die Verwaltung des Reichstags-Gebäudes, als deren Vertreter jawohl Herr Anaal anzusehen ist, überhaupt dazu, an einen Menschen von der Qualität des Herrn Bierck das Haus für den unerbötigen niedrigen Preis von 6000 M. zu vermieten? Woher die Noblesse, diesem Mann zu seiner sog. Ausstellung die großen Räume für diese geringe Summe zu überlassen, wo er den zehnfachen Betrag an Mithet herauszuschlagen wußte? Eine Antwort wäre im allgemeinen Interesse sehr erwünscht!

Das städtische Arbeitshaus in Rummelsburg hat im Verwaltungsjahr 1894/95 eine Zunahme seiner Gesamtbevölkerung bis auf 2709 Personen im täglichen Durchschnitt zu verzeichnen. Die Anstalt dient im wesentlichen Korrigendenzwecken. Untergebracht waren in dem vorerwähnten Zeitraum durchschnittlich täglich 1834 männliche und 165 weibliche Korrigenden. In anderen, hiervon getrennt gehaltenen Abtheilungen wurden außerdem durchschnittlich täglich verpflegt 381 Hospitaliten, ferner in einer Sanitätsstation zur Zwangsheilung syphilitischer, von der Sanitätspolizei überwiesener Frauen 149 Personen, und schließlich für Rechnung der städtischen Waisenverwaltung 180 Jünglinge des Erziehungsheuses für verwahrloste Knaben. Die furchtbare Zunahme des Elends ergibt sich, wenn man erfährt, daß noch im Jahre 1890 die Zahl der männlichen Korrigenden nur 900, der weiblichen 246, der Arbeitsheuses-Hospitaliten 251 und der Gesamtbevölkerung 707 betragen hat. Die männlichen Korrigenden haben demnach innerhalb der letzten 15 Jahre um das Sechsfache und die Gesamtbevölkerung fast um das Vierfache zugenommen. — Von den Korrigenden waren 666 Männer und 120 Frauen bisher noch nicht, 386 Männer und 37 Frauen wiederholt in Arbeitshäusern gewesen; die Frauen gehörten fast ausnahmslos der Straßenprostitution an. Die Arbeitskräfte der Hänglinge sollen grundsätzlich nur im Interesse der Stadtgemeinde verwendet werden. Der größte Theil der männlichen Korrigenden (71 pCt.) war auf den Rieselgütern der Stadt Berlin u. 10 besonders hierzu eingerichteten, massiv erbauten und mit ständigen Arbeitskommandos belegten Mafelingsbaracken untergebracht. Aus dem von den städtischen Deputationen z. gezahlten Arbeitsverdienste gelangen 127 685 M. zur Vereinnahmung. In die Ueberverdienstklasse für die Hänglinge, aus welcher ihnen für die erste Zeit nach der Auffassung die nöthigsten Mittel zum Lebensunterhalt während der Auffassung eines Unterkommens gewährt werden, fielen zu einem Bestande von 14 164 M. eine Einnahme von 51 920 M., zur Veranschlagung gelangten 45 673 M. Am Schlusse des Berichtsjahres verblieb hier ein Sparguthaben von 20 411 M., welches sich auf 2058 vorhandene einzelne Konten vertheilt und demnach durchschnittlich für den Kopf 0,92 M. betrug. Bei 729 586 Verpflegungstagen für die Korrigenden und 139 052 dergleichen für Arbeitsheuses-Hospitaliten wurden für Verpflegung 277 155 M. (für den Tag 31,9 Pfennige), für Bekleidung 40 340 M. (täglich 4,6 Pfennige) und für Bettstätten 51 90 M. (täglich 0,6 Pfennige) ausgegeben. Für das Arbeitshaus und das Hospital derselben war ausschließlich der allgemeinen Verwaltungskosten ein reiner Zuschuß von 341 746 M. für den Kopf und Tag von 39,3 Pfennigen (gegen das Vorjahr weniger: 8,3 Pfennige), und für die Hilfsstation ein reiner Zuschuß von 62 368 M., für den Kopf und Tag von 1,146 M. (gegen das Vorjahr weniger: 4,1 Pfennige) erforderlich.

Vom Nachtwächter-Sabul wird berichtet: Obgleich es hieß, daß das Polizeipräsidium den Privat-Nachtwächtern ge-

stattet habe, bei Ausübung des Dienstes Säbel zu tragen, herrscht z. B. in der Bewaffnung der Wächter große Ungleichheit. Die Grundbesitzer-Genossenschaft, die sechs Polizei-Hauptmannschaften umfaßt, hat jetzt ihren Beamten mitgetheilt, daß sie die Säbel sich anschaffen könnten, jedoch aus eigenen Mitteln. Da aber die Verhältnisse der Wächter fast durchweg nichts weniger als glänzend sind, so haben sich nur wenige von ihnen entschlossen, die 6 bis 8 Mark für einen Säbel aus ihrer Tasche zu opfern, während die große Mehrzahl der Nachtwächter sich ohne jede Schutzwaffe befindet. Ausdrücklich verboten aber ist das Tragen des Säbels den Beamten der beiden Nachtwacht-Institute der 2. und 8. Polizei-Hauptmannschaft, die das Potsdamer Viertel und Moabit umfassen. Bei den Wächtern ruft dieser Zustand viel Unzufriedenheit hervor, und es wird von ihnen gewünscht, daß sie durchweg alle mit einem Schuttsäbel versehen würden. Wir wollen die Schäßbarkeit der Hausbesitzer nicht weiter beleuchten, doch meinen wir, daß die Nachtwächter ganz gut ohne den Säbel auskommen können.

Aus dem Bereiche der Ausstellung Italien in Berlin, dem bekannten Unternehmen des Herrn Schippanowski, geht uns eine sehr überraschende Mittheilung zu, die wir unter aller Reserve hier wiedergeben. Danach soll am Donnerstag Abend die Ausstellung geschlossen gewesen sein, angeblich weil Herr Schippanowski die letzte Gasse in Folge Geldmangels unbezahlt gelassen hat und ihm demzufolge das Gas abgeperert war. Auch hätten die italienischen Musiker, sowie die Savonarben, welche hierher verschrieben worden sind, die fällige Gage nicht bezahlt erhalten; gegenwärtig seien sie beim italienischen Konsulat vorstellig, um wenigstens durch Vermittelung desselben freie Rückbeförderung in ihre Heimath zu erlangen. Wir würden mit dieser Meldung, die uns in später Abendstunden zugeht, zurückhalten, wenn nicht bereits in der vorjährigen Ausstellung einige ähnliche, wenn auch minder trasse Fälle vorgekommen wären. Wie noch berichtet wird, soll Herr Schippanowski auch die Leitung des größten Vergnügungstotals auf der 1896er Gewerbe-Ausstellung übertragen worden sein.

Die geologische Wand im Humboldthain ist fertig, mit Erde beschüttet, durch Rasen abgedeckt und entsprechend bepflanzt. Sie ist 20 Meter lang und durch Etiquettes übersichtlich in 18 Felder gegliedert. Das schönste in ihr sind riesige Krystalle: Rauchtopase, der Quarzgruppe angehörend, solche von Schwefel- oder Eisenkies und der Spatheisene. Leider haben die Hände mehrere derselben ausgebrochen, auch ist von rudilosen Burschen die Wand stark beschädigt worden. Infolge dessen ist jetzt während der Besuchszeit am Mittwoch und Sonnabend Nachmittag ein Aufseher zur Stelle. Gewisse weiche Minerale, wie auch die Salze, zeigen jetzt schon deutlich die üblichen Folgen der Einwirkung ungenügender Witterungsverhältnisse. Auch eine Tropfsteinhöhle mit Stalaktiten und Stalagmiten ist im Kleinen vorgebildet. Komisch wirkt, wie das „V. L.“ schreibt, die Verwendung von Porphyr in dem instruktiven Mauerwerk, die eine Braunlohlen-schichtung vorbilden sollen. Wir meinen, in dem großen Berlin sollten einige echte Braunkohlenstücke unschwer zu beschaffen gewesen sein.

Herr Garten, Redakteur der „Zukunft“, führt gegen den Redakteur der „Kritik“, Herrn Schmidt, eine Beleidigungsklage, in welche in einigen Tagen Termin ansteht. Dem Zwist soll eine Preßhebe vorangegangen sein. Geht es den beiden Vertretern der bürgerlichen Journalistik so schlecht, daß sie auf solche Weise für sich Rettung machen müssen?

Ein aus Lemberg gebürtiger Anarchist namens Jager ist der „Volks-Zeitung“ zufolge verhaftet und dann ausgewiesen worden. Warum? Bei seinem Verhör auf dem Polizeipräsidium soll er „zugegeben“ haben, daß er mit den Anarchisten Wieje und Wieselthal verkehrt habe!

In einer Versammlung der Kolonialwaarenhändler, welche am Donnerstag abgehalten wurde, führte man lebhaft Klage über die Art, wie die Polizei die Bestimmungen des Nahrungsmittelgesetzes handhabt. Hauptächlich wurde es für unangebracht gehalten, daß die Beamten zu Untersuchungswecken Waaren entnahmen, ohne dafür Bezahlung zu leisten. Wenn die Polizei anderer Städte derartige Waarenproben bezahle, so könne das auch in Berlin geschehen. Die Versammlung beschloß, in einer an den Handelsminister zu richtenden Beschwerde um Abhilfe nachzusuchen.

Krähwinkel in Berlin. Die Direktion des Passage-Panoptikums theilt folgenden Vorfall mit: Un glaublich, aber verbürgt wahr ist folgende Affäre, die sich am Dienstag Abend in dem Siechenhause in der Behrenstraße zugetragen hat. Betritt da in den Abendstunden ein in seine malerische Tracht gekleideter Lunese aus dem Passage-Panoptikum, von dem Inspektor des genannten Instituts begleitet, das Restaurant, um ein Glas Bier zu trinken. Noch hatten die beiden nicht Platz genommen, als der Geschäftsführer des Lokals auf sie zuströmte und sie in erregtem Tone anforderte, dasselbe sofort zu verlassen, da „Zigeuner“ hier keine Bewirthung finden könnten. Die Vorhaltungen des Begleiters, daß der Fremde kein Zigeuner, sondern ein angesehenes Mitglied der im Passage-Panoptikum aufstretenden Lunese-truppe sei, daß demnach jeder fremdländisch gekleidete, sonach auch die Mitglieder der chinesischen Gefandtschaft eine gleiche Behandlung in diesem Lokal zu riskiren hätten, blieb ohne Erfolg. Der Geschäftsführer wurde nur noch erregter, und der Lunese nebst seinem Begleiter mußten sie ein paar Gedächtnisse das Lokal verlassen. Nicht daneben, in einem andern Lokal, fanden sie dann gastliche Aufnahme, wo das Erlebnis, das sie alsbald zum besten gaben, allseitig belacht wurde.

Aus dem Zeitalter sozialer Fürsorge. Durch Sturz aus dem Fenster hat sich gestern Morgen um 5 Uhr eine 69-jährige Greisin das Leben genommen. Es handelt sich um die Hospitalitin Bistette Wör, die in dem Gefundehospital in der Koppenstraße 38 untergebracht war. Die alte Frau sprang aus dem Fenster ihres im zweiten Stock gelegenen Zimmers in den Garten hinab und zog sich so schwere Verletzungen zu, daß sie alsbald starb. Die Veranlassung zu dem Selbstmorde war, wie berichtet wird, Lebensüberdruß infolge hohen Alters und Gebrechlichkeit. Vielleicht gar nur reiner Uebermuth?

Durch Gift suchte sich vorgehern Abend das 18-jährige Dienstmädchen Elise Bergmann, das in der Johannisstr. 22 in einem Pensionat diente, zu tödten. Das Mädchen nahm gegen 10 Uhr abends mehrere Theelöffel Arsen zu sich. Die Wirkung äußerte sich bald in furchtbaren Schmerzen. Die Herrschaft ließ das Mädchen in ein benachbartes Institut bringen, wo ihm der Magen ausgepumpt wurde. Nachdem brachte man es in ein Krankenhaus. Es scheint außer Lebensgefahr zu sein, liegt aber noch schwer darnieder. Seiner Angabe nach ist das Mädchen durch die ihm von der Dienstherrschaft zu theil gewordene Behandlung zu dem Selbstmordverzicht veranlaßt worden. Auch Hausbewohner, die ihm das beste Zeugnis ausstellen, wollen eine harte Behandlung des elternlosen Mädchens wahrgenommen haben. Ihnen gegenüber hat es schon öfter Selbstmordgedanken laut werden lassen.

Schwer verunglückt wurde gestern Nachmittag um 2 1/2 Uhr der 37-jährige Eisenbahn-Rangirer Fehlow aus Lwosberg an

der Nordbahn in das hiesige Augustahospital gebracht. Der Mann war in Löwenberg als Rangierer auf dem Güterbahnhof beschäftigt. Dort stolperte er Donnerstag Abend um 10 Uhr beim Anklopfeln und einer der Wagen ging ihm über den linken Fuß. Ein Bahnhofsassistent brachte den Schwerverletzten, der seinen Fuß wohl verlieren wird, mit der Bahn nach dem hiesigen Stettiner Bahnhof. Von hier trugen ihn 8 Stationsarbeiter in einem Traglorbe in das Hospital.

Durch Hundebisse wurde vor einigen Tagen der Handelsmann Schröder vom Mariannenufer 10 schwer verletzt. Schröder fuhr mit seinem Hundewagen durch die Dredecker Straße. Vor dem Hause Nr. 118 stürzte sich der große Hund eines dort wohnenden Schlächters auf seine Zughunde und biss sich mit ihnen an. Als der Handelsmann die Thiere auseinanderbringen wollte, griff ihn der riesige Schlächterhund an und zerfleischte ihm, nachdem er sich den Maulkorb abgestreift hatte, den rechten Vorderarm. Ein Schuhmann brachte den Schwerverletzten auf die 10. Sanitätsstraße in der Kdalerstraße und von dort nach Anlegung eines Nothverbandes in das Krankenhaus am Urban.

Ein gewaltiger Feuerschein, der am Donnerstag Abend gegen 8 Uhr im Südosten Berlins sichtbar war, gab Veranlassung zu dem alarmirenden Gerücht, daß in der Umstellung ein Brand ausgebrochen sei. Der Feuerschein rührte jedoch von einem Schadenfeuer her, das auf einem Bauerngehöft in Kiez der Vorstadt von Cöpenick, entstanden und eine Stallung, sowie einige gefällte Scheunen einschloß. Die Feuerwehren aus Cöpenick, Friedrichshagen, Grünau u. s. w. verhinderten jedoch eine größere Ausdehnung des Brandes.

Polizeibericht. Am 12. d. M. morgens wurde ein Zimmermann in seiner Wohnung, in der Kleindorferstraße, erhängt vorgefunden. — In der Münzstraße gerieth eine Frau unter die Räder eines Schlächterwagens und erlitt eine erhebliche Quetschung des Obersehenkels. — Vormittags wurde ein achtjähriger Knabe in der Pychenerstraße durch einen vom Winde umgerissenen Theil eines Wanzannes getroffen und am Obersehenkel schwer verletzt. — In der Dorotheenstraße fiel nachmittags ein Rentner beim Abspringen von einem in der Fahrt befindlichen Pferdebahn-Wagen hin und brach den Unterschenkel. — Im Hause Jerusalemstr. 11/12 stürzte gegen Abend ein neunjähriger Knabe beim Spielen auf der Treppe über das Geländer im vierten Stock in den Keller hinab und erlitt sehr schwere Verletzungen. — Am 13. d. M. morgens sprang eine Frau aus dem Fenster ihrer im zweiten Stock eines Hauses der Kropfenstraße belegenen Wohnung in den Vorgarten hinab und starb bald darauf. — In der Nacht zum 13. d. M. brach in einer im vierten Stock eines Hauses in der Mariannenstraße befindlichen Metallwaaren-Fabrik Feuer aus, das bald den darüber liegenden Dachstuhl und dort lagernde Holzvorräthe ergriff. — Außerdem fanden im Laufe des Tages drei unbedeutende Feuer statt.

Witterungsübersicht vom 13. September 1895.

Table with 6 columns: Stationen, Barometerstand in mm, Windrichtung, Windstärke (Scala 1-12), Wetter, Temperatur nach Celsius (°C) and Fahrenheit (°F). Rows include Swinemünde, Hamburg, Berlin, Wiesbaden, München, Wien, Baparanda, Petersburg, Cort, Aberdeen, Paris.

Wetter-Prognose für Sonnabend, 14. September 1895. Ziemlich kühles, zeitweise heiteres, vielfach wolkiges Wetter mit etwas Regen und mäßigen nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Kunst und Wissenschaft.

Ein Theater nach Art des Schiller-Theaters will ein Konfession im Westen Berlins errichten. Professor Döpler soll Urheber dieses Projektes sein.

Veränderung der Erdoberfläche. Bekanntlich wird durch die großen Plutone und durch die großen Ozeane das Erdprofil beständig verändert; die Flüsse tragen den Sand und die Gesteinstheile, die sie fortwährend abspülen, an die Küste, lagern sie dort ab und bauen auf diese Weise den Kontinent in das Meer hinein, während die Ozeane ihrerseits durch die ewige Brandung an bestimmten Stellen die Küste allmählich abtragen und hierdurch das Meer in den Kontinent hinein vernehren. Während aber hierdurch eigentlich nur die Grenze zwischen Festland und Meer stetig verändert wird, die Gestalt unseres Planeten im großen und ganzen jedoch unverändert bleibt, ist vor nicht langer Zeit entdeckt worden, daß es Einflüsse giebt, welche, allmählig wirkend, im Laufe der Jahre die Gestalt der Erde selbst nicht unbeträchtlich verändern. Der französische Geologe de Lapparent hat vor kurzem in Paris einen Vortrag gehalten, der sich mit der Thatsache beschäftigte, daß die Höhe der Gebirge durch die von den atmosphärischen Niederschlägen, also hauptsächlich Regen und Schnee, bewirkte Abtragung stetig abnimmt, während die Tiefen der Erde sich durch Aufnahme des von den Bergen abgetragenen Gesteins allmählig aufhöhen. Durch ziemlich komplizierte und natürlich nur annähernde Berechnungen hat Lapparent unter Zugrundelegung der Geschwindigkeit dieser Nivellirungsvorgänge herausgefunden, daß die Erde nach Ablauf von 4 500 000 Jahren zu einem vollständig glatten Körper umgestaltet sein müßte. Unseren Bergesgen ist somit vorläufig noch für einige Zeit das Fortbestehen ihres Sports gesichert.

Ein südamerikanisches Pompeji. Manuel G. Alvarado, der Besitzer einer an den Abhängen des Vulkanes Agun in Guatemala gelegenen Plantage hat, veranlaßt durch die zufällige Entdeckung einiger altindischer Gefäße und Waffen, auf seinem Grund und Boden weitere Ausgrabungen vornehmen lassen und dabei die ausgebeuteten Ruinen einer alten Stadt entdeckt, welche, ähnlich wie Pompeji, durch den heftigen Ausbruch eines feuer sprengenden Berges plötzlich, mitten im Leben und im städtischen Getriebe, verschüttet worden sein dürfte. Für diese Annahme spricht die Thatsache, daß nicht nur viele Häuser aufgefunden wurden, sondern auch in denselben und in den Straßen der Stadt zahlreiche Skelette in solchen Stellungen, als wenn die Bewohner der Stadt vom plötzlichen Verderben überrascht worden wären. Sehr groß ist die Ausbeute an vorzüglich gearbeiteten Waffen, Schmuckstücken, Vasen und Bildwerken. Unter den letzteren befinden sich solche, bei denen sich die Verteidiger offenbar bestrebt haben, eine Porträthähnlichkeit herbeizubringen. Einige dieser Porträtsfiguren tragen unverkennbar indonesischen Typus, während andere derselben europäische und wieder andere mongolische Gesichtszüge aufweisen sollen.

Der Erfinder des Holzpapierstoffes, der Mechaniker Friedrich Gottlob Keller, ist, der „Voss. Ztg.“ zufolge, in Krippen bei Schandau im Alter von 80 Jahren gestorben. Vor einigen Jahren soll sich eine Anzahl hilfsbereiter Großindustrieller der Papierbranche zusammengethan haben, um Keller im Alter von 70 Jahren Bedrückung zu thun. Der Verstorbene hat 60 Jahre in Krippen gewohnt. Wenn man bedenkt, daß die Erfindung des Holzpapierstoffes den Industriellen Millionen eingebracht hat, so muß man sich wirklich über solche kapitalistische Großmuth wundern.

Wegen Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung standen gestern der Barbier Plüß, dessen Ehefrau und der Kaufmann Karl Ruch vor der 7. Ferien-Strassammer hiesigen Landgerichts I. Die zweite Angeklagte war früher mit dem Barbier Vorchert verheiratet und als dieser gestorben war, entsagte sie der Erbschaft zu gunsten ihrer minderjährigen Tochter Luise. Der dritte Angeklagte, welcher zum Vormund und der letzteren bestellt worden war, hatte den Erbschaftsvertrag mit unterschrieben, wonach die hinterlassenen Möbelstücke der Mutter „Abereignet“ wurden, unter der Bedingung, daß sie die Nachlassschulden begleichen solle. Die Möbelstücke wurden dann im Geschäft des ersten Angeklagten, den die Wittwe Vorchert geheiratet hatte, verwendet. Anfangs dieses Jahres pfändete ein Gläubiger der angeklagten Eheleute das Mobilien und nun intervenirte der Angeklagte Ruch als Vormund der minderjährigen Vorchert. Sämtliche drei Angeklagte gaben bei dieser Gelegenheit eine eidesstattliche Versicherung dahin ab, daß die gepfändeten Möbelstücke gar nicht Eigenthum der Eheleute, sondern der minderjährigen Luise Vorchert seien. Diese Versicherung soll seitens des ersten Angeklagten fahrlässiger Weise falsch, seitens der beiden anderen aber wesentlich falsch abgegeben worden sein. Plüß behauptete, daß seine Frau ihm von vornherein gesagt habe, die Möbel seien Eigenthum des Kindes, was er auch ohne weiteres geglaubt habe. Die angeklagte Ehefrau und der Vormund versicherten, daß sie bei der Erbauseinandersetzung das Wort „Abereignung“ dahin verstanden haben, daß der Mutter die Sachen nur „leihweise“ zur Benutzung überlassen werden sollten, wenn sie die Nachlassschulden begleiche. Der Staatsanwalt erachtete einen solchen Jrrthum für ausgeschlossen und er beantragte gegen die Ehefrau 4 Monate, gegen den Vormund 1 Monat, gegen den Ehemann, gegen welchen nur Fahrlässigkeit vorliege, 14 Tage Gefängniß. — Der Gerichtshof hielt jedoch bei allen drei Angeklagten nur Fahrlässigkeit für vorliegend und verurtheilte sie zu je einer Woche Gefängniß.

Einer Kleinkinder-Bewahranstalt gleich gestern der Sitzungssaal, in welchem die erste Ferienstrassammer am Landgericht II tagt. Ein volles Dutzend kleine Mädchen im Alter von 6-12 Jahren war geladen, um Zeugniß gegen einen gefährlichen Kinderfreund, den 60jährigen früheren Zimmermann jetzigen Arbeiter Gustav Albert Leonhardt Moraz aus Deutsch-Wilmersdorf abzugeben, der sich an den Kindern in schimpflicher Weise vergangen hat. Dieser penible Apparat brauchte jedoch nicht in Bewegung gesetzt zu werden, da der Angeklagte geständig war. Mit Rücksicht auf die bisherige Unbescholtenheit wurden dem Angeklagten mildernde Umstände bewilligt. Das Urtheil lautete nur auf zwei Jahre Gefängniß.

Wegen Gefährdung von Glücksspiel war die Wittwe Walter vom Schöffengericht zu einer Geldstrafe verurtheilt worden. Da eine derartige Verurtheilung den Verlust der Konzeption nach sich zu ziehen pflegt, so sah die Frau Walter sich und ihrer Kinder Existenz bedroht. Sie versuchte es mit der Berufungsinstant, worauf im gestrigen Termin vor der Strassammer folgender Sachverhalt festgestellt wurde: Es war im Lokale der Angeklagten sowohl mit Würfeln wie mit Karten gespielt worden. Beim Würfeln wurde gewöhnlich „Eins mehr“ gespielt. Der Bankhalter würfelt und hält den Wurf unter dem Becher fest, bis jeder der Mitspieler einen Einsatz gemacht hat. Dann hebt der Bankhalter den Becher, jeder Mitspieler hat zu werfen. Er gewinnt, wenn er mehr Augen wirft, wie der Bankhalter. Das dies Spiel als Glücksspiel zu betrachten ist, war der Angeklagten klar, sie hatte es deshalb ihren Gästen verboten. Die letzteren spielten dann mit Karten Bierblatt, „Zwangig und ein“, und „Meine Tante, deine Tante“. Dies will die Angeklagte nicht beobachtet und überhaupt keine Karten gekannt haben. Da die Zeugen nichts angegeben vermochten, was gegen die Behauptung der Angeklagten sprach, so ergab die Vertheidiger, daß die Angeklagte unter Aufhebung des ersten Urtheils freigesprochen wurde.

Eines Diebstahls von besondrer Schändlichkeit war der Arbeiter Friedrich Matthes beschuldigt, der gestern der dritten Strassammer des Landgerichts I vorgeführt wurde. Matthes hatte eine gemeinsame Schlafstelle mit dem 70jährigen Dienstmann Hausmann inne. Der letztere hatte von seinem geringen Verdienst durch vieljähriges Sparen gegen 150 M. erspart. Er bewahrte das Geld in drei Portemonnaies in einem verschlossenen Holzkoffer auf. Er gab im Termine an, daß er gehofft habe, es würde sich ein Dieb mit einem der drei Portemonnaies begnügen. Der Angeklagte hatte ihm alles genommen, der Verstoßene war nun in seinem hohen Alter ohne einen Kohlgroschen. Die Behauptung des Angeklagten, daß er die Gelegenheit benutz habe, als Hausmann einmal den Schlüssel im Koffer hatte stecken lassen, konnte nicht widerlegt und der Angeklagte deshalb nur wegen einfachen Diebstahls verurtheilt werden. Der Gerichtshof ging über den auf ein Jahr Gefängniß lautenden Antrag des Staatsanwalts aber weit hinaus, indem auf zwei Jahre Gefängniß und fünfjährigen Ehrenloß erkannt wurde.

Von dem für die Angehörigen anderer Kulturstaaten geradezu unfaßbaren Schuß, den deutsche Gerichte den Verbrechern andeuten lassen, giebt folgende Mittheilung wieder ein anschauliches Beispiel:

Die Androhung, daß man sich über einen Beamten beschweren wolle, ist nicht ungefährlich, denn wie aus einer in der „Juristischen Wochenschrift“ veröffentlichten Entscheidung des Reichsgerichts ersichtlich ist, kann eine solche Androhung unter Umständen unter den § 114 des Strafgesetzbuchs (Müßiggang eines Beamten zur Vornahme oder Unterlassung einer Amtshandlung) fallen. In dem bemerkenswerthen Erkenntniß heißt es: „Es ist allerdings nicht ohne weiteres anzunehmen, daß eine Behörde es als ein Uebel ansieht, wenn über sie Beschwerde geführt wird; vielfach, insbesondere wenn die Behörde vorchriftsmäßig gehandelt hat, wird dies nicht der Fall sein. Die Anbringung einer Beschwerde bei der übergeordneten Instanz kann aber für den bedrohten Beamten oder die bedrohte Behörde ein Uebel sein und zwar selbst dann, wenn das in der Beschwerde angeführte Verfahren als korrekt anerkannt werden muß; denn auch durch völlig grundlose Angriffe und Beschwerden kann der Schein eines Unrechts hervorgerufen oder eine empfindliche Belästigung herbeigeführt und demzufolge die Beschwerde als ein Uebel empfunden werden. Ob die Einbringung eines Uebels in der Androhung einer Beschwerde zu finden ist, hängt somit von der Beschaffenheit des einzelnen Falles ab und einer Prüfung nach dieser Richtung hin darf sich der Richter nicht enthalten.“ In dem betreffenden Sonderfalle hatte der erste Richter ohne weiteres ein freisprechendes Urtheil gefällt, dieses ist aber auf Revision des Staatsanwalts vom Reichsgericht aufgehoben worden.

Heberische Versprechungen können mitunter etwas theuer zu stehen kommen, wie folgende Mittheilung beweist:

Der Vertreter einer großen Tuchfabrik L. u. P. in Kaden, Herr W., war bei einem Kunden in Hannover und verkaufte ihm mehrere Stück Tuche. Der Sohn des betreffenden Kunden fragte Herrn W., ob er ihm nicht von einem bestimmten Muster einen Koppen zu einer Hose ablassen möchte. Herr W. erwiderte, daß seine Firma niemals Koppons abgebe, sondern nur ganze, resp. halbe Stücke. Darauf erwiderte der betreffende Kunde, daß ihm viel daran gelegen sei, da er von diesem wenig gangbaren Muster nur Stoff zu einer Hose brauche und für ein größeres Quantum keinen Gebrauch habe, er erinnere sich auch, daß die Firma ihm schon vor einigen Jahren Stoff zu einer Hose gegeben habe. Herr W. erklärte darauf wörtlich: „Wenn Sie mir das nachweisen können, zahle ich Ihnen 1000 M.“ Herr W. reiste ab, der betreffende Kunde suchte in den Briefen nach und fand eine Rechnung aus dem Jahre 1890, auf welcher thatsächlich,

allerdings mit dem Vermerk „aufnahmeweise“ von der Kaden'schen Firma Stoff zu einer Hose verkauft worden war. Der Kunde machte Herrn W. davon Mittheilung und ersuchte ihn um Zahlung der 1000 M. Herr W., der diese Aufforderung für einen Scherz hielt, sandte ihm eine Klappe in Form eines Portemonnaies ein, auf welcher mehrere Hundertmarktscheine und Goldstücke gedruckt waren, mit dem Vermerk, daß dieser Betrag wohl genügen würde. Als ihm nach einigen Tagen dieselbe Aufforderung durch einen Rechtsanwalt zugeing, sah er, daß sie ernst gemeint sei, und verweigerte die Zahlung der 1000 M. Die Firma verklagte Herrn W. Derselbe wurde vom Landgericht in Hannover verurtheilt, die 1000 M. zu zahlen. Ein sonderbares Urtheil!

Versammlungen.

Zur Lohnbewegung der Sattler für Mistarbeit. Zum Zweck einer Aussprache der Taschennacher, was dieselben angesichts der gegenwärtigen günstigen Konjunktur zur Verbesserung ihrer Lage zu thun gedenken, war eine öffentliche Sattlerversammlung zum 12. September nach der Sebastianstr. 39 einberufen. Einleitend gab Kollege W. D. einen kurzen Bericht über die gegenwärtige Situation der Sattler-Arbeiter. Vorläufig handelt es sich um ausländische Sattler. Die Inhaber der Firma Loh boten den Arbeitern nach wiederholten Verhandlungen 230 M. für den Sattler, die Arbeiter stellten die Forderung auf 310 M., es kam wegen der Differenz zum Ausstand bei der Firma Loh. Die Situation ist eine durchaus günstige. Bisher haben sich bloß drei Personen gefunden, die trotz aller Wachsamkeit der Kollegen dorthin selbst wieder in Arbeit getreten sind. Zwei derselben können jedoch die Sattler nicht anfertigen, der dritte, ein aus Breslau zugereister, will sich an den Streik nicht kehren und weiter arbeiten. Von irgendwelchem Einfluß auf den Ausstand ist dessen Verhalten nicht: alle sonst zugereisten Kollegen reisten sofort wieder ab, wie sie einfuhr, daß die Kollegen sich im Streik befinden. Ein wenig erfreuliches Bild bieten die Sattlermeister der Dotti'schen Werkstatt. Während die Loh'schen Arbeiter die Sattler nicht für 230 Mark herzustellen in der Lage sind, werden dieselben von den Dotti'schen Arbeitern für 205 Mark gearbeitet, eine mit 20 Pf. bezahlte Vorarbeit mit inbegriffen, die bei der Loh'schen Arbeit als Theilarbeit extra berechnet wird, sodas eine Differenz von 45 Pf. besteht. Nach verschiedenen Klarstellungen über ihr Verhalten gaben die anwesenden Dotti'schen Kollegen die Erklärung ab, daß sie sich betreffs der spanischen Sattler mit den Loh'schen Kollegen solidarisch erklären, in der Annahme, daß die circa 6 alten Kollegen, die den sogenannten Stamm dortselbst bilden und für eine Lohnbewegung nicht zu haben seien, von keinem erheblichen Einfluß auf eine Bewegung sein können. Eine schnellere Einigung wurde bei den Taschennachern erzielt. Bei Loh werden 96 Pf. pro Stück mit nicht bezahlt, Dotti zahlt ohne nicht 87 Pf. Nach Ansicht der Kollegen ist die Bezahlung bei beiden Firmen sonach eine gleichmäßige. Geringer ist die Bezahlung bei der Firma Wunderlich und bei deren Filiale Brögner. Die Taschennacher von Wunderlich und dessen Filiale erklärten sich nach kurzer Klarstellung sofort mit den Dotti'schen und Loh'schen Arbeitern solidarisch, und mit dem von beiden letzteren Firmen gebotenen Preis vorläufig einverstanden, und beschlossen, mit dieser Forderung an ihren Firmeninhaber heranzutreten. Die Versammlung stimmte dem zu. Ferner wurde von verschiedenen Seiten das Verfahren der Heimarbeiter (Sattler) scharf gerügt, die sich junge Leute von den Herbergen und von anherhalb holen, die keine Ahnung von den hiesigen Verhältnissen haben; diese schlafen bei den Zwischenweilern auf primitiven Hängeböden, bekommen kaum satt zu essen und gehen des Sonntags unter Aufsicht ihrer Meister aus, sodas ihnen schwer beizukommen ist. Nachdem schließlich noch die eigenthümliche Berichtigung der Sattler Loh im „Vorwärts“ und auch in bürgerlichen Blättern als durchaus nicht der Wahrheit entsprechend scharf getadelt worden war, wurde angeregt, daß allwöchentlich Dienstage eine Aussprache der Streikkommission mit den Kollegen der in betracht kommenden Werkstätten stattzufinden hat, um fests zu dem Standen unterrichtet zu sein. Außerdem wurde bekannt gegeben, daß die Wiener Kollegen 150 M. Unterstützung angekündigt haben, und daß von den Filialen die gleiche Summe eingegangen sei. Schließlich erfolgte die Aufforderung zu reger Theilnahme an der am Sonnabend im Rink'schen Ausschank, Alie Jakobstr. 83, stattfindenden Mitgliederversammlung.

Eingelaufene Druckschriften.

Die Aufgabe für die europäische Presse. Berlin, Verlag von G. Reibel. Le magazine international. Organe Trimestre de la société internationale artistique. Nr. 1. Paris, 3. Place Wagram. Leipzig, Dietmann. Briefe des Grafen v. Chteritz an seinen Sohn. Herausgegeben von F. Streibler, Leipzig, Schömann. Menschenworte an Menschen. Von Gustav Buch, Amdorf, Fr. Gutsch.

Vermischtes.

Ein Schiffsbrand ist gestern im Hafen von Marseille ausgebrochen. Es wird darüber vom Freitag berichtet: Das vom Staats geharterte Transportschiff „Comorin“, welches am 20. September nach Tonkin abgehen sollte, ist in Brand gerathen. Die Feuerwehre ist bei der Arbeit. Menschen sind nicht zu Schaden gekommen. Das Feuer kam in der Leichenkammer aus und verbreitete sich derartig schnell, daß die Besatzung keine Zeit hatte, ihre Habseileiten zu retten. 2 Offiziere und 16 Matrosen waren an Bord, sie retteten sich durch einen Sprung von der Veranzugung. Der Kommandant Perinon, der schnell hinzugeeilt war, verließ das Schiff erst in der höchsten Gefahr. Ein Theil der Ladung konnte gerettet werden. Trotz der Anstrengung der Feuerwehrlente erloschen die Flammen bald das ganze Schiff. Die Feuerwehre mußte sich darauf beschränken, die Nachbarschiffe zu schützen, welche alsbald in die offene See gingen. Die Funken wurden durch den starken Nordwest-Wind weit fortgetragen und verbreiteten das Feuer auf verschiedene Punkte des Quais und auf ein in der Abtheilung begriffenes Panzerschiff; die Besatzung des „Cheribon“ löschte jedoch schnell dieses Feuer. Die in Marseille an Bord des „Comorin“ genommene Ladung bestand nur aus 200 Ballen Heu und 1000 Tonnen Kohle.

Eine merkwürdige Militärwärmerlei befandete dieser Tage ein reicher Jude, von dem die freisinnige „Westlauer Zeitung“ das folgende berichtet:

Ein Oblicher sehr ehrenwerther Kaufherr jüdischen Glaubens, der mit zu den Höchstbesteuerten gehört, erhielt aus Kiel von einem Komitee zur Errichtung eines Seemannshauses, dessen Ehrenvorsitzender Prinz Heinrich von Preußen, einen Aufruf zugesandt, worin um Gewährung eines Beitrages gebeten wurde. Der betreffende Kaufherr, der sich stets durch eine offene Hand ausgezeichnet und schon sehr viel Gutes gestiftet hat, war nicht abgeneigt, auf dieser Bitte zu willfahren; er machte sich sofort an die Ausfüllung des dem Aufruf beigelegten Fragebogens. Die erste Frage: „Wie hoch begreifen Sie den zu spendenden Betrag?“ beantwortete der Kaufherr mit der Zeichnung von 10 000 M., während er für die anderen Fragen: „Verlangen Sie Zinsen oder Dividende?“ nur ein „Nein“ hatte. Bei der letzten Frage aber: „Wann gedenken Sie den bezeichneten Betrag anzuhängen?“ schrieb er: „An dem Tage, an welchem der erste Jude als Offizier in die Marine oder Linie eingestellt wird.“ Das Schriftstück wurde nunmehr verstiegelt und nach Kiel zurückgeschickt.

Unter der göttlichen Vorsehung. Der Sohn des früheren Generalpostmeisters der Vereinigten Staaten Rodman Wanamaker, der Besitzer der großartigen Bazare in Philadelphia, veranstaltete kürzlich in Pavillon d'Ermenonville im Bois de Bou-

legne in Paris ein Gastmahl, welches 4000 Pfund Sterling gekostet hat, obwohl sich nur 22 Personen zu Tische setzten. 22 prächtige Karossen brachten die Geladenen zum Rendezvous. Strahlende Fontänen, die sich auf Eisblöcken befanden, erhellten die Luft kühl. Jeder Gast bekam außer dem Diner einen ganzen Salmen, eine Hammelsteule, einen geträufelten Vogel, einen Korb Pfirsiche, einen Korb Champagner und weitere zwölf mit auslesenen Weinen gefüllte Flaschen. Nach Beendigung des Mahles wurden kostbare Juwelen als Liebeszeichen unter die Anwesenden vertheilt. Und nun die Rückseite des Bildes! Das New-Yorker "New Age" stellt die Frage: "Woher ist nur das Geld zu dieser Prasserei gekommen? Von den abgeroderten, todtmüden und erbärmlich bezahlten Angestellten der Firma Wanamaker, die sich fast in offenem Aufruhr befinden, weil sie mit den Löhnen nicht mehr Leib und Seele zusammenhalten können. Außerdem wird ihnen wegen des geringsten Fehlers noch etwas vom Lohne abgezogen. Aber Rodman Wanamaker ist trotzdem ein ehrenwerther Mann und ehrenwerthe Leute sind sie alle. Er hält eine Sonntagsschule, hält Ansprachen an christliche Jünglingsvereine und gehört zu den Frommen im Lande.

Vom Absatze des Altesglasers. Eine Depesche aus Bern, die wir gestern schon theilweise gebracht haben, meldet: Die in dem Trümmerfeld auf der Gemmistraße aufgefundenen Leichen sind schrecklich verstümmelt. Die abgestürzte Masse des Altesglasers wird von einem Ingenieur auf den dritten Theil des Glases geschätzt. Der Schaden an Vieh beträgt etwa 100 000 Franken, der an Grund und Boden auf der Spitalmatte-Alpe etwa 400 000 Franken. Der Korrespondent der "Frankfurter Zeitung" besichtigte am Donnerstag das Trümmerfeld der Gemmistraße, welches einen schauerlich großen, unheimlich darbietend. Die Gemmistraße ist auf einer langen Strecke mit handhohem Schutt bedeckt. Aus der eine Stunde breiten und eine Stunde langen Wüstenei ragen mächtige Eisblöcke empor. Durch den Luftdruck wurden auf den bis auf zwei Stunden entfernten Waldbahängen die Bäume vollständig entwurzelt.

Die Cholera. Aus Madrid wird gemeldet: Da die Cholera in Langer immer mehr um sich greift, traf die spanische Regierung neue Maßregeln, um die Einschleppung zu verhindern.

Aus London wird berichtet: Nach einer Meldung aus Little Rock ist das Arsenal zum Theil niedergebrannt.

Gasglühlicht. Seit das Auer'sche Gasglühlicht so erfolgreich und mit so großem Gewinn für die Unternehmer eingeführt wurde, versuchten viele Kapitalisten, in den Spuren der Auer-Gesellschaft zu wandeln, so daß gegenwärtig die Glühkörper beinahe wie Pilze aus der Erde schießen. In neuester Zeit soll in Paris ein von de Marc erfundenes Gasglühlicht dem Auer'schen starke Konkurrenz machen, bei demselben liegt der Glühkörper waagrecht über der Flamme; er kann ferner ohne Zylinder oder Glasglocke benutzt werden, wodurch seine Brauchbarkeit vermehrt wird.

Gasleitungsrohre aus Papier werden in England gegenwärtig vielfach verwendet. Man stellt sie aus gutem Cellulose-

Papier her, indem man dies um ein festes Kernstück wickelt und jede Windung in geschmolzenem Asphalt taucht, wodurch die Röhren für Gas und Wasser vollkommen undurchlässig und für einen starken Druck widerstandsfähig werden. Die Röhren sind, mittels welcher die einzelnen Röhrenstücke verbunden werden, werden ebenfalls aus Papier hergestellt und mit Asphalt überzogen. Man erhält so leichte, unzerbrechliche, billige Röhren, welche sich vor den jetzt gebräuchlichen durch große Widerstandsfähigkeit auszeichnen sollen.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (Zwei Buchstaben oder eine Postansage) unter der die Antwort erteilt werden soll.

M. 68. Das Jahr 1900 ist kein Schaltjahr.
K. K. Wir können Gedächtnis nur ganz ausnahmsweise veröffentlichten. Ihr sorgsam abgelesenes Gedicht würde uns mit dem Strafrichter in Konflikt bringen.

N. D. 100. Einen Zivil-Versorgungsschein erhalten die als dauernd versorgungsberechtigt anerkannten Invaliden, wenn sie sich gut geführt haben. Die Ganzinvaliden erhalten diesen Schein neben der Pension, den Halbinvaliden wird derselbe nach ihrer Wahl an Stelle der Pension verliehen, jedoch nur, wenn sie zwölf Jahre gedient haben. Die Invalidenpensionen zerfallen in fünf Klassen. Die Sätze für Gemeine betragen in 1. Klasse: 50, in 2.: 21, in 3.: 15, in 4.: 9 und in 5. Klasse: 6 M. monatlich. Anspruch auf Klasse 1 hat, wer durch Dienstbeschädigung gänzlich erwerbsunfähig geworden ist und ohne fremde Wartung und Pflege nicht bestehen kann. Klasse 2 steht den durch Dienstunfähigkeit gänzlich erwerbsunfähig gewordenen, Klasse 3: Ganzinvaliden, die durch Dienstbeschädigung größtentheils erwerbsunfähig, Klasse 4: Ganzinvaliden, die durch Dienstbeschädigung theilweise erwerbsunfähig geworden sind, Klasse 5: solchen, die durch Dienstbeschädigungen zum Feld- oder Seebienst untauglich geworden sind. Darüber, ob und in welchem Grade eine Dienstunfähigkeit vorliegt, liegt leider der Militärbehörde die Entscheidung ob. Ob der infolge des Hitzschlages so mitgenommene Vaterlandsverteidiger eine Pension erhalten wird, und eventuell welche, ist demnach zweifelhaft. — **W. G. 100.** Die Verantwortung Ihrer Fragen hängt von dem Inhalt der uns nicht mitgetheilten Statuten ab. Wie es scheint, ist der Anspruch der Gemeinde gerechtfertigt. — **Krosche.** Für Preußen sind die Pflichten unehelichen Kindern gegenüber durch das Gesetz vom 24. April 1834 festgesetzt. — **W. J. Jastrow.** 1. und 2. Nein. 3. Wie jeder andere. 4. Die Kinder von Dissidenten werden in derselben Schule wie andere Kinder unterrichtet. 5. Den Fahneneid muß auch ein Dissident leisten. — **Rehbein.** Ihre Anfrage ist unverständlich: Die Kommunalsteuer richtet sich ebenso wie die Staatssteuer nach der Höhe des Einkommens und wird nicht nach der Verschiedenartigkeit der Beschäftigung berechnet. — **W. G. H.** Wenn Sie lediglich mündlich den Miethvertrag

geschlossen haben und noch nicht zugezogen sind, so sind Sie an den Vertrag nicht gebunden. — **N. D. 100.** Nein. — **M. 115.** Es giebt für die Invaliditätsversicherung 4 Lohnklassen. Der Wochenbeitrag beträgt: für Lohnklasse I: 14 Pf., für Lohnklasse II: 20 Pf., für Lohnklasse III: 24 Pf., für Lohnklasse IV: 30 Pf. 27 Pf. Renten giebt es nicht. — **G. K., Musikantenr. 14.** Fordern Sie den Wirth auf, innerhalb etwa 8 Tagen die Wohnung in einen brauchbaren Zustand zu setzen, insbesondere die Rasse und die Thierchen zu entfernen, theilen Sie ihm mit, daß Sie, falls er dieser Aufforderung nicht nachkommt, entweder das Nothwendige auf seine Kosten herstellen lassen oder ziehen würden, und handeln Sie Ihrer Mittheilung entsprechend. — **S. W. 58234.** Was Sie erhalten haben, ist eine Klage. Geben Sie zum Termin, bestreiten Sie, daß der Sachverhalt richtig von Klägerin dargestellt ist und stellen Sie unter Beweis, daß und seit wann Ihr Sohn selbständig war, daß Exekution gegen ihn nicht fruchtlos ausfallen würde und daß er in Noth sich nicht befinden habe. Sie haften als Vater erst in zweiter Reihe für das, was Ihrem Kinde zu den nothwendigsten und dringendsten Bedürfnissen des Lebens von Dritten gegeben ist. — **F. 100.** 1. Wegen jedes Vergehens oder Verbrechens ist der Erlass eines Steckbriefs zulässig. 2. Die Strafverfolgung von Unterschlagungen verjährt in 5 Jahren. Jede gegen den Thäter gerichtete Handlung, z. B. der Erlass eines Steckbriefs, unterbricht die Verjährung. Von der Unterbrechung ab läuft eine neue 5jährige Verjährungsfrist. 3. Eine Mutter ist nicht verpflichtet, irgend etwas gegen ihr Kind auszusagen, kann vielmehr jede Aussage verweigern. — **F. R. 100.** Die Kündigung ist zulässig.

Briefkasten der Expedition.

Für die Familien der im Essener Meinelidsprozeß Verurtheilten gingen bei uns ferner ein:
Schreiber 2.—, Geh. Deutsche Leopold 20.—, Benjamin 20.—, Auch Notte 8.—, Gesammelt von den Stammgästen von B. Muchow, Schwedterstr. 28, 5.30, Geburtstag im Verein "Liedes Echo" 2.50, Gesammelt in der Versammlung des D. M. Arb. Verwaltungsr. Spandau 2.30, Verband der Bauarbeiter, Bahnhofsstr. 10.—, Vaterlandsleser ohne ausländische Orden 5.—, Limbach i. S. 49,95, F. R. 8,65, Arbeiter-Zitherverein Einigkeit 5.—, In Summa 133,70 M.

Verichtigung. In Nr. 213 befindet sich ein Druckfehler. Es muß heißen: 6037,77 M. (nicht 6097,77 M.); hierzu in Nr. 214 58,85 M., und in heutiger Nr. 215 133,70 M., also in Summa 6290,32 M. Ferner wurden in Nr. 212 "Die rothen Buchbinder in der Kurfürststraße 4.— M." zu einmal quittiert, während nur einmal 4 M. einbezahlt wurden. Es haben daher abzugehen noch 4 M., so daß heute 6226,32 M. in Rechnung zu stellen sind.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 14. September.
Opernhaus. (Kroll's Theater.) Hänfel und Gretel. Die Puppenfee.
Schauspielhaus. Die Nibelungen.
Deutsches Theater. Der Tallidman.
Berliner Theater. Die Journalisten.
Lesung-Theater. Die Maus. Die Welt, in der man sich unterhält.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Die Reise nach dem Mars.
Neues Theater. Frau Müller. Vorher: Der Eisbrecher.
Schiller-Theater. Ultimo.
Residenz-Theater. Fernand's Ehekontrakt.
Adolph Ernst-Theater. Paradebummel.
Central-Theater. Eine tolle Nacht.
Alexanderplatz-Theater. Ein Kind der Liebe. Vorher: Wahn und Wahnsinn, oder: Sie ist wahnsinnig.
National-Theater. Rund um Wien.
Theater Unter den Linden. Die Chansonette.
American-Theater. Bulgarien in Berlin. Die Millionenerbin von Nigdorf.
Jyollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater. (Wallner-Theater.)
Sonnabend: Ultimo.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Götz von Berlichingen. — Abends 8 Uhr: Die Journalisten.

Central-Theater.
Alte Jakobstr. 30.
Emil Thomas a. G.
Zum 11. Male:
Eine tolle Nacht.
Große Aufführungspost mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Wllh. Mannsädt und Julius Freund. Musik von Julius Einödshofer. In Szene gesetzt v. Dir. Richard Schultz. Anfang 7 1/2 Uhr.

Friedrich-Wilhelmstadt. Theater
25.26. Chausseest. 25/26.
Sonnabend, den 14. September:
Zwei Vorstellungen der Liliputaner.
nachmitt. 3 Uhr und abends 7 1/2 Uhr:
Die Reise nach dem Mars.
Kinder nachmittags auf allen Plätzen halbe Preise.
Sonntag 2 Vorstellungen: Die Reise nach dem Mars.

Adolph Ernst-Theater.
Paradebummel.
Gesangsposse in 4 Akten von Eduard Jacobson u. Leon Treptow. Kompletz von Ed. Jacobson und Gustav Göpp. Musik von Gustav Steffens.
In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
Anna Wäders, Josefina Dora, Ida Schlüter, Adolph Ernst, Guido Zielscher, Karl Weiß, Georg Worlitzsch.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kein Aufgeld.

Paffren denn noch Wunder!
Ja!
Kommt und seid überzeugt!
Ein dunkles Geheimniß ist der
Singhalese Rannin
jeden Abend 9 1/2 Uhr präzise in
Kaufmann's Variété
Königsstrasse, Kolonnaden.
Ferner 24 Novitäten-Nummern
Mlle. Arnotis kommt!!!

Castan's Panopticum.
Friedrichstr. 165.
!Salambo?

Nordhäuser
Pilsener-Bier 80 Pf., 90 Pf., 1 Mark mit Pf. Korn (verschied. gemischt) 45 Pf. ohne Pf., Bilsre, Cognac, Rum, Ungarweine etc.
Carl Schindler, Chausseest. 55.

Urania
Anstalt für volksthümliche Naturkunde.
Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).
Geöffnet von 5—10 Uhr.
Tägliche Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.
Näheres die Anschlagzettel.

Sonnabend, 15. September:
Letzte Sonntag-Soiree
der
Stettiner Sänger
(Meysel, Pietra, Britton, Steidl, Krona, Röhl und Schrader) in der
Victoria-Brauerei
Führostr. 111—112.
Anfang 7 Uhr. Entree 50 Pf.
Grandioses Programm. Nach der Soiree: Canzkränzchen.
Montag (sowie von nun an jeden Freitag und Montag): Soiree der Stettiner Sänger in der Victoria-Brauerei.
Sonntag, 22. September: Erste Soiree im Konzerthaus Sanssouci.

Passage-Panopticum.
Letzte Woche!
Unnesische Schlangenbeschwörer,
Arabische Schule, Bauchtänzerinnen, Derwische etc.
Gadeffikation sofort preiswerth zu verkaufen Albeinsbergerstr. 51. 54b

Passage-Panopticum.
Letzte Woche!
Unnesische Schlangenbeschwörer,
Arabische Schule, Bauchtänzerinnen, Derwische etc.
Gadeffikation sofort preiswerth zu verkaufen Albeinsbergerstr. 51. 54b

Italien in Berlin.
Heute: Vorletzter Tag der Ausstellung.
Entree 50 Pf. pro Person. Kinder unter 12 Jahren frei.

Circus Jansly-Leo.
Friedrich Karl-Ufer.
Sonnabend, den 14. September 1895, abends 8 Uhr:
Grosse Monstre-Vorstellung.
Stache Fahrschule. Doppel-Konkurrenz. Jockey, Les Alexandro, Sytta Cella, span. Schönheit mit dress. Hundemeute.
Sonntag nachmittags 4 Uhr ein Kind frei. Abends 8 Uhr: **Hauptvorstellung.**

Alcazar.
Variété- u. Spezialitäten-Theater.
Dresdenerstr. 52/53, Annenstr. 42/43 (City-Passage).
Vornehmster Familienaufenthalt!
Riesen-Spezialitäten-Programm.
Wampe's Glitterwochen.
Bourlesque von Waldau. Musik von R. Thiels. Regie: E. Stempel.
Anfang Wochentags 6, Sonntags 6 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Direktion: R. Winkler.

Verband der Sattler u. Tapezieren.
Filiale Zentrum.
Mitgliederverammlung
Sonnabend, den 14. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Patsch, Alte Jakobstr. 88.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen Frig Hansen über "die christlich-soziale Bewegung der Gegenwart." 2. Verschiedenes. 156/17
Sonntag, den 15. d. M., abends 6 Uhr, gemüthliches Beisammensein bei Gohr, Beuthstr. 20—22.
Die Ortsverwaltung.

Stimmbegabte Herren, die geneigt sind, einem älteren Arbeiter-Gesangsverein beizutreten, wollen sich melden bei Hobe, Chornerstr. 55, Mittwoch abends 9 Uhr. 52b

Reell und billig
kauft man in der Norddeutschen Schuhfabrik von W. Hitzsche, gegründet 1872, Skalitzerstr. 13, Ecke Admiralstraße, am Kottbuser Thor. 13872*

3 Oranienstr. 3. Schuhwaren
verlaufe ich von heute ab Herrenstiefel v. 4,50—9.— M. Damenstiefel „ 3,50—9.— „ Kinderstiefel u. Schuhe „ 0,75—5,50 „ 49b
C. Darge.
Butter und Käse
kauft man gut u. billig **31. Gerichtstr. 31.**
Mehlwärmer, Schod 10 Pf., Kürastlerstr. 20. 55b

Unserem Ehrenmitgliede Frau Louise Gehlhar zum heutigen Wiegensfe die herzlichsten Glückwünsche. 58b

Die Wittstoder des Vergnügungsvereins „Flora“.
Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Tochter
Anna Jost
geb. Halle am 12. September, abends 10 1/2 Uhr, sanft entschlafen ist. Um stille Beileid bitten
Die trauernde Mutter, Geschwister und Tante.
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause Reichensbergerstr. 20 aus nach dem Neuen Thomsaskirchhof statt.

Grünauerstr. 25 freundl. Wohnung zu vermieten. 50b*

Rohoderstraße 14 sind freundliche Wohng., 1, 2 u. 3 Z., sof. u. spät. zu verm. Schlaff. Pringstr. 111, v. 2 Tr. I.

Arbeitsmarkt.
Achtung! Achtung!
Chirurgische Branche!
Der Streit bei der Firma **Dewitt & Herz**, Georgenkirchstr. 24, dauert unverändert fort. Zugug ist fernzuhalten für Gärtler, Schleifer Dreher und Galvanisierer. 48/8

Achtung!
Parquethodenleger!
Die Kollegen der Firma **Rosenfeld & Cie.** haben wegen Lohnbifferenzen die Arbeit niedergelegt. Zugug ist strengstens fernzuhalten. 76/17*
Die Werkstatt-Kontrollkommission d. Deutschen Holzarbeiter Verbandes.
Achtung, Klavierarbeiter!
Der Streit in der Piano-Fabrik von Jul. Pfaffe, Landsbergerstr. 109, dauert unverändert fort. Zugug ist strengstens fernzuhalten. 141/15*

Die Werkstatt-Kontroll-Kommission.
Zugharmonika.
Eingeliebte Balgenmacher zum sofortigen Antritt verlangt. Beschäftigung dauernd. Berlin, Pieschmann Schue, Brunnenstr. 25. 39

Xylographen,
tüchtige technische, finden bei hohem Gehalt angenehme feste Stellung. Intelligenter Schüler kann als Lehrling eintreten. Kunze, Köpckestr. 113a.
Tüchtige Hoch-, Jaquet- u. Ballet-Schneider finden dauernde u. lohnende Beschäftigung bei M. W. Rosenthal u. Co., Kaiser Wilhelmstr. 48. 27b
Dicken-Sägenschnelder wird verlangt. Theodor Adolph, 49b Brummelsburg, Hauptstr. 12.
Tücht. Bögler w. mit Zuschneid. a. g. Sach. verf. Hasso, Plantagenstr. 41 III z.

Sedanfeier und Sozialdemokratie.

Ein Rede von J. Auer. Soeben erschienen. Preis 10 Pf. Porto 3 Pf. Für Partienbesug großer Rabatt. — Das alberne Geschwätz der Ordnungspresse von der reichsfeindlichen Sozialdemokratie, mit welcher die Bier nach neuen Knebelgesetzen für die Arbeiterklasse bemäntelt wird, zerlegt Auer an der Hand der historischen Entwicklung der Partei; er giebt in knapper Darlegung eine Darstellung der wirklichen Vorgänge von 1870/71, belegt durch zahlreiche unüberlegbare Geschichtsdokumente, und kennzeichnet die Stellung der Sozialdemokratie zur Entstehungsurache des Krieges, der Emser Depechen-Fälschung wie zur Annegionsfrage.

Achtung! Bildhauer aller Branchen!

Sonntag, den 15. September, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Keller, Koppenstraße Nr. 29: **Oeffentl. Bildhauer-Versammlung mit Frauen.**

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Dr. Pinn über: „Konventionelle Lügen“.
2. Verschiedenes.
Nachher: Gemüthliches Beisammensein verbunden mit Tanz.
Um zahlreiche Beteiligung bittet **Die Kommission.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Sonntag, den 15. September, vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Lange, Stromstraße 28: **Bezirks-Versammlung für Moabit.**

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Wisdomann über: Die wirtschaftliche Lage der Holzarbeiter. 2. Diskussion. 3. Verbandangelegenheiten.
Bürstenmacher und Drechsler sind besonders eingeladen.

Vertrauensmänner-Versammlungen.

Westen und Südwesten:
Montag, den 16. September, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Zubeil, Lindenstraße 106.

Tages-Ordnung: Arbeits- und Lohnverhältnisse in verschiedenen Werkstätten des Bezirks.

Wedding und Gesundbrunnen:
Montag, den 16. September, abends 8 1/2 Uhr, im Colberger Salon, Colbergerstraße 23.

Tages-Ordnung: Besprechung über Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Hierzu werden die Tischler, Drechsler und Bürstenmacher aufgefordert, aus ihren Werkstätten einen Vertrauensmann zu entsenden.

Bezirk Südosten:
Montag, den 16. September, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Rautenberg, Oranienstraße 180.

Tages-Ordnung: 1. Besprechung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. 2. Stellungnahme zu den Werkstätten, welche keinen Vertrauensmann entsenden.

Friedrichsberg-Rummelsburg:
Montag, den 16. September, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Heinicke, Friedrich-Parlstraße 11.

Tages-Ordnung: Besprechung von Werkstattangelegenheiten. Die Vertrauensmänner werden dringend ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Montag, den 16. September, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schöning, Stallschreiberstraße 29:

Versammlung der Parquetbodenleger.
Tages-Ordnung: „Stellungnahme zum Lohnsystem.“ Die Kollegen der Herren Vater und Numpf sind hiermit besonders eingeladen.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Die Ortsverwaltung.**
Heute Abend, bei Wörner, Kürassierstraße 10a:

Sitzung der Ortsverwaltung.

Verband der Möbelpolierer.

Nächsten Montag, abends 8 Uhr, Andreasstraße 26: **Versammlung.**

Tages-Ordnung:
1. Welche Forderung müssen wir stellen, um unsere Lage zu verbessern?
Referent: Kollege Weber. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Morgen, vormittags 10 Uhr, Ranninstr. 27:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: Die jetzige Lage der Möbelpolierer und warum organisieren wir uns? Referent: Kollege Reuter.
Speziell die Polierer und Poliererinnen in der Nähmaschinen-Branche sind hiermit eingeladen.

Metallarbeiter u. -Arbeiterinnen

von Berlin und Umgegend.
3 große öffentliche Versammlungen.

1. Sonnabend, den 14. September, abends 8 1/2 Uhr: für Süden, Osten, Centrum und Rixdorf im Louisenstädt. Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37.

Tages-Ordnung: Welche Organisationsform ist bei der gegenwärtigen Lage der Metallarbeiter die beste?

2. Sonntag, den 15. September, vorm. 10 1/2 Uhr: für Moabit und Charlottenburg im gr. Saale der Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 48/49.

Tages-Ordnung: Die Lage der deutschen Metallarbeiter und ihre Organisationsbestrebungen.

3. Montag, den 16. September, abends 8 1/2 Uhr: für den Norden im „Cösliner Hof“, Cöslinerstraße Nr. 8.

Tages-Ordnung: Welche Organisationsform ist bei der gegenwärtigen Lage der Metallarbeiter die beste?

Referent in allen drei Versammlungen: Kollege **Carl Breder** aus Augsburg.

Alle Kollegen, kommt alle, Mann und Weib, nicht Einer darf fehlen.
Die Agitationskommission des deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

NB. Die Mitglieder-Versammlung für den Osten am Sonnabend fällt aus.
118/14

Ausserordentliche General-Versammlung

der Vertreter der Arbeitgeber u. Arbeitnehmer der

Orts-Krankenkasse

der

Maschinenbau-

Arbeiter

und verwandten Gewerbe zu Berlin

am Sonntag, den 22. September, vormittags 9 Uhr,

im Restaurant **Brüning,** Rosenthalerstraße 11/12 (oberer Saal.)

Tages-Ordnung:

1. Antrag des Vorstandes auf Verlängerung des Vertrages mit dem Verein der freigewählten Klassenärzte.
2. Antrag Jos. Meyer und Genossen auf Abänderung des § 62 des Statuts.

Wegen der Wichtigkeit der Tages-Ordnung ist zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Herren Vertreter sehr erwünscht.

Das Mandat legitimirt. Berlin, den 12. September 1895.

51b **Der Vorstand.** Carl Thieme. S. Steinfeldt.

Außerordentliche General-Versammlung

der Ortskrankenkasse der Gelbgießer

am Sonntag, den 22. September cr., vormittags 10 Uhr, im Lokal des Herrn Rölling, Neue Friedrichstr. 44, wozu sämtliche Herren Arbeitgeber, welche ein Drittel aus eigenen Mitteln zur Kasse zahlen, und sämtliche groß-jährigen Kassenmitglieder hiermit eingeladen sind. (§ 47 des Statuts.)

Quittungsbuch legitimirt. 50b

Tages-Ordnung:
1. Wahl von 15 Vertretern der Arbeitgeber. 2. Wahl von 33 Vertretern der Arbeitnehmer. 3. Verschiedenes.

Berlin, den 13. September 1895. **Der Vorstand.**

Orts-Krankenkasse der Buchbinder etc.

Auf Grund des Vorstandsbeschlusses vom 9/9. 95 ist das Kassenlokal, Luisen-Ufer 11, in dem Winterhalbjahr vom 1. Oktober bis 31. März geöffnet von 8-1 Uhr, außerdem Sonnabends von 8-8 Uhr abends. An Sonn- und Feiertagen geschlossen.

23/12 **Der Vorstand.**

Der § 13 Abs. 3 des Statuts erhält (als zweiter Nachtrag) vom 22. April dieses Jahres ab folgende Fassung:

3. im Falle der Erwerbsunfähigkeit vom dritten Tage nach dem Tage der Erkrankung ab für jeden Arbeitstag einschließlich der in die Woche fallenden Festtage ein Krankengeld und zwar:

Für die I. Klasse Mark 1,35,
" II. " " 0,75,
" III. " " 0,65,
" IV. " " 0,50.

Letzteres wird hiermit auf Grund der Verfügung des Herrn Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg vom 10. Juli dieses Jahres nachträglich bekannt gemacht.

gez. G. Hoffmann, gez. W. Kühne, Vorsitzender. Schriftführer.

Verband der in Buchbindereien,

der Papier- und Ledergalanteriewaaren-Industrie beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen.

Montag, den 16. Septbr., abends 8 1/2 Uhr, bei Schmiedel, Alte Jakobstr. 32:

Ausserordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Berathung und Beschlussfassung über Errichtung eines ständigen Bureaus, event. Wahl eines besoldeten Beamten.
2. Beschlussfassung über Erhebung eines Extra-Beitrages.
3. Sonstige Mitgliedschafts-Angelegenheiten.

Der Wichtigkeit der Tages-Ordnung wegen wird um zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ersucht.
In dieser Versammlung gelangen die Bilets zur Extra-Vorstellung in der „Urania“ zur Ausgabe, doch können dieselben nur gegen Baar abgegeben werden. 28/13

Sonnabend, 21. Sept., abends 8 1/2 Uhr, im Konzerthaus Sanssouci, Kottbusserstr. 4a:

Große humoristische Soiree der berühmten Stettiner Sänger

mit fast durchweg neuem Programm. Nach der Vorstellung: **Grosser Ball.**
Herren, die daran theilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Bilets à 30 Pf. sind in der Versammlung und in sämtlichen Zahlstellen zu haben.

Textilarbeiter-Verband.

Filiale I, Berlin. Sonnabend, 14. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Heise, Fichtenbergerstr. 21:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: Die Entwicklung des Kapitalismus. Referent Genosse Röhle. 2. Diskussion. 3. Kassenbericht. 4. Wahl des Bibliothekars. 5. Verschiedenes.

Nach der Versammlung: Gemüthliches Beisammensein und Tanz. Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. **Der Vorstand.**

Köpenick.

Oeffentl. Versammlung des sozialdemokrat. Arbeiter-Vereins

Dienstag, den 17. September, abends 8 Uhr, im Vereinslokal, Restaurant Schulz, Schönerlindestraße 4.

Tages-Ordnung: Vortrag. — Diskussion. — Vereinsangelegenheiten. Die Mitglieder werden ersucht, möglichst viel Gäste einzuführen. **Der Vorstand.**

Bellealliance-Theater.

Morgen, Sonntag, den 15. Septbr. 1895, nachm. 2 1/2 Uhr:

Volks-Vorstellung unter Regie von Julius Türk.

Zur Aufführung gelangt zum zweiten Male: **Die größte Sünde.**

Drama in 5 Aufzügen von Otto Ernst.

Preis jedes Platzes an der Kasse 75 Pf., im Vorverkauf à 60 Pf. Karten sind in den mit Plakaten belegten Geschäften zu haben.

Sämtliche Plätze werden verlost. Die Verlosung beginnt um 1 1/2 Uhr.

Den Besuchern der Volks-Vorstellung steht an diesem Tage der Eintritt in den Sommergarten des Bellealliance-Theaters frei. 228/11

Achtung! Aktien-Brauerei Friedrichshain

Am Königsdörf. Am Königsdörf. Sonntag, den 15. September 1895:

Grosses Vocal-Concert

der 125 Mann starken

IV. Sänger-Abtheilung des Arbeiter-Vereins aus Leipzig

und des Berliner Gesangvereins „Schildhorn“ (Mitgl. des Arb.-S.-V.).

Direktion V. Michael (Leipzig) und V. Purz (Berlin) unter Mitwirkung einer 25 Mann starken Kapelle der Freien Vereinigung der Civil-Berufsmusiker.

Anfang 8 Uhr. Nach dem Konzert: **Grosser Ball.** Entree 30 Pf.

Avis: Bestellungen auf Bilets bitte an O. Bödter, Uferdammstr. 33 (Vereinslokal) gelangen zu lassen und werden solche, wenn Bestellkarte mit Vereinsstempel versehen, den geehrten Vereinen franco zugesandt. 65/6*

Feste Preise. No. 57.

D. Perleberg

Feste Preise. No. 57.

Chausseestr. 57, Ecke Liesenstrasse.

Größtes Etablissement des Nordens

in Herren- u. Knaben-Garderoben

erlaubt sich sein großes Lager, ausgestattet in den neuesten Erzeugnissen zur Herbst- u. Winter-Saison, hiermit in empfehlende Erinnerung zu bringen. 8257*

Spezialität:

Fertiges Lager in allen Größen und für jede Figur passend, wie bekannt, zu äußerst billigen, streng festen Preisen stets vorräthig.

Einsegnungs-Anzüge in überraschend großer Auswahl.

Meine Firma befindet sich nach wie vor nur Chausseestr. 57, Ecke Liesenstrasse, und bitte, um unliebsamen Verwechslungen vorzubeugen, gefälligst genau auf Nr. 57 achten zu wollen.

No. 57. Chausseestr. 57, Ecke Liesenstrasse. No. 57.

Mißstände auf Bauten.

Der Zentralverband der Maurer Deutschlands hat bekanntlich eine Kommission niedergesetzt, die den Auftrag hat, die auf den Bauten Deutschlands herrschenden Arbeitsverhältnisse zu untersuchen und das gewonnene Material in einer Zeitschrift zu veröffentlichen, die an Reichstag und Regierung gesandt werden soll. Die Maurer-Zeitschrift „Der Grundstein“ bringt nun Auszüge davon, die zum Teil hier wiedergegeben auch für die Leser d. s. „Vorwärts“ von Interesse sein wird, die nicht im Baugewerbe beschäftigt sind.

Den Anfang mag die Stadt Braunschweig machen. Der dortige Bauvertrage theilte der Kommission u. a. mit: Der Gerüstbau weist große Mängel auf. „Was mir bei vielen Bauten auffiel, war, daß die Stabdäume (Kurzrieh) 3 bis 4 Meter von einander entfernt stehen, obgleich die Vorschrift nur zwei Meter zuläßt.“ Der Berichterstatter sah Gerüste, die fortwährend hin und her schwanken; die Arbeiter erwiderten auf die Frage, ob sie sich nicht ängstigten, auf so einem Gerüst zu arbeiten: wer etwas dagegen einwende, müsse sofort die Arbeit verlassen. Durch Einsturz eines solchen Gerüsts sind im vorigen Herbst zwei Menschenleben vernichtet worden. Mit den Gerüsten im Innern der Bauten ist es nicht besser bestellt. Weiter heißt es, daß auf vielen Bauten die Arbeiter in der Gefahr leben, wegen Mangels von Schutzvorrichtungen durch die aus den oberen Theilen des Baues herabfallenden Steine verletzt oder getödtet zu werden. Fensterverglasungen finden, wenige Ausnahmen abgerechnet, vor Beendigung des Baues nicht statt, das heißt, alle inneren Arbeiten (der Putzer, Stuckateur, Maler, Klempner etc.) müssen in der den ganzen Bau durchziehenden Zugluft ausgeführt werden. Ebenso schädlich wie das Arbeiten bei Zugluft ist das Arbeiten bei offenen Kofalslöfen. Auch in Braunschweig wird davon Gebrauch gemacht; die Behörde schreibt nicht nur nicht gegen diese Leben und Gesundheit schädigende Arbeitsweise ein, nein, sie ertheilt sogar, wenn darum nachgesucht wird, die Erlaubnis dazu. Die Unfallverhütungsvorschriften sind auf den meisten Bauten ausgehängt, jedoch so, daß sie nicht zu lesen sind. In den Klempnerwerkstätten werden nach Versicherung mehrerer dieser Berufsgenossen die Unfallverhütungsvorschriften überhaupt nicht ausgehängt. Baubuden sind im allgemeinen vorhanden, genügen jedoch keineswegs. Die Arbeiter spotten in gesundheitlicher und sittlicher Hinsicht jeder Beschreibung. Als bezeichnend für die Bauverhältnisse in der Bau- und Sanitätspolizei führt der „Grundstein“ an, daß, nachdem der Braunschweiger Gewerksmann in einer öffentlichen Bauhandwerker-Versammlung die Uebelstände kritisiert hatte, am anderen Tage sämtliche Bauten von der Behörde kontrolliert und verschiedene Bestimmungen erlassen wurden, wodurch wenigstens den größten Uebelständen abgeholfen wurde.

Ähnlich sind die Arbeitsverhältnisse in fast allen anderen Orten. Um Wiederholungen zu vermeiden, seien deshalb nur die auffälligsten Beispiele angeführt.

In Bremerhaven werden an den Gerüsten Schuttdächer hergestellt, damit die Passage vor dem Bau nicht gefährdet wird; auf die Arbeiter, welche die Aufmauerung besorgen, nimmt man keine Rücksicht weiter. Nur höchst selten wird an der Außenseite des Gerüsts ein Brett hochgestellt, damit das Verletzungs- und das Baumaterial nicht hinabfällt. Regelrecht gemauerte Gerüste fand der Bauvertrage gar nicht. Die Aufgänge an den Putzgerüsten sind außerordentlich lebensgefährlich, sie werden von Leitern gebildet, welche mit einem Leiterbaum an der Außenseite der Gerüstbäume anliegen. Wer bei etwaiger Unglück, z. B. beim Bruch einer Leiterstange etc., nicht so glücklich ist, sich mit den Händen festhalten zu können, was besonders bei den Rollträgern nur höchst selten möglich ist, der stürzt vielleicht ohne weiteren Anstoß bis auf den Erdboden herab. Während des Ausbaus werden häufig Kofalslöche zum Trocknen verwendet, wobei dann gearbeitet werden muß; dies ist sogar bei laienlichen Arbeiten beobachtet worden. Die Unfallverhütungsvorschriften wurden ausgehängt nur auf den Bauten des Bauvereins bemerkt; Umfragen ergaben, daß auf anderen Bauten das nicht vorkommt. Uebrigens sind die dort geltenden Vorschriften nirgends zu haben; der Vertrauensmann der Berufsgenossenschaft befandete, daß er nur ein Exemplar zum eigenen Gebrauch im Besitz habe.

In der Stadt Oldenburg sind mit Ausnahme der Vorrichtungen zum Schutz der Straßenpassanten an den Gerüsten in der Regel keinerlei Schutzvorrichtungen angebracht. Sogar an großherzoglichen Bauten wurde dies beobachtet. Die Güte der Oldenburger Bauten scheint nicht sonderlich zu sein. Dem Bauvertrage der Kommission ist die Schwäche der Mauern, welche die Balken zu tragen haben, und der außerordentlich leichte Dachverband aufgefallen. Baubuden wurden nur selten angetroffen und die wenigen, die angetroffen worden sind, bildeten mehr Aufbewahrungsorte für Baumaterialien; zum Aufenthalt für Menschen eignete sich kaum eine. Die Aborte spotten meist jeder Beschreibung. Nur ein Beispiel zur Charakteristik: Auf einem Bau war der Abort von zwei Seiten mit Brettern umstellt, hinten, vorn und oben war er offen. Eine zugelegte Seite befand sich nach der Straße hin, die andere nach der angrenzenden Wiese zu. Den Frauen, die auf der Wiese das Vieh warten, und Kindern, welche dort spielen, war es nicht immer möglich, die Stellen der Wiese zu meiden, von wo aus man auch von hinten in den Abort sehen konnte. Die Unfallverhütungsvorschriften hängen nur auf ganz wenigen Bauten aus; Umfragen ergaben, daß sie, wo sie wirklich ausgehängt werden, nach Vollendung des Hochbaues verschwinden. Andere Arbeiterschutz-Anordnungen bestehen einfach nicht.

Kachen. Jene Schutzvorrichtungen am Aeußeren der Bauten wurden nicht bemerkt, nur in einer etwas belebten Straße waren zum Schutze der Passage Vorkehrungen getroffen. Im Innern der Bauten sah es noch windiger aus. Schutzgerüste für Dachdecker und Klempner existieren nicht, solche werden nicht einmal beim Eindecken der steilen Kirchdächer angebracht. Baubuden sind unbekannt als böhmische Dörfer. Aborte gab's nicht überall, und wo sie vorhanden waren, entsprachen sie meist in keiner Weise den Anforderungen. Die Folge ist, daß sobald der Bau einigen Schutz vor neugierigen Augen gewährt, die Nothdurft in irgend welchem Winkel im Innern des Baues verrichtet wird.

Cottbus. Jene Schutzvorrichtungen, mit Ausnahme der zum Schutz der Passage auf belebten Straßen, waren an der Außenseite der Bauten nicht vorhanden. Die Leiteraufgänge ließen viel zu wünschen übrig. Baubuden für die Arbeiter wurden nirgends angetroffen. Aborte in der Regel ebenfalls nicht, und wo sie bestanden, gleichen sie den schon beschriebenen. Die Unfallverhütungsvorschriften hängen nirgends aus; Umfragen ergaben, daß sie nur vor Jahren einmal ausgehängt haben, dann ist es nach und nach unterblieben; wenn jetzt wirklich einmal ein derartiges Plakat ausgehängt wird, dann befindet es sich in ganz unleserlichem Zustande; der Zahn der Zeit hat's zernagt.

Guben. Die Gerüste waren alle äußerst mangelhaft, mit Tauen zusammengebunden; nirgends befanden sich Krangeln an

den Gerüstbäumen. Diese standen 3-4 Meter weit von einander entfernt, die daran gebundenen Streichstangen waren in der Mitte der zwei Bäume nochmals durch Trempel gestützt, die aber mangels guter Befestigung zu oft locker werden und dann die Sicherheit des ganzen Gerüsts in Frage stellen. Die Aborte bestanden sich fast überall nicht bei den Baubuden, so daß die dort sich aufhaltenden Arbeiter durch den Geruch der Fäkalien belästigt wurden. Zum Austrocknen der Bauten werden sehr häufig Kofalslöcher aufgestellt, wobei dann auch gearbeitet werden muß. Von den Behörden soll hiergegen noch nichts unternommen worden sein.

Versammlungen.

„Das Märchen von der Unabhängigkeit der Richter“ beschäftigte am 10. September eine vom zweiten Berliner Wahlkreis in das Lokal von Reinhard in der Hasenheide einberufene Versammlung. Ueber dies Thema hielt Genosse Stadthagen einen äußerst interessanten Vortrag. Im Anschluß an den Essener Prozeß, führte der Redner aus, habe es angebracht erschienen, in dem Wahlverein die bestehenden Bestimmungen über Schöffen und Geschworene unter Berücksichtigung der historischen Entwicklung unserer Rechtsprechung und der wirtschaftlichen Entwicklung zu erörtern. Diese zeige aufs Klarste die völlige Abhängigkeit jedes Richters, auch des Laienrichters, von seinem Klasseninteresse. Die „gelehrten Richter“, die trotz der gegentheiligen Versicherung im Gerichtsverfassungsgesetze vielfach abhängig seien, wolle er für heute wegen der Reichhaltigkeit des Materials auscheiden. Redner legte nun in etwa 1 1/2 stündiger Rede, deren Wiederergabe in einem kurzen Referat bei der Fülle des Stoffes unmöglich ist, die geschichtliche Entwicklung und Verknüpfung der Laiengerichte dar, wie auf den fernen Zusammenhang der Befestigung auch nach dieser Richtung mit den Produktionsverhältnissen und mit den Machtverhältnissen der um die Macht ringenden Klassen hin. Auf die Gegenwart übergehend führte Redner etwa aus: Die Produktionsverhältnisse erforderten allmählig eine größere Sicherheit und höheren Schutz des Privateigentums gegenüber dem feudalen Großgrundbesitz. In der konstitutionellen Monarchie ist auf vermögensrechtlichem Gebiet die Kabinetsjustiz, der direkte Eingriff des Herrschers, und die Patrimonialgerichtsbarkeit beseitigt, weil sie mit den Interessen der Bourgeoisie und der besitzenden Klasse nicht mehr zu vereinbaren ist. Anders liegt es auf strafrechtlichem Gebiet. Die Kabinetsjustiz ist hier abgeschwächt, aber nicht beseitigt. Sie besteht in der Form des Begnadigungsrechts fort, an dessen Erhaltung die besitzende Klasse ein lebhaftes Interesse hat. Die Justiz der Großgrundbesitzer hat sich in der Uebertragung politischer und strafrechtlicher Befugnisse auf diese Klasse lebendig erhalten, dem Bedürfnis der Zeit entsprechend kann sich aber auch die besitzende Klasse der Forderung nach Rechtssprechung durch Woten nicht ganz entziehen. Denn die gänzliche Abweisung dieser Forderung widerspricht ihrem eigenen Interesse, da bei den verschiedenen Schattierungen der besitzenden Klasse nicht mit Sicherheit voraussehen ist, welcher Schattierung gerade die Regierung und die durch sie ernannten Richter freie Bahn schaffen wollen. Die theilweise Erfüllung der Forderung entspricht überdies der wachsenden Macht des mobilen Kapitals gegenüber dem Großgrundbesitz. Das Strafrecht ist vielfach, aber nicht ausschließlich gegen die besitzlose Klasse gerichtet. Die besitzende Klasse sucht die Verwirklichung der Forderung, daß niemand verurtheilt werde, der nicht nach dem durch Volkrichter ausgesprochenen lebendigen Rechtsbewußtsein des Volkes strafwürdig ist, oft zu hindern und nur soweit zu erfüllen, wie es ihrem Klasseninteresse entspricht. Das Klasseninteresse bleibt auch bei der Justiz das Ausschlag gebende, die Justiz war immer und ist noch heute eine Klassenjustiz. Die besitzende Klasse strebt dahin, daß die Laienrichter nicht vom Volk gewählt und daß sie möglichst aus der Klasse der Besitzenden entnommen werden, ferner dahin, daß der Kreis ihrer Thätigkeit eingezogen und dem Laien lediglich eine Mitwirkung bei der Urteilsfindung eingeräumt werde. Der wachsenden politischen Macht der besitzlosen Klasse und der Gleichheitsidee wird das Scheinverhältniß gemacht, daß es an sich zulässig sein soll, auch aus den Kreisen der besitzlosen Klasse Richter zu wählen. Die Art der Wahl und die Diätenlosigkeit der Laienrichter löst dies Verhältniß in eine leere Phrase auf. Redner legt nun eingehend die für die Wahl von Schöffen und Geschworenen bestehenden gesetzlichen Bestimmungen dar. An sich wählbar ist auch das Mitglieds der besitzlosen Klasse. Aber die an sich zum Schöffen- oder Geschworenenamt fähigen sieht erst ein aus einem Amtsrichter, einem Verwaltungsbeamten und sieben Gemeindevorstellern bestehender Ausschuss. Die Geschworenenliste wird dann gar nochmals von fünf Landrichtern gestellt. Und es läßt sich leider Befangenheit im Klasseninteresse erwarten, sobald der Angeklagte Kämpfer der besitzlosen Klasse ist und sobald der Klasseninstinkt und das Klasseninteresse der Geschworenen durch Maßnahmen des Gerichts und der Staatsanwaltschaft geschürt wird. Redner illustriert nun an den Magdeburger Fällen Bierowski und Genossen, Fritsche und Genossen und an dem Essener Fall Schröder und Genossen die Wichtigkeit seiner Darlegungen. Er plädiert dann für allein unabhängige, aus und vom gesammten Volk gewählte Richter unter Verlegung der Begriffe Recht und Geseh. Das natürliche Ergebnis der Klassenjustiz und der wachsenden politischen Macht und Einsicht der besitzlosen Klasse ist eine Verbreiterung der Kluft zwischen der Rechtsprechung durch die Klassenjustiz und dem Rechtsgefühl des Volkes. Dies Ergebnis ist selbst der besitzlosen Klasse nicht erwünscht; schwindet das Vertrauen des besitzlosen Theils der Bevölkerung zur Klassenjustiz, so liegt darin ein deutliches Zeichen, daß die Macht der besitzenden Klasse überhaupt im Sinken begriffen ist. Dies Vertrauen ist vielfach geschwunden. Welchen Weg auch immer die besitzende Klasse versuchen mag, daß durch die wirtschaftlichen Bedürfnisse und durch die Produktionsverhältnisse ständig genährt, Rechtsbewußtsein des werththätigen Volkes wird auch auf diesen Gebieten den Sieg erringen. Das Proletariat wird die politische Macht erobern und an stelle des heutigen „Märchens“ von der Unabhängigkeit der Richter“ eine wahrhaft unabhängige nur dem Allgemeinwohl dienende, gerechte Rechtsprechung schaffen. „Nun verheere Rote“, schloß unter stürmischem Beifall der Referent, „ich habe versucht, eingehend die heutige Nothwendigkeit der Abhängigkeit auch der Laienrichter von ihrem Klasseninteresse darzulegen. Sind Sie mit mir eines Sinnes, so verbreiten Sie in den weitesten Kreisen, jeder da wo er kann, durch praktische Beispiele die Ansicht, daß das Märchen von der Unabhängigkeit der Richter ein Märchen ist.“ Zur Diskussion meldete sich niemand. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Mitglieder auf, ihre Mitgliedsbücher umzutauschen gegen die durch die Reorganisation und damit verbundene Statutenänderung notwendig gewordenen neuen Mitgliedsbücher. Ebenfalls erging die Aufforderung zur Meldung noch einiger Bezirksführer, die die Reorganisation des Kreises erforderlich macht. Der Vorsitzende forderte zur recht regen Agitation für den Verein auf, stellte für den kommenden Winter einen Zyklus von Vorträgen zur Aufklärung und Belehrung der Genossen in Aussicht und schloß mit dreifachem Hoch auf die zukünftige Sozialdemokratie.

Für den 33. und 35. Kommunal-Wahlbezirk fand am 12. d. M. bei Grünbel eine öffentliche Kommunalwähler-Versammlung statt, in welcher Stadtverordneter Herzfeldt über die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen referirte. Derselbe erinnerte daran, daß sich am Tage der Wahl in beiden Bezirken wiederum drei Parteien gegenübersehen werden, die freisinnige, die antisemitische und die sozialdemokratische Partei und daß die beiden anderen Parteien es an nichts fehlen lassen würden, die Arbeiterschaft durch Vorpiegelungen aller Art zu täuschen, wie Redner erwartete, allerdings erfolglos. Diese seine Erwartung suchte auf der Haltung, welche die gegnerischen Parteien im rothen Hause unseren Vertretern und deren auf das Wohl der arbeitenden Klassen gerichteten Anträgen gegenüber eingenommen haben, welche Redner in längerem Vortrage an vielen Beispielen präzisirte. Alle Anträge seien konsequent abgelehnt worden. Unsere Vertreter hätten sich dadurch indessen nicht abhalten lassen, programmgemäß weiter zu wirken, auch er gab die Versicherung ab, in demselben Geiste wie bisher weiter wirken zu wollen, sofern er der Ehre theilhaftig werden sollte, als Kandidat aufgestellt und als solcher gewählt zu werden. — Der 33. Kommunal-Wahlbezirk wird gegenwärtig vertreten durch den Obermeister der Klempner-Jungung Vaugenducher, der 35. Kommunal-Wahlbezirk durch den Genossen Herzfeldt, welcher in der Stichwahl über den Antisemiten Redakteur Dr. Badler siegte. — In der Diskussion nahmen das Wort die Genossen Gnadt, Guttmann, Stadtverordneter Borgmann und andere. Der Versammlung wohnten auch Angehörige anderer Parteien bei, welche zum Theil auch in die Diskussion eingriffen. So machte Herr Beyer seinem bedrückten Herzen Luft, nachdem er anderwärts kein Entgegenkommen gefunden hatte, und legte es den sozialdemokratischen Stadtverordneten ans Herz, für besser vorgebildete Steuer-Einschätzungs-Kommissionen Sorge zu tragen, was Veranlassung gab, die Miquel'sche Steuerreform, mit der sich der Herr Beyer im allgemeinen einverstanden erklärte, etwas näher zu beleuchten in ihrer Verbindung mit dem bestehenden Wahlgesetze, der einzigen Stütze des Freisinn, dessen Beseitigung prinzipiell erstrebt werden müsse.

Nach Beendigung der Debatte nominirte die Versammlung die Kandidaten für beide Bezirke. Als solche wurden einstimmig für den 33. Kommunal-Wahlbezirk Otto Räther, für den 35. Kommunal-Wahlbezirk Herzfeldt gewählt. Letzterer hat das Stadtverordneten Mandat für den 35. Bezirk seit 6 Jahren inne. Die Wahlschritte wurden gebildet durch die Genossen Räther, Wihel, Guttmann, Böllner, Neubrun für den 33. und die Genossen Rosenthal, Schumacher, Margillier, Jost und Käste für den 35. Kommunal-Wahlbezirk.

Eine Kommunalwähler-Versammlung für den 42. Kommunal-Wahlbezirk (Gesundbrunnen) tagte am 10. d. Mts. in Ullrich's Salon und beschäftigte sich mit den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen. Der Referent Giesholt hob in seinem Vortrage einleitend hervor, daß, wenn auch durch die Theilnahme an der städtischen Verwaltung nicht viel erreicht, doch aber viel verhindert werden könne und daß es von großer Wichtigkeit sei, die Interessenpolitik der Gegner kennen zu lernen. Redner verbreitete sich über die Kommunalsteuer-Reform und die Kunst der Hausbesitzer, sich erfolgreich ihnen zugeordnete Steuern vom Hause zu halten, wie auch über die Fürsorge, welche die besitzenden Klassen ihrem eigenen Nachwuchs angedeihen lassen, indem ein Volksschüler 64 M. pro Kopf und Jahr, ein Kind, das höhere Schulen besuche, dagegen 174 M. Zuschuß erverde. Redner zeigte weiter, wie die Vertreter der besitzenden Klasse im Rothen Hause ganz offen und ungeschämtermaßen Interessenpolitik treiben. Der Referent wies ferner nach, daß unsere Gegner im Rathhause es vortrefflich verstanden, alle ihnen nicht genehmen, sozialdemokratischen Anträge unter den Tisch fallen zu lassen. Dieses Schicksal habe auch den Antrag, betreffend die Erhebung einer Arbeitslosenstatistik, die Einführung des achtstündigen Arbeitstages in städtische Betriebe für Arbeiter, den Antrag betr. Vermehrung der Wärmehallen etc., erlitten. Redner gab der Meinung Ausdruck, daß so manche maßgebende Person in der Stadtverwaltung lieber die Armenlasten bedeutend erhöhe, als Rechtsaufgaben im Interesse der Arbeiter aufzuheben, möglicherweise, um durch Vergrößerung der Armenlasten die Ausübung des Wahlrechts zu vermindern und dadurch den Arbeitern die Vertretung im Rothen Hause zu erschweren. Unzweifelhaft sei, daß von der städtischen Verwaltung viele Gelder verwendet werden für Zwecke, die nicht den allgemeinen Interessen entsprechen. Redner erinnerte nur an die zur Sedansfeier wieder bewilligten 50 000 M. und die 6000 M. für die Schulen extra und folgerte aus allem, daß es durchaus notwendig sei, daß die Arbeiterschaft immer mehr Vertreter in die städtische Verwaltung entsende und auch der 42. Kommunal-Wahlbezirk endgiltig erobert werde. Dies sei sehr wohl möglich, wenn jeder seine Schuldigkeit thue, da bereits bei der vorigen Wahl Gen. Grünbel 14 Stimmen Majorität erhalten habe, dessen Wahl allerdings annullirt worden sei. Jeder Parteigenosse habe für den sozialdemokratischen Kandidaten einzutreten. Als solcher wurde von der Versammlung mit allen gegen eine Stimme Genosse Jacobey proklamirt. Derselbe nahm die Kandidatur dankend an und gab das Versprechen ab, sich die größte Mühe zu geben, schnelligst Hausbesitzer zu werden, was zu seiner eventuellen Wahl notwendig sei. Das Wahlkomitee wurde gebildet aus den Genossen Brinkmann, Maschke, Hagerland, Tauschel und Wolfram. Die Versammlung erklärte sich nach dem Bericht des Stadtverordneten Giesholt mit der Thätigkeit der sozialdemokratischen Stadtverordneten einverstanden und versprach, energisch für den Kandidaten Jacobey einzutreten.

Graveure und Biseure. Am 3. d. M. hielt die „Freie Vereinigung der Graveure und Biseure“ ihre ordentliche Mitgliederversammlung ab, in welcher Genosse Dr. S. Jost über Religion und Sittlichkeit im Lichte der Naturwissenschaft sprach. Der Vortrag wurde sehr beifällig aufgenommen. Angenommen wurde der Antrag des Kollegen Stewert, welcher lautet: „Da der Antrag vom 16. Juli vielfachen Mißdeutungen unterliegt, erklärt die heutige Versammlung, daß vom 5. August cr. ab die Beiträge pro Woche 20 Pf. betragen. Da einige Kollegen vor diesem Termine 20 Pf.-Marken geklebt haben, erklärt die Versammlung, diese Mehrleistung zu gestatten.“ In einem Briefe eines Berliner Kollegen aus Wien wird vor einer fruma Szandrick (Oberungarn), Post Hodrasbanga, gewarnt. Derselbe verspricht in Annoncen in deutschen Blättern hohen Lohn, hält aber gewöhnlich ihre Versprechungen nicht ein. Weist bietet sie 20 A. und zahlt nachher nur 10 oder 11 A. Es wurde dann noch der Antrag gestellt, eine namhafte Summe für die Essener Verurtheilten aus der Vereinskasse zu geben. Auf peluniarischen Gründen wird dies aber abgelehnt, dafür soll in Kollegenkreisen tüchtig gesammelt werden. Hierzu werden Listen beschafft werden.

Graveure und Biseure. Mit den Junungsbestrebungen befahte sich eine öffentliche Versammlung der Graveure und Biseure, welche am Mittwoch Abend in der Restourne abgehalten wurde. Nach einem Referat des Genossen Timme, der die „Wirksamkeit“ der Junungen in längerer Rede beleuchtete, sprach sich die Versammlung in einer Resolution dahin aus, daß die Versammelten sich entschieden gegen die in neuerer Zeit an-

gehindert obligatorischen Forderungen entsprechen und ihrer Meinung Ausdruck geben, daß eine Besserung der mangelhaften Verhältnisse nur durch den Anschluß an eine zielbewusste Organisation — die freie Vereinigung für die gewerblichen Interessen der Gravure und Ziselure — erreicht werden kann. — Sievert und Geisler kritisierten die traurigen Zustände in einigen Werksstätten. Bei dem Unternehmer Förning, Kronenstr. 100, soll ein Arbeiter mit 9 M. Wochenlohn angestellt sein! Vergener forderte, daß der Unterricht in den Fortbildungsschulen an den Wochenagen erteilt wird. Eine Besprechung der Schillingstraße zeitigte folgenden Antrag: Die Versammlung beauftragt den Vertrauensmann, in nächster Zeit eine öffentliche Versammlung einzuberufen, um Stellung zu nehmen gegen diejenigen Meister, welche zehn und mehr Lehrlinge halten und ihre Ausbildung vernachlässigen.

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter. In einem längeren Vortrage besprach Genosse G. Köhler das oben erwähnte Buch der Frau A. Gerhards über „Konsumgenossenschaften und Sozialdemokratie“. Köhler betonte, daß die Konsumgenossenschaften auf politischem Gebiete nichts schaden, aber auch nichts nützen, und auf wirtschaftlichem Gebiete wären sie dasselbe wie jedes andere Privatunternehmen, in denen jeder seine wirtschaftliche Lage zu verbessern den Versuch machen kann. Die Verfasserin ist der Ansicht, daß die Konsumgenossenschaften dem Arbeiter bessere und reelle Waren liefern und auch durch den Wareneinsatz zur Ordnung im Haushalt beitragen. Köhler wies nach, daß derartige Einrichtungen nicht im Stande sind, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu verbessern, wenn auch für einzelne ein kleiner Vortheil herauskommt.

Dem interessanten Vortrage folgte eine lange und rege Diskussion, in welcher die Redner für und gegen die Konsumgenossenschaften eintraten.

Die Abrechnung vom Sommerfest ergab eine Ausgabe von 542,93 M., eine Einnahme von 514,70 M., mithin eine Mehrausgabe von 28,23 M.; dagegen stehen noch 375 M. Vorkasse aus.

Das Stiftungsfest findet am Sonnabend, den 12. Oktober, im Lönisstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstr. 87, statt.

Bei den Musikinstrumenten-Arbeitern referierte am 9. September Genosse Käther über die Frage: Wie bekommen die Kollegen ihren Lohn für den in ihnen ausgedrückten Sedantag? Besonders zahlreich vertreten waren die Arbeiter der Pianoforte-Fabrik von Beckstein, die sonst eine ziemlich isolierte Stellung in der Branche einnehmen. Die Angelegenheit Beckstein wurde nach der mit lauten Beifalläußerungen aufgenommenen Rede des Vortragenden zunächst verhandelt. Durch eine Tafel ist dem Personal angezeigt worden, daß am Montag gefeiert wird; die Lohnarbeiter haben den Zwangsfeierabend nach dem bezahlt erhalten; nicht so die Akkordarbeiter. Von den Rednern in der Diskussion wurde dem Arbeiter nahegelegt, den Herrn Kommerzienrat auf dem Gewerbezweck zu verklagen; einige traten dafür ein, daß eine Kommission in dieser Angelegenheit verhandeln soll. Schließlich wurde der Antrag angenommen, die Regelung dieser Angelegenheit den Beckstein'schen Arbeitern selbst zu überlassen. Man richtete die sehr berechtigte Mahnung an dieselben, sich der Organisation anzuschließen, damit ihnen bei ihrem Vorgehen der Rücken gedeckt sei. Von einer Seite wurde hervorgehoben, daß die Maschinenmacher in dem Betriebe des Herrn Beckstein jüngst einen ziemlich hohen Abzug hätten über sich ergehen lassen, ohne auch nur den Versuch eines Widerstandes zu machen. Die Verhältnisse bei den Firmen: Quandt, Schmidt u. Sommerfeldt, Rieber u. Co., Schwechten, Gerhardt und Pietschmann, wo gleichfalls keine Bezahlung für den Sedantag geleistet ist, wurden einer scharfen Kritik unterzogen. Angenommen wurde nachfolgende Resolution: Die Versammlung erhebt entschieden Protest gegen die zwangsweise Feier des Sedantages seitens der Arbeiter einer Reihe von Pianoforte-Fabriken. Sie erklärt eine derartige Handlungsweise der Fabrikanten als überaus bezeichnend für deren Patriotismus. — Man erwartet, daß der Sedantag den Arbeitern noch nachträglich bezahlt wird; ein sehr patriotischer Fabrikant Person in der Dresdenerstraße hat seinen Arbeitern den Tag mit 8 M. vergütet; das bedeutet immer noch einen Schaden für den Arbeiter von ca. 2 M.

Die Barbiers ehrten in ihrer am 5. d. M. abgehaltenen Versammlung die verstorbenen Kämpfer in der üblichen Weise. Staroffon besprach den Essener Meineltsprozess, worauf eine Resolution angenommen wurde, die im wesentlichen der Würdigung des Prozesses im „Vorwärts“ entsprach. — Das Ergebnis der Tellerstimme soll den Familien der Verurteilten durch die Expedition des „Vorwärts“ übermittelt werden. Zum Vorsitzenden wurde Meyer gewählt. Hierauf folgte eine Kritik über das Sachgorg, sowie die Regelung der Bibliotheksverhältnisse.

Zimmerleute. Der Verband deutscher Zimmerleute, Zahlstelle Berlin, hielt am Sonntag, den 8. September, seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, welche sehr stark besucht war. Die Abrechnung vom 13. Stiftungsfest ergab einen Ueberschuß von 224,16 M. Hiervon wurden 50 M. für die Familien der im Essener Meineltsprozess Verurteilten bewilligt. Nach einer längeren Diskussion über die Stellung der Mitglieder zur Lohnbewegung wurde folgender Antrag angenommen:

„Die Versammlung erklärt sich bereit, zu den Kosten, welche dem Vertrauensmann durch Anfall seines Lohnes entstehen, zur Hälfte, und zur Kontrolle, sofern dieselbe von Mitgliedern ausgeht, zur Gänze beizutragen, bis die Kontrolle des Vertrauensmanns überflüssig wird.“ Die Mitglieder, welche von den jetzigen Platzpatronen mit betroffen worden sind und noch keine Unterstützung bekommen haben, haben sich bei dem Kassierer zu melden und ihre Unterstützung in Empfang zu nehmen. Diejenigen Mitglieder, welche ferner bei Platzpatronen gemeldet werden, sollen sich melden und vom Vertrauensmann, bei Blaurod, Gipsstr. 16, Kontrollieren lassen.

Bekannt gegeben wurde noch, daß die Zimmerer bei der Firma Stiebig u. Köpchen der Mann 100, und einige sogar 105 Stunden pro Woche gearbeitet haben, und daß die Firma Pumpfun doch nur 50 Pf. Stundenlohn ausbezahlt hat. Als Revisor wurde Dregghaupt, Höchststr. 21, Quergebäude 2 Z., gewählt.

Zimmerer. Um den bei der gesperrten Baufirma Kistler (Greiswalderstraße) weiter arbeitenden Zimmerern Gelegenheit zu einer Aussprache über ihr Verhalten gegenüber den in öffentlichen Zimmer-Versammlungen gefaßten Beschlüssen zu geben, hatte der Vertrauensmann am Mittwoch, den 11. September eine Versammlung in nächster Nähe der Baupläze, im „Danziger Volksgarten“ einberufen; der Besuch derselben entsprach jedoch keineswegs den gehegten Erwartungen. Aus welchen Gründen, sei dahin gestellt, — fast sämtliche zur Zeit dort arbeitenden Zimmerer benutzten die Bahn oder sonstige Umwege, nur um nicht an der Danziger Straße vorbeizugehen und eventuell von den übrigen Kollegen zum Besuch der Versammlung eingeladen zu werden. Der Referent, Herr Ernst Obst, geistelte ein derartiges Gebahren in gebührender Weise; er setzte den paar Erschienenen auseinander, wie sehr sie durch ihren Indifferentismus nicht nur die Gesamtheit der Berliner Zimmerer, sondern ihre eigenen Interessen auf schwerste verletzen. — In ähnlicher Weise äußerten sich auch L. H. Fischer und andere Kameraden. Schließlich wurde die Forderung von der Organisation, sowie sein jetziges Verhalten zu rechtfertigen und verlangte Aufhebung der Sperre, da die Firma doch genug Arbeitskräfte für 50 Pf. Stundenlohn erhielt. Unter Hinweis auf die vier größeren Firmen der Ausstellung, welche durch die Einmüthigkeit ihrer Arbeiter imponiert, diesen eine Lohnerhöhung bewilligten, wurden seine wenig sichhaltigen Argumente als „Ausreden“ hingestellt. Schließlich, nachdem

Obst und Fischer erwähnt, nochmals die bei der Firma Kistler Beschäftigten zum Anschluß an die Lohnbewegung aufzurufen, fand eine Resolution Annahme des Inhalts, daß die Sperre über die Firma Kistler bestehen bleibt; einerseits weil die Zimmerer dies den Kameraden schuldig seien, welche dort die Arbeit niederlegten, andererseits weil man glaubt, daß die Firma mit den jetzigen Arbeitern nicht bis zur gegebenen Zeit die Arbeiten fertigstellen kann.

Am nächsten Sonntag findet in Cohn's Festsaal, Beuthstraße 22, eine öffentliche Generalversammlung der Zimmerer statt, in der unter anderem der Vertrauensmann Abrechnung legt und Bericht erstattet über seine bisherige Thätigkeit.

Eine Zimmerer-Versammlung, die am 12. September bei Lange in der Kronenstraße tagte, beschäftigte sich mit der Sperre über die Firma Stiebig u. Köpchen. Wirtensstraße, und dem Verhalten der dort arbeitenden Kameraden gegenüber den Beschlüssen, welche in öffentlichen Versammlungen gefaßt wurden. Der Referent Obst legte dar, daß an der Aufhebung der Sperre im Interesse der Bewegung nicht gedacht werden könne, wenn auch der Polier Neumann, seine Arbeitgeber mit Arbeitskräften versorgt habe. Uebrigens sei man auch die Aufrechterhaltung der Sperre den Meistern schuldig, welche die Forderung des Stundenlohnes von 52 1/2 Pf. bewilligt hätten. Redner geistelte die Gleichgültigkeit derjenigen Zimmerer der genannten Firma, welche ruhig weiter arbeiteten, als etwa 29 ihrer Kameraden in Befolgung der Versammlungsbeschlüsse die Arbeit niederlegten, um für einen höheren Lohn einzutreten; ebenso unterzog er das Verhalten der neu eingetretenen Streikbrecher einer herben Kritik. Fischer, Schmolinski und andere schlossen sich den Ausführungen des Referenten an. Schmolinski kennzeichnete besonders das arbeiterfeindliche Betragen des Poliers Neumann. Von den Streikbrechern war, abgesehen von einem jungen Manne, der jetzt nicht mehr bei St. u. K. ist, niemand erschienen. Von Beschlüssen wurde abgesehen, nachdem allseitig die Aufrechterhaltung der Sperre bekräftigt worden war.

Metallarbeiter. Der Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend hielt am 9. d. M. im Marienbad, Gesundbrunnen, seine Nordbezirks-Versammlung ab. Genosse Pinn hielt einen lehrreichen, mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über das Thema: „Die Geschichte als Lehrmeisterin“, und bewies hierbei durch verschiedene Beispiele, daß die Geschichte, wie sie in unseren Schulen gelehrt wird und wie dieselbe der großen Masse des Volkes zugänglich ist, nicht der Wahrheit entspricht resp. entzieht und einseitig abgefaßt ist. — Die besonders eingeladenen Kollegen verschiedener Firmen wurden aufgefordert, sich zahlreicher der Organisation anzuschließen, vor allen Dingen aber dafür zu sorgen, daß ihre Werkstätten durch einen Vertrauensmann vertreten werden.

Der Verband der in Holzbearbeitungs-Fabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, Filiale Berlin I, hielt am 9. September seine regelmäßige Mitgliederversammlung bei Wille, Andrasstr. 26, ab. Der Genosse Wagner hielt einen Vortrag über das Thema: „Vollbildung und Klassenbewußtsein“. Nachdem der Vortragende den Indifferentismus der früheren Arbeiter dem Klassenbewußtsein des modernen Proletariats gegenüber geschildert hat, erwähnte er die Anwesenheit, kräftig für die Organisation zu wirken, um dadurch den elenden Verhältnissen ein Ende zu bereiten. Nach einer kurzen Diskussion wurde die Abrechnung vom II. Quartal verlesen. Der Vorsitzende Kolobdt ersuchte die Kollegen, ihn die Werkstatt-Vertrauensleute bekannt zu geben, um dieselben zu einer gemeinsamen Sitzung zu laden. Nächste Versammlung am 7. Oktober in dem oben genannten Lokale.

Der Fachverein der Bäcker erörterte in seiner am 10. d. M. im Lokale des Herrn Buske, Grenadierstr. 33, abgehaltenen regelmäßigen Monatsversammlung die Frage: „Wie fördern wir unsere Organisation?“ Das Endergebnis der nahezu zweistündigen Diskussion war, den Berliner Bäckerinnen in bestimmten Zwischenräumen gedruckte Einladungen zu den Vereinsversammlungen in Kartendruckerei der Paetschstr. L. O. zu schicken. Da der Verein Fragebogen ausgefüllt hat, in denen nach allen im Gewerk vorhandenen Uebelständen gefragt wird, wurden die Kollegen aufgefordert, an der Ausfüllung derselben sich recht rege zu beteiligen. Zur besseren Durchführung der Kontrolle der Sonntagsruhe, die leider nicht von allen Unternehmern innegehalten wird, bewilligte der Verein für die dieser Mühe sich unterziehenden arbeitslosen Kollegen allmonatlich 5 M. Zum Schriftführer wurde Barth, als dessen Stellvertreter Agnic gewählt.

Holzbearbeitungsarbeiter. Die Versammlung der in Holzbearbeitungs-Fabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter der Filiale II N. wählte am 10. September zum ersten Kassierer den bisherigen zweiten Kassierer, Kollege Hesse und den Kollegen Jaffe zum zweiten Kassierer. Auf Anregung des ersten Vorsitzenden wurde auch der zweite Vorsitzende wegen zu unregelmäßigen Besuchen der Vorstandssitzungen sowie der Versammlungen seines Amtes enthoben, und an dessen Stelle der Kollege Sonntag gewählt. Außerdem wurden noch verschiedene Vereinsangelegenheiten besprochen. Desgleichen wurde von der Fabrik des Herrn Hellmich, Bergstraße, mitgeteilt, daß die Kollegen dort am Sedantag von 2 Uhr ab feiern mußten, ohne eine Entschädigung dafür zu bekommen. Bei dieser Gelegenheit erklärte der Zwischenmeister Koppow, daß man keinen Lohn beanspruchen könne, wenn man nicht arbeite. Der Arbeitsnachweis und das Verkehrslokal befinden sich bei Mehlitz, Bergstr. 12.

Fensterputzer. Eine Volksversammlung, einberufen von dem Vertrauensmann der allgemeinen Arbeiter und Arbeiterinnen, sollte den Zweck einer Aussprache der Geschäftsinhaber mit den Arbeitern der Glas- und Fensterreinigungsinstitute haben; dieselbe konnte aber infolgedessen ihren Zweck nicht erfüllen, da gerade die Geschäftsinhaber, mit denen verhandelt werden sollte, nicht anwesend waren. Genosse Zubeil schickte als Grund hierfür seinem Referate die gewiß zutreffende Bemerkung voraus, einmal, daß die Einberufung der Versammlung zu einer Stunde geschah, in der die Klein-Geschäftswelt, auf die überhaupt nur zu rechnen war, ihre Geschäfte noch nicht geschlossen haben, und weiter hielt er es im Interesse der Sache für nicht ratsam, einen ausgesprochenen Sozialdemokraten zum Referenten zu bestimmen. Im Vortrage selbst schilderte der Redner noch einmal in Kürze die ganz unhaltbaren Zustände, die sich in diesen Instituten herausgebildet haben, wie sie bereits an anderer Stelle des „Vorwärts“ ausführlich behandelt worden sind. In der Diskussion wurden neue Momente nicht angeführt, indes aber bittere Klage geführt über das Kontraktwesen, über allzu mangelhafte und niedrige Bezahlung, über ganz bedeutende Strafen, aber unwürdige Behandlung und überlange Arbeitszeit. Um sich aller dieser allgemeinen Chitanen zu entledigen, denen sich je nach Raune und Willkür der einzelnen Institutinhaber noch eine Reihe spezieller anfügten, hat sich diese gegenüber die Geschäftsinhaber stellen, konnte jedoch wegen Fehlens der letzteren nicht besprochen werden. Der Referent empfahl im Schlußwort dringend, recht rege Agitation für die Organisation, um bald als achtungsgebietende Masse den Unternehmern erfolgreich entgegenzutreten zu können. Man wählte einen Vorschlag gemäß sieben Vertrauensleute, denen es obliegt, eine thätigste Agitation zu betreiben. Es wurde beantragt, in der Elisabeth- und Petristraße Lokale zu bestimmen, in denen des Sonnabends Kassierer anwesend zu sein haben. Zum Schluß gelangte eine Resolution zur Annahme, die ihre gerechte Enttötung über die unverantwortliche Weise der Ausbeutung der Fenster- und Glasputzer ausdrückt und mit Rücksicht darauf, daß nur ein geschlossenes Vorgehen Verbesserung der Lage derselben herbeiführen kann, zum Beitritt in die Or-

ganisation verpflichtet. Hierauf erfolgte die Bekanntgabe der heute über acht Tage bei Köllig stattfindenden Vereinsversammlung.

Leberbranche. Die öffentliche Versammlung aller in der Leberbranche beschäftigten Arbeiter (Lohgerber, Lederzurichter, Weißgerber, Härber etc.) hatte den Frey'schen Saal in den Brunnenstraße völlig gefüllt. Dieselbe fand am 11. d. Mts. statt und beschäftigte sich zunächst mit dem Streik in der Steinlein'schen Leberfabrik (Inhaber Meinde). Der Streik ist am Montag ausgebrochen und hat diese Thatfache, wie Busse ausführte, keineswegs überrascht. Man müsse sich vielmehr wundern, daß die dort beschäftigten Arbeiter sich erst jetzt dazu ermannen haben. Die Fabrik ist eine der größten Berlins und beschäftigt 115—118 Arbeiter. Zu unterstützen sind 102 Arbeiter mit 100 Kindern. Die bisher gezahlten Löhne waren, den gemachten Mittheilungen zufolge, für Arbeiter 13 bis 18 M., für Gesellen 18 bis höchstens 22 M. 20 Pf., Gefordert werden von den Streikenden folgende Mindestlöhne: für Arbeiter 18 M., für Gesellen 21 M., für Tafelarbeiter 24 M., für Falzer und Blanchirer 24,50 M. Ferner wird gefordert die Bezahlung jeder Ueberstunde mit 40 bzw. 50 Pf. und die Einsetzung eines Arbeiterausschusses. Die Kommission der Steinlein'schen Arbeiter, welche Herrn Meinde diese Forderungen vortrug, ist rundweg abgewiesen worden mit dem bekannten Bedenken, daß ein jeder gehen könne, dem es in der Fabrik nicht passe. Daraufhin haben 102 Arbeiter die Arbeit verlassen, was von der Versammlung freudig begrüßt wurde, da die Steinlein'sche Fabrik die maßgebendste ist und ihren Einfluß sehr zum Nachtheil der Arbeiter bisher geltend gemacht hat. Eine Reihe Steinlein'scher Arbeiter ließ sich über die Fabrikverhältnisse aus. Beschwerde wurde geführt über die Meister, über das herrschende rigorose Strafsystem, über das Geheimniß, das die Verwendung der Strafgelde umgiebt, über die Verwaltung der sogenannten „Sechserkasse“, die Unterstützungszwecke dient und zu welcher jeder Arbeiter wöchentlich seinen „Secher“ beizutragen hat und insbesondere über die niedrigen Löhne, welche die Arbeiter der Organisation fern halten, wozu auch das theilweise gegenläufige Verhältnis zwischen gelerntem und ungelerten Arbeitern beitrage, was streng getrigt wurde. Die Versammlung erklärte einstimmig den Streik und die gestellten Forderungen voll und ganz für berechtigt, sich mit den Streikenden solidarisch und sicherte denselben thätigste finanzielle wie moralische Unterstützung zu. Zur Führung der Streikangelegenheiten wurde eine Lohnkommission gewählt, bestehend aus Kühne, Lerche und Weiss. Die Unterstützungsbüchse wurden für jeden Streikenden wie folgt festgesetzt: Für den Unverheiratheten 9 M., für den Verheiratheten 12 M. mit einem Zuschlag für jedes Kind von 50 Pf. pro Woche.

Die vorläufige Abrechnung über die Hiftensammlung zum Römer'schen Streik gab 382 M. 95 Pf., verausgabte 308 M. 20 Pf. Die verbleibenden 77 M. 75 Pf. wurden den Steinlein'schen Streikenden überwiesen und zu Revisoren Buske, Hagerland und Mohaupt bestellt.

Maler und Vernisgenossen. Eine von über 300 Personen besuchte öffentliche Versammlung tagte am 11. September in Cohn's großem Saal in der Beuthstraße. Geladen zu derselben waren die Kollegen aus den Werkstätten: Richter, Hedemannstraße; Lange, Gfasserstraße; Nothsheim, Richter, Invalidenstraße; Anger, Lettowstraße; Sobotta, Giesler, Kaybachstraße; Wodenslein (Magimilian Ziele). Dieselben waren auch zum Theil erschienen. Es handelte sich darum, sich schlüssig zu werden, ob die, durch die Arbeiten an der Gewerbe-Ausstellung sich nächstes Frühjahr bietende günstige Gelegenheit zu benützen sei, um in eine Lohnbewegung für Einführung eines Minimallohnes im Malerberufe einzutreten. Die rechte rege, ausführliche Diskussion hierüber leitete Kollege Linde ein, indem er einen kurzen Rückblick auf die 1889er Bewegung warf, deren Errungenschaften heute längst verloren seien, da nicht nur die Löhne mit der wirtschaftlichen Entwicklung und mit den Ansprüchen, die Staat und Kommune an die Arbeiterschaft stellen, nicht nur nicht Schritt gehalten haben, sondern merklich heruntergegangen sind; er hielt es für eine ernste Pflicht, die sich bietende Gelegenheit nicht unbenutzt vorübergehen zu lassen. In der ausgedehnten Diskussion waren mit einer Lohnbewegung zum Frühjahr so ziemlich alle Redner einverstanden, nur herrschte Meinungsverschiedenheit über die zu stellenden Forderungen. Ein Theil der Redner trat für Einführung eines Minimal-Wochenlohnes ein, über dessen Höhe ebenfalls Vorschläge gemacht wurden, ein anderer Theil der Redner verlangte Verkürzung der Arbeitszeit, wieder andere schlugen an Stelle der gegenwärtigen variirenden Lohnskala Festsetzung eines Minimal-Stundenlohnes vor; lebhaft wurde außerdem die Einführung des Achtstundentages vertreten. Nachdem die verschiedenen Meinungen dargelegt waren und neue Gesichtspunkte nicht mehr erschlossen werden konnten, schloß man die Debatte. Das Ergebnis derselben war die einstimmige Zustimmung zu folgender Resolution: „Die heutige Versammlung erklärt nach Anhören der verschiedenen Ansichten folgendes: In Erwägung, daß unsere wirtschaftliche Lage eine ungemein schlechte ist, daß dieselbe vor der Hand aber nicht anders gebessert werden kann, als daß vor allem eine einheitliche Lohnregulierung statzufinden hat, beschließt die Versammlung, zunächst im kommenden Frühjahr in eine Lohnbewegung zur Einführung eines Minimal-Wochenlohnes einzutreten. Ferner verpflichten sich sämtliche Anwesenden, soweit sie noch nicht der Organisation angehören, derselben unverzüglich beizutreten, da nur durch eine straffe Organisation unsere Forderungen durchzuführen sind. Des Weiteren verpflichten sich die Anwesenden, nach Kräften für den Streikfonds zu sammeln.“ Zwei Stimmen waren dagegen. Einmüthig stellte sich die Versammlung auf den Boden eines Antrages, welcher eifrige Werkstätten-Organisation und Ernennung von Vertrauensmännern empfiehlt in allen Werkstätten, in denen eine dahingehende Agitation bisher noch nicht von Erfolg begleitet war.

Die Steinmeier und Bildhauer hielten am 12. September in Cohn's Festsaal, Beuthstraße 20, eine stark besuchte öffentliche Versammlung ab, um zunächst zu beraten, welche Maßnahmen zu treffen sind, die Forderung der Steinbildhauer zur Durchführung zu bringen. Nach dem Bericht der Kommission ist der Stand des Streiks unverändert, die Forderung der siebenstündigen Arbeitszeit wird von den Prinzipalen als frivol bezeichnet, was indeß die Streikenden nicht hindert, im Bewußtsein ihres guten Rechtes mit aller Zähigkeit daran festzuhalten. Streikbrecher haben sich bisher nicht gefunden. Die letzte öffentliche Versammlung der Steinarbeiter, ebenso auch die Berliner Gewerkschafts-Kommission erkennen den Streik als berechtigt an, um so eigenthümlicher erscheint daher die Haltung der Baubehörden, welche direkt gegen die streikenden Arbeiter Partei ergreifen, indem sie die Lieferungsfristen der Unternehmer verlängern. Der Streik kommt den Steinmeiern ungenügend natürlich recht ungenügen und so lassen sie kein Mittel unversucht, ihn zu Fall zu bringen. Sie operiren mit „schwarzen Listen“, was daraus hervorgeht, daß einigen Firmen, die bewilligt haben, dennoch keine Streikenden einstellen, sondern sich Arbeitskräfte von außerhalb heranzuziehen suchen. Ein weiteres Kampfmittel der Unternehmer ist die Heranbildung von Steinmeier-Lehrlingen zu Bildhauerarbeiten, welche die Steinmeiergegenstände zurückweisen. Die Firma Wimmelfuchte sich dadurch aus der Patsche zu ziehen, daß sie einigen Streikenden das Anerbieten stielte, größere Arbeiten als „Unternehmer“ zu übernehmen; diese sollten dann eventuell die untergebenen Kollegen nur sieben Stunden arbeiten lassen. Auf diese Weise glaubte die Firma die Beschlüsse der Jnnung



Arbeiter, Parteigenossen,

nur Hüte mit Kontrollmarke.
Herren-Hüte 2, 2,50, 3, u. s. w. ff. Haarhüte
von 5, an. Cylinderhüte von 4, bis 12, an. Knaben-
Hüte von 1, an. Betrag ausgeschlossen, da ich nach-
weislich nur Hüte mit Marke führe.

Otto Gerholdt, Dresdenerstraße 2,
Ecke Hauptstraße.
Größtes Lager in Damen- u. Herrenhütern.



Arbeiter Berlins!

Die Fabrikate der ausgesperrten Schuhmacher
in Erfurt werden jetzt, außer in den bekannten
Verkaufsstellen, in den eigenen Niederlagen

**Bellealliancestr. 98/99 und
Rosenthalerstr. 63/64**

in vorzüglichster Beschaffenheit trotz andauernder
Leder-Steigerung noch zu den billigen alten Preisen
verkauft. Wir bitten um durch reichliche Einkäufe
zu unterstützen. 3133L*

Deutsche Schuhfabrik G. Markus & Co.

Maur. u. Zimm. Polier-Schule

Sonntags-12. Mittw. 8-10. Triftstr. 5.

Achtung!
Künstl. Zähne v. 3 M. an, Teilg.
wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahn-
ziehen, Zahnreinigen, Nerventöden ma-
sonst Gudel, Sausiger Platz 2. Eisasser-
straße 12.

**Weiche Herrenhüte 1,25 M.
Preise Herrenhüte 1,25 M.**
verkauft das Fabrikcomtoir, Müller-
straße 12 C, 1 Tr. 824 1/2*

Möbel-Kaufgelegenheit.

Zum Umsatz passendste Gelegenheit für Brant-
leute, Hotels u. Wiederverkäufer. In meiner
größten **Möbelspeicher, Neus Königstr. 50.**
vorn 1., sollen sofort ca. 150 Wohnungs-
einrichtungen, verleben gewesene und neue
Möbel zu jedem annehmbaren Preise verkauft
werden. Durch sehr große Mengenbestände
zu fabelhaft billigen Preisen ist es mir möglich
schon ganze Wohnungs-Einrichtungen für 90
100, 200 M. zu liefern, ebenfalls hochfeine
Wirtschaften zu 1000 bis 5000 M., also billiger
wie jede Konkurrenz. Teilzahlung gestattet.
Beamen ohne Anzahlung, ohne große Preis-
erhöhung, Kleiderständer 15, Kommode 2, Bücher-
ständer 12, Stühle 2 M., neues Kuch-Weibers-
spind 20, Tischspind 25 M., Vertikalen mit
Matrassen, Kleintische 15, Sophas 15 M., Säulen-
Kleiderständer, hochlegant 66, Truhen mit
Säulen 60 M., Cylinderbureau, Herren-
Schreibtische, Damen-Schreibtische, Schreib-
schreie 20, Tischgarnituren 60, neue 100 M.
Bücherständer, Schafelstühle, Salongarnituren,
Portièren, Steppdecken, Tischdecken, Gardinen,
Fenster 5 M. Empfehle allen Herrschaften
vor Einkauf von Möbeln mein entliehen
größtes Möbelager zu besichtigen. Gekaufte
Möbel können sechs Monate kostenfrei auf
meinen Ausbewahrungs-Speichern lagern,
werden durch eigene Gespanne transportiert
und aufgestellt.

!! Teppiche !!

Eine große Partie Teppiche mit kleinen
Farbensehlern in Germania, Brüssel
und Plüsch zu spottbilligen Preisen.
Größe 188x200 cm = 3,-, 5,-, 8,50 M.
170x250 = 5,75, 11,50, 13,50
200x300 = 8,50, 13,-, 17,-
in reiner Wolle, das Stück
2,00 M.
in allen Farben, reine
Wolle, 160 x 200 cm,
das Stück 5,50 M.

**Otto Büchler, Berlin C.,
Königstr. 26, Klosterstr.
Verwand-Abteilung D.**

Möbel. Neue Kleidersp., Ver-
tikalen, Vollst. Einricht.
siehe billig & Verkauf.
Möbelfabrik Meyer, Raunynstr. 3.

Vier Mark kosten 2 Kabinet-
und 12 Bilderrahmen
bei **Böhme, Lindenstr. 43,**
gegenüber der Zimmerstraße.

**Herren-Hüte 1,25 M.
Knaben-Hüte 85 Pf.**
neueste Façons verkauft das Fabrik-
comptoir, jetzt Barnimstr. 4 u. 5 L.
Sonntags geöffnet bis 10 Uhr abends

Achtung! Kein Laden.
Kontroll-Schuhmarke.
Nur eigene Fabrikation, 25 Zigarren
1 Mark. Garantie rein amerikanische
Tabak. Rippentabak 2 Pfd. 70 Pf.
3228L*
G. F. Dinslage,
Reichenbergerstr. 4, Doj part.

Die Eröffnung meines
Weiss- u. Bairischbier-Lokals,
Oranienstraße 184,
zeigt Freunden und Bekannten hier-
durch an mit der Bitte um geneigten
Zuspruch. **Theodor Metzner,**
32568* Oranienstr. 184.

606 Von 6 Uhr ab
Musikal. Abend-Unterhaltung
in Osang's Rest., Reichenbergerstr. 184.

Boltz' Festsäle,
S., Alte Jakob-Strasse 75.
Dienstag u. Donnerstag: Spezialitäten-
Vorstellung. Empfehle meine Säle
zu Festlichkeiten und Versammlungen.
Telephon Amt I, 1092. [2961L]*
Empfehle Freunden u. Bekannten mein

Restaurant 31122*
„Zum Wagenbauer“
Lothringerstr. 41,
Ludwig Lang, Brauer.

Freunden und Genossen zur Nach-
richt, daß ich in
Rixdorf, Sobrechtstr. 9, ein
Beiz- u. Bairisch-Bier-Lokal
eröffnet habe. 3130L*

Bernhard Schenk, Tischler.

Mart. Berndt's Würstelstube
empfiehlt nach wie vor allen Freunden
und Bekannten seinen vorzüglichen
Frühstücks-, Mittags- und Abendtisch.
Jeden Sonnabend von 6 Uhr ab:
ff. Eisbeins. Für gute Biere ist selbst-
verständlich bestens Sorge getragen. Um
zahlreichen Besuch bittet **Martin Berndt,**
Oranien- u. Alexandrinenstraßen-Ecke.

Stolpe
2 Gärten, Regelpark,
Tanzsaal, gute Getränke
a. d. Nordbahn und Küche empfiehet den
(im Dorf). Genossen A. Bergemann.

Uhren, Goldwaaren, Altenide

A. Strassburger Nachf.

49, Brunnenstrasse 49.
Reparaturwerkstatt im Hause, daher
schnell und billigt. 31329*

Möbel-Ausverkauf.

Zum 1. Oktober d. J. verlege ich meine Möbeltischlerei und Lager von
Wohnungseinrichtungen nach der **Skalitzerstr. 6** und werden sämtliche
Waarenbestände wegen des Umzuges zu den billigsten Preisen verkauft.
Julius Apelt, Tischlermeister, Sebastianstr. 20.

Nach beendeter Inventur gelangen grosse Vorräthe meiner

Teppiche!!	Portièren!!
Gardinen!!	Steppdecken!!
Feinwaaren!!	Fertigen Wäsche!!

zu aussergewöhnlich billigen Preisen zum

Ausverkauf.

Am Stadt- **J. Brünn,** Hackescher Ecke Neue
bahnhf. Börse. **Markt 4. Promenade.**

Ananas-Bowle

ausgezeichnet, à Fl. 60 Pf., 10 Fl. 5,50 M. inkl.
Johannisbeerwein, herb à Fl. 60 Pf., Dessertwein, süß 75 Pf.
Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeer-Saft, vorzügl., Liter 1,20 M.
Alter Portwein u. Malaga, à Fl. 1,50 M., 10 Fl. 13,50 M. inkl.
Medicin. Ungarwein, beste Qualität, à Literflasche 2,10 M.
empfehlen und senden einzelne Flaschen frei Haus Berlin

Eugen Neumann & Co.,

6a Bellealliance-Platz 6a. 81 Neue Friedrichstrasse 81.
8 Oranienstr. 8. 29 Genthinerstr. 29. Potsdam, Waisenstr. 27.

Wegen Auflösung meines

Eisenwaaren-Geschäfts Langestr. 102

werden die vorhandenen Bestände von Haus- und Küchen-Geräthen,
Lampen, Werkzeugen, Beschlägen und sonstigen

Eisen- und Stahlwaaren

schleunigt zu niedrigsten Preisen ausverkauft. 32512*

E. Vogtherr, Langestraße 102.

Für die „Brauerei des Verbandes der Gast- und Schankwirth für Berlin und Umgegend“ (Bürgerliche Brauerei)

werden Bestellungen entgegen genommen auf dem Comptoir der Brauerei
Am Tempelhofer Berg 6, sowie bei den Herren **Robert Brunzlow,**
Landberger Allee 28; Otto Doneko, Müllerstraße 182; Carl Ebel, Schönhauser
Allee 79; Albert Henko, Alexanderplatz 4; Carl Klugmann, Neue Friedrich-
straße 20a; Carl Lange in Friedrichsberg, Kronprinzenstraße 16; A. Lübel,
Lehrterstraße 48; H. Nümann, Eldenaerstraße 7; Wilh. Schmidt, Schönhauser
Allee 108; Otto Schulz, Colbergerstraße 17; Otto Wagoner in Weissensee,
Lothringerstr. 39; A. Zöls, Köpckestr. 62. [3064L]*

Schöneberg, Ernst Obst, Grunewaldstraße 110,

Saal nebst Garten zu Festlichkeiten und Versammlungen. [3069L]*

Restaurant Sansjonei, Schmargendorf

Ruhlaerstr. 20/21 (neben dem Schützenhaus), direkt am Wald, mit
großem schattigen Naturgarten und angrenzender Wiese als Spielplatz.
Vorzügliche Speisen und Getränke zu vollen Preisen; große Kaffee-
küche, 2 gute Regelmahnen, Volksbelustigungen aller Art.
400 Personen fassender Parquet-Saal zu Versammlungen und Festlichkeiten.
Sonntags: Gr. Ball, unter Leitung des Tanzlehrers **Hrn. Grossmann**
(früher Schützenhaus).
Um regen Besuch bittet **Alfred Malitz** (früher Berlin, Annenstraße 37)

Schmückwitz, Scholandi's Gesellschaftshaus.

Gr. Säle, Herrlich. Garten am Wasser.
Vorz. Bier. Gute Speisen u. Getränke.

Grünau, R. Liedtke's Restaurant

Wilhelm- u. Friedrichstr.-Ecke.
Großer schattiger Garten. Kaffeeküche.
2 verdeckte Regelmahnen. Ausspannung. Zulle Preise.
Vereinen und Gesellschaften bei Ausflügen bestens empfohlen.
Jeden Sonntag: **Ball** bei gut besetztem Orchester.

Otto Zocher, Restaurant zum Marienheim,

empfiehlt sein **Weiss- und Bairisch-Bier-Lokal**
Vereinen und Gesellschaften. 3266L*

Köpenick, Weg zur Pferdebuht.

Caulsdorferstr. 5,

Restaurant Pferdebuht Köpenick.

Sonntag, den 15. Septbr.: **Großes Kinderfest.**
Punkt 4 Uhr: **Kasperle-Theater, Bonbonregen.** 28b
Gänse-Ausschieben und -Ausschiessen. Bei eintretender
Dunkelheit: **Darstellung lebender Bilder** bei freiem Entree, veranstaltet
von **R. Chmolik.** Hierzu ladet freundlichst ein **W. Magdeburg.**

Verein der Wasserfreunde.

Kur- und Bade-Anstalt

3252L*
7-9 Kommandanten-Straße 7-9.
Die Bade-Anstalt sowie die russisch-römischen Bäder und die vier
Schwimmbassins werden am **Montag, den 16. d. Mts.,** für das
Publikum geöffnet. **Der Vorstand.**

Möbeltischlerei und Polsterwaaren-Fabrik

von A. Schulz, Reichenbergerstr. 5,

an der Ritterstrasse. — Gegründet 1878.
Liefere Wohnungs-Einrichtungen unter Garantie in **Hußbaum**
und **Mahagoni** von 240, 300, 400, 500, 600 bis 8000 M. in anerkannt ge-
diegener Ausführung. Auch Einzelverkauf zu Fabrikpreisen. Billigste
Preisberechnung. Preislisten franko. 3256L*

Einsegnungs-Anzüge

in blau u. schwarz Kammgarn u. Cheviot zu sehr billigen, aber festen Preisen.
Julius Lindenbaum, Gr. Frankfurterstr. 139.
Feste Preise. Spezialität: Anfertigung nach Maass.

Kaufen Sie nicht

anderwärts, bevor Sie sich nicht überzeugt
haben, dass bei mir die „billigste Bezugs-
quelle für Hüte“ ist, und nur streng reelle
Waare bei reichhaltigster Auswahl geführt
wird:

Herrenhüte steif und weich	à 2,-	2,50	3,-	3,50
do. in ff. Haarfilz	à 5,-	5,50	6,-	7,-
do. in Loden	à 1,25	1,50	1,75	2,-
Kinderhüte	à 1,-	1,25	1,50	2,-
Confermandenhüte	à 1,50	1,75	2,-	2,50
Cylinderhüte	à 4,-	6,-	7,50	9,-

im Fabrikcomtoir bei **Oscar Arnold**
Dresdenerstr. 116 am Oranienplatz
(kein Laden).
Kontrollmarken-Hüte zu sehr billigen Preisen.

Streng reelle Bedienung.

M. Schulmeister

Schneidermeister,
Dresdener-Strasse 4, Kottbuser Thor,
empfiehlt zu außergewöhnlich billigen Preisen nachstehende
Spezialartikel:

Einsegnungs-Anzüge

in Satin, Kammgarn u. Diagonal-Stoffen, 1. u. 2reih.	von M.	12-27
Jaquet-Anzüge in gedieg. wollenen Zwirnstoffen, 1. u. 2reihig		16-24
Jaquet-Anzüge in glatten Diagonal-, Kammgarn-, Satin- u. Cheviot-Stoffen, 1. u. 2reihig		20-35
Jaquet-Anzüge modernster Farben in Satin- u. englischen Cheviot-Stoffen, eleg. Ausführung		22-36
Kod-Anzüge i. guten, wollenen, schwarz, Kammgarn- u. Satin-Stoffen, moderner Façons		25-38
Kod-Anzüge modernster Farben, elegante Schnitt-Façons		30-42
Gehrod-Anzüge von feinen Satin-, Tuch- und stammgarn-Stoffen, 2reihig		30-45
Paletots echtfarbig in Satin und Diagonal i. hochf. Kammgarn- u. Cheviot-Stoffen		15-30
		20-35
		18-27
Beinkleider in dauerhaft, wollenen Stoffen, versch. Farben, Kammgarn und Cheviot		5-10
Beinkleider in engl. Stoffen und engl. Façons		6-14
Knabenpaletots, Knabenanzüge Kleidamer Façons in großer Auswahl.		
Schul-Anzüge in Cheviot-, Velour- u. dauerhaften Zwirn-Stoffen, 1. u. 2reihig	von M.	6 am

Bestellungen nach Maass von englischen, französischen und deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut und billig ausgeführt.

Begründung des Geschäfts 1878.

Achtung!

Kaufen Sie nur echte Branntweine
alten Nordhäuser, Cognak, Rum, Arrak.
O. J. Engelke, Neue Jacobstr. 26.
Meinverkauf von 10 Pf. ab.